



Der Jännerstreik 1918 und das Entstehen der Arbeiterräte

HANS HAUTMANN

Am Montag, dem 14. Jänner 1918, um 8 Uhr früh, legte die Belegschaft der Daimler-Motorenwerke in Wiener Neustadt geschlossen die Arbeit nieder, um gegen die Kürzung der Mehlorquote zu protestieren. Sie versammelte sich im Fabrikhof, und eine Delegation sprach bei der Unternehmensleitung vor. Ferdinand Porsche, damals einer der beiden Direktoren der Daimlerwerke, versprach, sofort zum Ernährungsminister nach Wien zu fahren, um ihm die Wünsche der Arbeiter bekannt zu geben. Seine Aufforderung aber, einstweilen die Arbeit fortzusetzen, wurde von der Streikversammlung einstimmig abgelehnt, und sie beschloss, zum Rathausplatz zu ziehen. Der Marschkolonne der Belegschaft der Daimlerwerke schlossen sich die Arbeiter der Lokomotivfabrik, der Radiatorenwerke, der Flugzeugfabrik, der Munitionswerke G. Rath und der Lichtenwörther Arbeiter an.¹ Die zunächst 6000, am Nachmittag bereits 10.000 vor dem Rathaus versammelten Arbeiter gaben dem Stadtrat ihre Forderungen bekannt. Es wurde die Statthalterei und das Ernährungsministerium antelefoniert, positive Antworten, die Kürzung der Mehlorration zurückzunehmen, erfolgten jedoch nicht. Ernährungsminister Höfer versprach bloß, am 15. Jänner in Wien eine Streikdelegation zu empfangen.

Am Nachmittag des 14. Jänner verbreiteten die Linksradikalen auch in Wiener Neustadt ihr Flugblatt „Arbeitendes Volk!“, in dem zur Bildung von Arbeiterräten nach russischem Vorbild aufgerufen wurde. Sozialdemokratische Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre erklärten den Behörden, dass der Streik gegen ihren Willen ausgebrochen sei, sie die Arbeiter nicht mehr in der Hand hätten und sie bei Ablehnung, die Quotenkürzung rückgängig zu machen, keinerlei Verantwortung für die Folgen übernehmen könnten.² Als die Streikenden vom Rathausplatz nach stundenlangem vergeblichen Warten abzuziehen

begannen, kam es zu erregten Szenen. Sämtliche Fensterscheiben des Rathauses wurden zertrümmert. Am Abend des 14. Jänner setzte das Kriegsministerium über Ersuchen der Fabrikdirektoren, die für den 15. Jänner Demolierungen und Sabotageakte befürchteten, 200 Mann Militär und zwei Maschinengewehrzüge von Wien nach Wiener Neustadt in Marsch.³

Die erste Nachricht vom Streikausbruch erhielt der sozialdemokratische Parteivorstand in Wien am Abend des 14. Jänner durch einen Kurier aus Wiener Neustadt. Die Partei schien, ebenso wie die kaiserliche Regierung, zu diesem Zeitpunkt die Ausstandsbewegung noch unterschätzt und für ein lokal begrenztes Ereignis mit ausschließlich ökonomischen Ursachen gehalten zu haben. Karl Renner, dessen Wahlkreis das Gebiet südliches Wiener Becken war, wurde beauftragt, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Am Morgen des 15. Jänner traf eine zwölfköpfige Arbeiterdelegation in Begleitung von vier Direktoren der bestreikten Wiener Neustädter Fabriken in Wien ein. Sie wurden von Renner empfangen und zu Minister Höfer ins Parlament geführt. Bei den Verhandlungen stellte sich bald heraus, dass die Frage der Kürzung der Mehlorration nicht mehr die entscheidende war. Der Führer der Wiener Neustädter Abordnung erklärte, dass die erste und hauptsächliche Forderung der Streikenden der Abschluss des Friedens sei, was alle Delegationsmitglieder bekräftigten. Ernährungsminister Höfer antwortete mit einer Schilderung der trostlosen Verhältnisse auf dem Lebensmittelsektor und versprach, einen Beamten nach Wiener Neustadt zu entsenden, um die dortige Lage „zu prüfen“. Die Verhandlungen endeten also ohne greifbares Ergebnis.

Am selben Dienstag, dem 15. Jänner 1918, vollzog sich die rasche Verwandlung des Ausstandes in einen *politischen Massenstreik*. Die wichtigste Ursache dafür war im Zusammenwirken mit der Agitation der Linksradikalen im süd-

lichen Wiener Becken das Bekanntwerden der provokatorischen Rede General Hoffmanns in Brest-Litowsk, worüber die *Arbeiter-Zeitung* am 15. Jänner berichtete. Am Morgen standen die Schoellerwerke in Ternitz still. Die Streikenden marschierten gemeinsam nach Wimpassing, wo sich ihnen die Belegschaften der Gummifabrik und aller anderen Betriebe anschlossen, und von da nach Neunkirchen, wo ebenfalls sofort sämtliche Betriebe in den Ausstand traten. Auch im Triestingtal (Enzesfeld-Hirtenberg, Leobersdorf), in Wöllersdorf und in St. Pölten setzte im Lauf des 15. Jänner der Streik ein.⁵ Die am Hauptplatz von Neunkirchen versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erhoben nur eine einzige Forderung: den sofortigen Friedensschluss, „um der Not und den unerträglichen Verhältnissen [...] ein Ende zu machen.“⁶

In Wiener Neustadt, wo am 15. Jänner der Streik lückenlos geworden war, fanden mehrere Versammlungen statt, in denen die Arbeiter aus ihrer Mitte Beauftragte für die Leitung der Ausstandsbewegung durch Zuruf und Akklamation wählten. *Damit war Wiener Neustadt zur Geburtsstätte der Rätebewegung in Österreich geworden*, obwohl die Bezeichnung „Arbeiterrat“ erst einige Tage später allgemeine Verwendung finden sollte. Im Wiener Neustädter Arbeiterrat hatten die Linksradikalen bedeutenden Einfluss, zwei ihrer Anhänger, Eduard Schönfeld und Anton Urbanek, gehörten der Leitung an. Sie stellten die Verbindung mit den Wiener Linksradikalen her und organisierten einen Kurierdienst, über den die Wiener Betriebe und das obersteirische Industriegebiet zum Anschluss an den Streik aufgefordert wurden.⁷ Auch in Ternitz bildete sich am 16. Jänner in analoger Form wie in Wiener Neustadt ein Arbeiterrat als Streikleitung,⁸ in dem der Linksradikale Ferdinand Zehnder die führende Rolle spielte.

Endgültige Gewissheit, dass die Bewegung an den Grundfesten des österreichi-



Eduard Schönfeld (1873–1936), Vorsitzender des Wr. Neustädter Arbeiterrats

schen Staates rüttelte und die Dinge nunmehr auf des Messers Schneide standen, erhielten die Regierung und die Sozialdemokratische Partei, als am 16. Jänner Karl Renner und Oberst Wallerstorfer als Vertreter des Ernährungsamts in Wiener Neustadt über die Verhandlungen mit Minister Höfer Bericht erstatteten. Der Versuch, durch Zugeständnisse – drei Waggons mit Speck und Kondensmilch wurden Wiener Neustädter Arbeitern in Aussicht gestellt – einen Einbruch in die Streikfront zu erzielen, stieß auf eine Mauer der Ablehnung.⁹ Die Frage der Lebensmittelversorgung trat völlig in den Hintergrund. Alle Vertrauensmänner der Wiener Neustädter Arbeiter versicherten, dass von einem Ende des Streiks keine Rede sein könne, solange nicht positive Ergebnisse der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk vorlägen. Bestürzt ob der disziplinierten, harten und dennoch ruhigen Entschlossenheit, mit der die streikenden Arbeiter ihren Willen zum Ausdruck brachten, aufs Ganze zu gehen, eilte Karl Renner am Abend des 16. Jänner nach Wien zurück, wo er den Parteivorstand unverzüglich von der Brisanz der Situation in Kenntnis setzte.

Antwort des Parteivorstands. Übergreifen des Streiks auf Wien

Als am 15. Jänner 1918 feststand, dass die Streikbewegung kein auf Wiener Neustadt begrenztes Ereignis mehr war, traf in Wien der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie die ersten Vorkehrungen, „um die Bewegung zu erfassen, zu leiten und vor Missdeutung wie vor Abirrungen zu schützen.“¹⁰ Er beschloss, am 16. Jänner in der *Arbeiter-*

Zeitung ein Manifest zu veröffentlichen, um – wie Otto Bauer schrieb – die „sich unregelt von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort“ ausbreitende Bewegung „zu vereinheitlichen und ihr ein politisches Ziel zu geben.“¹¹ Victor Adler und Karl Seitz sprachen am 15. Jänner, 21.30 Uhr, bei Ministerpräsident Ernst Seidler vor. Nach Darstellung von Renner und Bauer hätten die beiden Parteiführer im Verlauf der Besprechung erreicht, Seidler eine Weisung an die Zensurstelle über die Freigabe des Manifests in den Parteiorganen aufzuzwingen.

Etwas anders stellte Seidler den Inhalt dieses Quasi-Ultimatums da, als er an Graf Czernin nach Brest-Litowsk telegraphierte: „Artikel in ‚Arbeiter-Zeitung‘ (vom 16.1.2018, H.H.) war weder Toggenburg (Minister des Inneren, H.H.) noch mir vorgelegt worden. Er war uns aber in später Abendstunde (des 15.1., H.H.) avisiert und als *Preis für Einwirkung der sozialdemokratischen Führer auf Streikbewegung bezeichnet*. Toggenburg erteilte der Ministerialkommission Auftrag, Artikel womöglich nicht ganz zu konfiszieren, wohl aber zu zensurieren.“¹²

„Preis für Einwirkung“ konnte nur bedeuten, dass Victor Adler und Karl Seitz dem Ministerpräsidenten für die Freigabe der notwendigen Aufrufe des Parteivorstandes in der Presse auch eine *Leistung* zusagten. Worin diese bestand, wurde später noch deutlich.

Das Manifest der Parteivertretung und des Abgeordnetenklubs der österreichischen Sozialdemokratie an die Arbeiter und Arbeiterinnen vom 16. Jänner 1918 war die schärfste und radikalste Stellungnahme der Partei während des gesamten Krieges. Einleitend wurde die Organisation des Verpflegungsdienstes als durch die „Selbstsucht der besitzenden Klassen“ und die „Unzulänglichkeit der bürokratischen Verwaltung verpfuscht und verdorben“ bezeichnet. Danach folgte eine harte Kritik an den „herrschenden Klassen Österreich-Ungarns“, welche immer von der ausschließlichen Notwendigkeit der Landesverteidigung und ihrer Friedensbereitschaft gesprochen hätten, nun aber, da „Russland von uns gar nichts verlangt“, weiterhin auf Eroberungen im Osten beständen. Das Manifest endete mit den Worten:

„Für die schleunigste Beendigung des Krieges!

Für den Frieden ohne offene und ohne unverhüllte Eroberungen!

Für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker!“¹³

Bemerkenswert ist, dass das Manifest des Parteivorstandes mit keinem Wort den bereits ausgebrochenen Streik erwähnte und nur davon sprach, dass „die Verpflegungsschwierigkeiten der jüngsten Zeit in weiten Kreisen der Arbeiterschaft große Beunruhigung hervorgerufen“ hätten.¹⁴ Eine Solidarisierung mit den streikenden Arbeitern bzw. eine Erklärung, dass man für den Streik Verständnis zeige oder gar die Methode des Massenausstandes zur Erreichung der Ziele des Manifests billige, erfolgte nicht.

Dennoch war die Wirkung des Manifestes groß, besonders auf jene Arbeiter, die bis dahin nur gerüchteweise von den Ereignissen in Wiener Neustadt, Ternitz und Neunkirchen gehört hatten. Otto Bauer schrieb: „Der niederösterreichische Streik hätte wohl auch ohne dieses Manifest Wiener Betriebe mitgerissen; das Manifest aber vereinheitlichte die ganze Bewegung.“¹⁵

Am Morgen des 16. Jänner griff die Bewegung tatsächlich auf Wien über. Die ersten Betriebe, die in den Ausstand traten, waren das Arsenal (15.000 Arbeiter) und die Fiatwerke in Floridsdorf (2000 Arbeiter).¹⁶ Für den Streikbeschluss beider Betriebe war noch die Aufforderung von Kurieren aus Wiener Neustadt und der Einfluss, den hier die Wiener Linksradikalen besaßen, ausschlaggebend. Dass sich im Lauf des 16. Jänner mit atemberaubender Schnelligkeit nahezu alle wichtigen Wiener Fabriken dem Streik anschlossen, war hingegen schon auf das Manifest in der *Arbeiter-Zeitung* zurückzuführen. Am Abend dieses Tages befanden sich in Wien bereits 84.300 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand.¹⁷

In den Wiener Arbeiterheimen und vielen Gastwirtschaften versammelten sich die Streikenden; sie fassten einmütig den Beschluss, im Ausstand zu verharren, um den Friedensschluss zu erzwingen. In der Brigittenau forderten die Kundgebungsteilnehmer, dass die Regierung einer Arbeiterdelegation Zutritt zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk gewähren solle. In Floridsdorf wählten die Belegschaften aller sechzig bestreikten Betriebe im Arbeiterheim ein „Permanenzkomitee“ zur Leitung des Ausstands.¹⁸ Auf den Straßen kam es zu Demonstrationen. Aus Favoriten bewegte sich ein Zug von tausenden Arbeitern gegen die Stadtmitte. Die Menge besetzte die Geleise der Straßenbahn und brachte den Verkehr zum Stillstand. Berittene Sicherheitswache stellte sich den Menschenmassen entgegen, und es ge-

lang ihr in den Abendstunden, die Menge zu zerstreuen.¹⁹

Am 16. Jänner drohte die Streikbewegung auch auf die Eisenbahner überzugreifen. In Wien versammelte sich die Exekutive, um über die Situation zu beraten. Der Parteivorstand riet von einem Streikbeschluss dringendst ab; erst nach heftigen Debatten schloss sich dem die Eisenbahner-Exekutive an. Das fahrende Personal blieb im Dienst; es gelang allerdings nicht, die Arbeiter der Hauptwerkstätten der Südbahn, Nordbahn, Ostbahn und Nordwestbahn vom Ausstand zurückzuhalten.²⁰

In Niederösterreich wuchs der Streik am 16. Jänner weiter an. Im Bezirk Mödling, im Traisental und in Stockerau streikten alle Betriebe. Die Zahl der Streikenden betrug am Abend schon über 70.000, Wien dazu addiert über 150.000. Der k. u. k. Herrschaftsapparat sah sich der dynamischen Ausbreitung der Bewegung völlig machtlos gegenüber. Kaiser Karl sandte unter dem Eindruck dieses Tages am 17. Jänner an Außenminister Ottokar Graf Czernin nach Brest-Litowsk ein Telegramm, in dem es hieß: „Ich muss nochmals eindringlich versichern, dass das *ganze Schicksal der Monarchie und der Dynastie* von dem möglichst baldigen Friedensschluss in Brest-Litowsk abhängt. Für Kurland, Livland und polnische Träumereien können wir hier nicht die Situation umwerfen. Kommt der Friede nicht zustande, *so ist hier die Revolution*, wenn auch noch so viel zu essen ist. Dies ist eine ernste Warnung in ernster Zeit.“²¹

Der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, musste am 17. Jänner 1918 nach Berlin melden, die „Unruhen in Österreich“ hätten an Ausmaß und Schärfe derart zugenommen, dass „die Lage als sehr ernst bezeichnet werden“ müsse. Über die sozialdemokratischen Parteiführer berichtete er, dass diese zwar den Anspruch der Arbeiter, auf die Friedensverhandlungen Einfluss zu nehmen, abzuschwächen suchten und „vor Ausschreitungen warnen, aber die Massen nicht mehr ganz in der Hand“ hätten.²²

Als am Abend des 16. Jänner der aus Wiener Neustadt zurückgekehrte Karl Renner dem Parteivorstand, der seit 15. Jänner in Permanenz tagte, Bericht erstattete, entschloss sich die sozialdemokratische Partei, einen weiteren Schritt in Richtung des „Auffangens“ der spontan entstandenen und sich stürmisch ausdehnenden Bewegung zu tun. Sie formulierten einen Forderungskatalog, um „der unmittelbaren Aktion der Massen

ein festes, sofort erreichbares Ziel zu geben und sie derart vor einem Misserfolg, die Bevölkerung selbst vor einer nutzlosen Katastrophe zu bewahren.“²³ Über den Inhalt der Forderungen wurde Ministerpräsident Seidler am späten Abend des 16. Jänner durch Karl Seitz informiert.²⁴ Laut Bericht von Baron Müller an Czernin wurde dabei ein Einvernehmen mit dem Zweck erzielt, „Forderungen aufzustellen, *durch deren (wenn auch nicht volle) Erfüllung den Arbeitern die Einstellung des Streiks ermöglicht* würde.“²⁵

Am Morgen des 17. Jänner veröffentlichte die *Arbeiter-Zeitung* die folgende „Erklärung des Parteivorstandes“: „In vielen Betrieben in Wien und Niederösterreich ist gestern die Arbeit eingestellt worden. Diese Arbeitseinstellung ist das Ergebnis einer *elementaren Bewegung*, die ohne Zutun der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation eingesetzt hat, einerseits infolge der Nachrichten über den Verlauf der *Friedensverhandlungen* in Brest-Litowsk, andererseits infolge der jüngsten Maßnahmen auf dem Gebiete des *Verpflegungsdienstes*.

Die Parteivertretung hält eine Beruhigung der Arbeitermassen unter den folgenden Voraussetzungen für möglich:

1. Wenn die Regierung vollkommen beruhigende Zusicherungen darüber geben kann, dass sie *die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht an irgend welchen territorialen Forderungen scheitern lassen wird*; dass sie die Hindernisse, die dem Friedensschluss entgegenstehen, durch vorbehaltlose Anerkennung des unverfälschten, demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der umstrittenen Länder aus dem Wege räumen wird; wenn die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft über den Stand der Friedensverhandlungen freimütig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen im laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluss auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert.

2. Wenn die Regierung einer gründlichen *Reorganisation des Verpflegungsdienstes* zustimmt, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung und dem Verbot des Mahlens auf private Rechnung. Ohne uns darüber zu täuschen, dass auch diese Maßregeln nicht eine plötzliche Verbesserung des Verpflegungsdienstes herbeiführen können, glauben wir doch, dass sie die Arbeitermassen wenigstens darüber beruhigen würden, dass in Zukunft die vorhandenen Vorräte möglichst gleichmäßig verteilt werden.

3. Wenn die Regierung einwilligt, die Gemeindevertretungen, deren Beherrschung durch die am Lebensmittelwucher interessierten Klassen jede zweckmäßige Verpflegungspolitik unmöglich macht, zu demokratisieren, also unverzüglich die Einführung des *allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretungen* den gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen.

4. Wenn die Regierung einwilligt, die Entrechtung der Arbeiter durch die *Militarisierung der Betriebe aufzuheben*.²⁶

Weiters wurden die Arbeiter der Lebensmittelindustrie, des Bergbaus, der Eisenbahn, Straßenbahn und der Gas- und Elektrizitätswerke eindringlich gebeten, die Arbeit nicht einzustellen. Zuletzt appellierte der Parteivorstand, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und „Straßenexzesse“ zu vermeiden.

Über die Wirkung der Erklärung und die Erfüllung der vier Forderungen wird noch zu sprechen sein. Von unmittelbarer Bedeutung für die Geschichte der Rätebewegung in Österreich wurde jedoch eine Passage des Aufrufs, die folgendermaßen lautete: „Um die Bewegung in geregelte Bahnen zu lenken, fordern wir die *Vertrauensmänner der streikenden Arbeiter* auf, sich heute Donnerstag um 9 Uhr vormittags in den Parteilokalen der betreffenden Bezirke einzufinden und dort Bezirkskomitees zu wählen, die für die ordnungsgemäße Regelung des Ausstandes Sorge tragen sollen.“²⁷

Damit hatte sich der Parteivorstand entschieden, die nicht mehr zu vermeidende Flucht nach vorne anzutreten. Am 16. Jänner 1918 war die Rätebewegung in Wiener Neustadt und Umgebung bereits Tatsache und nicht mehr rückgängig zu machen; ähnliche Bestrebungen waren bei den Wiener Streikversammlungen dieses Tages, so in Floridsdorf, zu bemerken gewesen. Die sozialdemokratischen Parteiführer wussten, dass unter den im südlichen Wiener Becken schon entstandenen Räten die linksradikale Strömung Einfluss besaß und das Räteprinzip als solches eine potentiell revolutionäre, gegen die Partei- und Gewerkschaftsspitze zielende Stoßrichtung gewinnen konnte – dann nämlich, wenn man die Dinge dem Selbstlauf überließ. Es wäre für den Parteivorstand höchst gefährlich gewesen, sich durch Ignorieren oder strikte Nichtunterstützung der elementar entstandenen Rätebewegung in einen offenen Gegensatz zu den streikenden Arbeitern zu bringen. Er übernahm deshalb die Parole der Bildung von

„Streikkomitees“ (was anfangs nur ein Synonym für „Arbeiterrat“ bedeutete), weil er entschlossen war, von nun an mit der ganzen Kraft seiner nach wie vor perfekt funktionierenden Organisation auf den Wahlverlauf Einfluss zu nehmen und darauf vertrauen konnte, auf diese Weise den Wirkungskreis der unerfahrenen und der Masse der Arbeiter kaum bekannten linksradikalen Führer einzuziehen. Vor allem aber ergriff der Parteivorstand die Initiative für die Bildung einer neuen Organisation vom Typus der Räte, weil er erkannte, dass die Losung „Arbeiterrat“ große Popularität genoss und er seinem Ziel, den Streik möglichst rasch und friedlich beizulegen, auf keinen Fall durch einsame Beschlüsse „von oben“, die dann das Image des Diktatorischen getragen hätten, näher kommen würde. Er brauchte einen Transmissionsmechanismus, dem die Masse der Streikenden auf Grund der Tatsache, dass er frei und demokratisch aus ihrer Mitte gewählt wurde, volles Vertrauen entgegenbrachte und der auf der anderen Seite imstande war, seine Intentionen zu decken und vor den Arbeitern zu vertreten. Hier sollte sich der Parteivorstand nicht täuschen.

Die Bildung des Arbeiterrats in Wien

Am Vormittag des Donnerstag, 17. Jänner 1918, versammelten sich in Wien die streikenden Arbeiter in Parteilokalen und Gaststätten, um im Einklang mit dem Parteivorstandsaufruf ihre „Bezirkskomitees“ zu wählen. Als gerade in diesen Stunden eine zwölköpfige Abordnung des Wiener Neustädter Arbeiterrats in Wien eintraf, fand sie im Parteihaus leere Zimmer vor. Alle nur irgendwie abkömmlichen sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre waren zu den Versammlungen gegangen, um dort zu sprechen, die Wahlen zu beobachten und die Arbeiter auf das Vierpunkteprogramm festzulegen. Die Zahl der Versammlungen ging in die Hunderte.²⁸ Allein in Favoriten gab es deren 53. Hier zeigte sich zum ersten Mal jenes Phänomen, das für die gesamte sechsjährige Geschichte der Rätebewegung in Österreich charakteristisch bleiben sollte, nämlich das Faktum, dass der Parteivorstand zusätzlich zu den in Urwahlen gewählten Arbeiterratsmitgliedern zahlreiche Mandate beanspruchte und sich auch verschaffte. Das Prinzip der Kooptierung höchster sozialdemokratischer Funktionäre in die leitenden Gremien des Arbeiterrats wurde später statutenmäßig verankert, womit

der politische Einfluss voll abgesichert blieb. In Favoriten wurden am 17. Jänner in den dreizehngliedrigen Bezirksausschuss nicht weniger als drei hohe Funktionäre, Reumann, Sigl und Pölzer, gewählt.²⁹ In anderen Wiener Bezirken kam zwar der Führungsanspruch von Mitgliedern leitender Parteigremien bei den Wahlen weniger offen zum Ausdruck, die dortigen Exekutivkomitees stellten sich aber eindeutig auf den Boden der Vierpunktforderungen, was als erster realer Erfolg für die Bemühungen des Parteivorstandes anzusehen war, die Massenaktion in den Bahnen der Verhandlungen und Kompromisse mit der Regierung zu lenken. Das Vierpunkteprogramm enthielt nämlich keine Forderungen, die die österreichische Regierung nicht hätte annehmen können, und sie wurden in einer Form herangetragen, die den Ministern erkennen ließ, dass der Parteivorstand kein allzu großes Gewicht auf buchstäbliche Erfüllung legen würde.³⁰

Die am Vormittag des 17. Jänner in Wien gewählten Bezirksausschüsse beschlossen, von nun an täglich zu festgesetzten Zeiten zusammenzutreffen, um alle anfallenden Fragen zu beraten. Ihre Mitglieder erhielten Legitimationen und verpflichteten sich, den streikenden Arbeitern regelmäßig Bericht zu erstatten. Am Nachmittag des 17. 1 veranstalteten die gewählten Aktionskomitees unter tätiger Mitwirkung sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre eine Reihe von Massenversammlungen, deren Ziel es war, die Zustimmung aller streikenden Arbeiter für das Vierpunkteprogramm des Parteivorstandes zu erreichen. In einigen Versammlungen gelang dies, in anderen waren jedoch weitergehende Forderungen wie der Achtstundentag, die Haftentlassung Friedrich Adlers und die Beendigung des Regimes der militärischen Betriebsleiter zu vernehmen.³¹ Obwohl der Parteivorstand mit seinen politischen Absichten bei den Wiener Rätewahlen des 17. Jänner zweifellos einen Erfolg verbuchen konnte und an diesem Tag die Bewegung erstmals wieder in den Griff zu bekommen begann, war der Ausgang des Jännerstreiks noch längst nicht entschieden. Die Linksradikalen antworteten nämlich auf die vier Punkte umgehend und stellten in dem am 17. Jänner 1918 hergestellten und verbreiteten Flugblatt „Das Volk steht auf!“ eigene, weit darüber hinausgehende Forderungen auf. Darin hieß es:

„Die russischen Arbeiter und Soldaten haben mit den schärfsten Mitteln des Klassenkampfes, mit Massenstreik,

Meuterei und Straßenkampf, nicht nur für ihre *eigene* Freiheit gestritten – nein! Sie haben ihr Blut vergossen für die Befreiung *aller* Völker der Erde von den Leiden des Krieges, vom Joche des Kapitalismus! Aber ihre Kräfte allein reichen nicht hin, dieses gewaltige Werk zu vollenden! Die Arbeiter der anderen Länder müssen sich um die rote Fahne der russischen Revolution scharen! Vor allem sind wir österreichischen Proletarier berufen, die Revolution vor der gewalttätigen Hinterlist unserer Regierung zu retten.

Darum fordern wir:

1. Die Friedensdelegierten sind vom Volk zu wählen!
2. An allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen.
3. Kriegsleistungsgesetz und Militarisierung der Betriebe sind sofort aufzuheben! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechtes und der politischen Freiheit sind abzuschaffen!
4. Friedrich Adler und alle anderen politischen Gefangenen sind sofort freizulassen!

Mißtraut jenen patriotischen ‚Arbeiterführern‘, die Euch seit dem ersten Tage des Krieges verraten und Euch jetzt Eure Streikgelder vorenthalten! Hört nicht auf Ihre Beschwichtigungsreden, sondern bleibt fest im Streite für unser Ziel! [...]

Ihr ändert aber, steht nicht länger abseits! Heraus aus allen Werkstätten! Dreht nicht länger mehr Mordgranaten! Hervor aus den Bergwerken ans Tageslicht! Laßt alle Räder stille stehen – Eisenbahn und Straßenbahn! Schart Euch zusammen an Straßen und Plätzen! Wählt Arbeiterräte, so wie in Russland – und der Massengewalt des Proletariats wird der Sieg gehören!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!³²

Die Ausbreitung der Ausstandsbewegung hielt auch am 17. Jänner unvermindert an. Sie griff auf Krakau und damit erstmals auf andere Kronländer und Nationalitäten über. In Wien belief sich die Zahl der Streikenden am Abend auf 100.700.³³ In Niederösterreich stieg die Zahl auf 86.700.³⁴ Am 17. Jänner trat auch die Steiermark in die Bewegung ein. In Graz und bei Böhler-Kapfenberg befanden sich über 20.000 Arbeiter im Streik.³⁵ Die Gesamtzahl betrug am Abend des 17. Jänner an die 210.000.

Für den sozialdemokratischen Parteivorstand galt es nun, die gewählten Wiener Bezirkskomitees zentral zusammenzufassen und möglichst schnell politisch wirksam werden zu lassen. Nach einer Sitzung am Abend des 17. Jänner wurden folgende Direktive beschlossen: „Es



Jännerstreik 1918 in Wr. Neustadt: Versammlung der ArbeiterInnen vor dem Rathaus

ist ein Arbeiterrat für Wien zusammenzustellen, der aus den Exekutiven der Bezirke, der Gewerkschaftskommission, dem Parteivorstand, dem Frauenreichskomitee und dem Wiener Ausschuss bestehen soll. Ferner ein Permanenzkomitee, bestehend aus dem Parteivorstand, der Gewerkschaftskommission und dem Wiener Ausschuss.³⁶

Dieser Beschluss brachte offen zum Ausdruck, dass die Parteibürokratie gewillt war, sich im Arbeiterrat das überragende und letztlich entscheidende Gewicht zu verschaffen. Die Trennung zwischen „Permanenzkomitee“, das ein reines Organ der höchsten Funktionäre war, und „Arbeiterrat“, wo diese Funktionäre formell bloß als Mitglieder figurieren sollten, hatte den Zweck, die künftigen Aktionen des Parteivorstandes in Richtung auf rasche Beendigung des Ausstandes vor den Arbeitern zu verschleiern. Karl Renner bemerkte dazu: „Das Permanenzkomitee wollte damit die letzte Entscheidung über Ausstand und Arbeitsaufnahme in die Hände der Vertrauensmänner der Werkstätten selbst legen.“³⁷

Was konnten diese Worte bedeuten? Doch nur, dass das „Permanenzkomitee“ (sprich der Parteivorstand), dessen Mitglieder hinter verschlossenen Türen die Taktik zur Beilegung des Jännerstreiks im Einverständnis mit den kaiserlichen Behörden aushandelten, im Wiener Arbeiterrat den Exekutor seiner Beschlüsse ansah. Da der Wiener Arbeiterrat im Gegensatz zum Wiener Neustädter, der tatsächlich ein autonomes Basisorgan der streikenden Arbeiter war, unter strikter Einflussnahme und Kontrolle der sozialdemokratischen Funktionäre gebildet wurde, sie sich noch dazu auch rein mandatsmäßig ein überaus starkes Gewicht in ihm verschafft hatten, durfte der Parteivorstand sich seiner als Vollstrecker

seines Willens sicher sein. Beschloss nun der Wiener Arbeiterrat als ein von den Streikenden gewähltes Gremium den Abbruch der Ausstandsbewegung, so konnte man auch gegenüber nach wie vor kampfwilligen Arbeitern viel besser als auf der Grundlage reiner Parteivorstandsauftrufe argumentieren: „Nicht wir, die Führer, haben den Streikabbruch proklamiert, sondern das von Euch selbst gewählte Organ, dessen Entscheidung Ihr nun diszipliniert befolgen müßt!“ Genauso sollten die Dinge auch ablaufen. Noch aber war es nicht so weit. Der Parteivorstand musste zunächst eine Antwort der Regierung auf die vier Punkte erhalten, um den von ihm gewünschten Mechanismus überhaupt erst in Gang bringen zu können.

Die Verhandlungen mit der Regierung. Die weitere Ausdehnung der Bewegung

Am Morgen des Freitag, 18. Jänner 1918, gab die *Arbeiter-Zeitung* bekannt, dass der Parteivorstand Verhandlungen mit der Regierung über die vier Forderungen Frieden, Verbesserung der Ernährungssituation, Demokratisierung des Gemeindewahlrechts und Aufhebung der Militarisierung der Betriebe eingeleitet habe. Gleichzeitig wurden die Mitglieder aller in Wien am Vorabend gewählten Bezirksarbeiterräte aufgefordert, sich um 18 Uhr im Eisenbahnerheim Margareten zu versammeln.³⁸

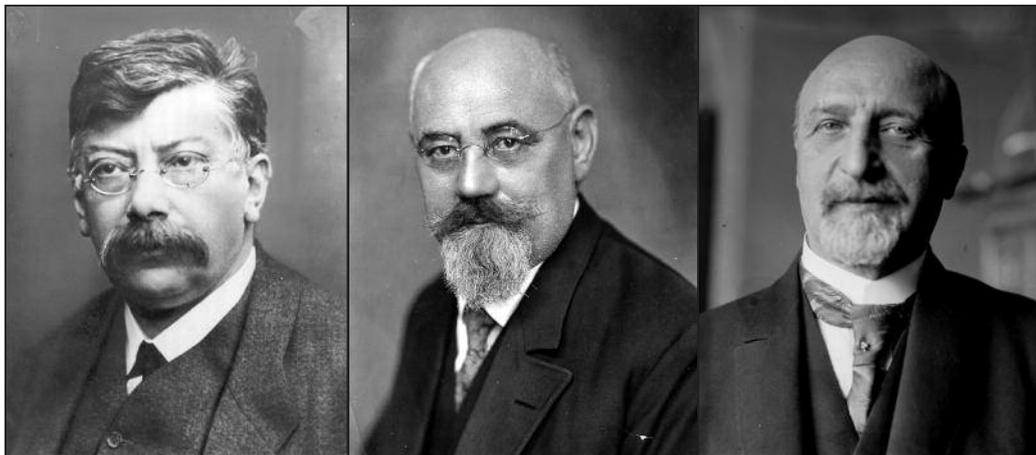
Die beiden Meldungen standen in einem inneren Zusammenhang. Wenn der Parteivorstand die gewissermaßen konstituierende Sitzung des zentralen Wiener Arbeiterrats einberief, so musste sich bei den Verhandlungen mit der Regierung bereits ein „Licht am Ende des Tunnels“ abgezeichnet haben. In der Tat hatte am späten Abend des 17. Jänner die

für den Ausgang des Jännerstreiks wohl entscheidende Zusammenkunft stattgefunden. Um 21 Uhr begaben sich Victor Adler, Renner, Seitz und Ellenbogen zu Sektionschef Baron Flotow ins Ministerium des Äußeren. Dort wurde ihnen vertraulich der Inhalt eines Telegramms von Czernin aus Brest-Litowsk bekanntgegeben, in dem von der festen Entschlossenheit des Ministers, mit Russland zu einem Frieden zu gelangen, die Rede war. Victor Adler dankte für diese „unbedingte beruhigend klingende Mitteilung“, und setzte fort:

„Es genüge aber nicht, daß sie hinausgingen und den Leuten erklärten, daß sie (die Parteiführer, H.H.) beruhigt worden seien; es müßten draußen Tatsachen mitgeteilt werden können, die auf die Massen wirken. Und heute wirke nur: primo eine positive günstige Nachricht aus Brest, oder secundo eine Zusicherung, daß die Verhandlungen nicht an Polen scheitern könnten [...] Für den schleppten Gang der Friedensverhandlungen mache man unsere Regierung verantwortlich, die die polnische Königskrone dem Kaiser sichern wolle. Die Bewegung sei ohne Zutun der Abgeordneten entstanden; sie bemühten sich, alles in den Bahnen der Ordnung zu halten.“³⁹

Im weiteren Verlauf der Beratung, die zwei Stunden dauerte, nach den Worten Flotows „in der urbansten Form“ abließ, und über deren Inhalt die sozialdemokratischen Führer strikte Geheimhaltung zusagten, erwähnte Seitz die „übermenschliche Arbeit“, die vom Parteivorstand geleistet worden wäre, um die Eisenbahner vom Ausstand zurückzuhalten;⁴⁰ Victor Adler bezeichnete es als ein „Glück, daß der Ausstand nur Niederösterreich und die Alpenländer treffe und nach Böhmen und Mähren nicht hinübergegriffen hätte.“⁴¹ Zum Schluss wiederholte Victor Adler, dass die sozialdemokratischen Führer „ihr Möglichstes zur Beruhigung der Arbeiter bereits getan haben und tun werden, daß aber nur eine positive gute Nachricht aus Brest die Situation retten könne.“⁴² Er regte an, dass Graf Czernin weitere Äußerungen abgeben möge.

„Weitere Äußerungen“ konnten nach dem essentiellen Inhalt der Beratungen mit Flotow nur bedeuten: *weitergehende* und diesmal *öffentliche* Äußerungen. Czernin kam der Aufforderung seitens Victor Adlers umgehend nach. Er ließ am 18. Jänner über das Telegraphenbüro folgende Erklärung verbreiten: „Ich hafte und büрге [...] dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird [...] Wir wollen nichts



Victor Adler, Karl Renner und Karl Seitz: sozialdemokratische Verhandler hinter den Kulissen

von Russland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen. Wir wollen nur ein fremdnachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.“⁴³ Damit hatte die Sozialdemokratie etwas in die Hand bekommen, das sich für die Beschwichtigung der Arbeiter propagandistisch weit besser verwerten ließ als die bisherigen Regierungskundgebungen.

Parallel zu den Geheimverhandlungen mit dem Ministerium des Äußeren liefen am 17., 18. und 19. Jänner intensive parlamentarische Beratungen mit Regierungsmitgliedern. Sie dienten vor allem der Erörterung der drei anderen Punkte des sozialdemokratischen Forderungskatalogs. Ernährungsminister Höfer besuchte am Vormittag des 18. Jänner eine Versammlung von Vertrauensmännern der Metallarbeiter, wo er versprach, künftig eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel herbeizuführen.⁴⁴ Im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses antwortete der Minister des Inneren, Graf Toggenburg, auf eine Rede von Karl Seitz, in der eine „klare“ und „vertrauenserweckende“ Erklärung der Regierung gefordert wurde, dass der „Wille, zum Frieden zu kommen, ein rücksichtslos aufrichtiger ist, so aufrichtig, als es überhaupt von irgendeiner Seite gewünscht werden kann.“⁴⁵

Die Streikkurve blieb am 18. Jänner nach wie vor steil ansteigend. In Wien schlossen sich die Arbeiter von Klein- und Kleinstbetrieben der verschiedensten Branchen, Schneider und Verkäuferinnen hochfeudaler Modesalons der Innenstadt sowie die Arbeiter und Angestellten des k. k. Münzamt und der k. u. k. Hof- und Staatsdruckerei dem Ausstand an.⁴⁶ Trotz wiederholten Abratens des sozialdemokratischen „Permanenzkomitees“ beschlossen die Buchdrucker, die Arbeit in allen Betrieben

einzustellen. Ab 19. Jänner erschienen in Wien mit Ausnahme eines Blattes, den anstelle der *Arbeiter-Zeitung* herausgegebenen *Mitteilungen an die Arbeiter*, keine Zeitungen mehr. Die Zahl der Streikenden betrug am Abend des 18. Jänner in Wien 106.000.⁴⁷ In Niederösterreich weitete sich der Ausstand auf so gut wie alle Bezirke aus: die Zahl der Streikenden stieg innerhalb eines Tages von 86.765 auf 122.652.⁴⁸ In der Steiermark kamen zu Graz alle Industriebetriebe des Mur- und Mürztales hinzu. In Oberösterreich traten Linz und Steyr ein, auch zwei große Industriebetriebe in Brünn schlossen sich der Bewegung an.⁴⁹ Und dann kam aus Budapest die Nachricht, dass auch hier seit den Morgenstunden des 18. Jänner alle Industriebetriebe feierten, der Straßenbahnverkehr eingestellt war und die meisten Geschäfte geschlossen waren.⁵⁰

Die gewaltige Ausdehnung des Streiks am 18. Jänner führte dazu, dass in den Polizei- und Statthaltereiberichten von nun an nur mehr grobe Schätzzahlen angegeben werden konnten. Am 10. Februar 1918 nannte der Minister des Inneren in einem Vortrag an Kaiser Karl eine Gesamtziffer von 550.000,⁵¹ was gewiss zu niedrig als zu hoch gegriffen war und sich außerdem nur auf die österreichische Reichshälfte beziehen konnte. Ernst Winkler gibt in seiner Broschüre sogar eine Zahl von „weit über eine Million“ an.⁵² Am wahrscheinlichsten erscheint für den 19. Jänner 1918, den Höhepunkt des Ausstandes, eine Zahl von etwa 750.000: österreichische Länder einschließlich Krakau, Brünn, Mährisch-Ostrau, Triest 550.000, Ungarn (Budapest und Provinzstädte) mindestens 200.000.⁵³

Am 18. Jänner, um 18 Uhr, trat im Eisenbahnerheim Margareten der Wiener Arbeiterrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Renner schrieb: „Viele der

so gewählten Vertrauenspersonen waren in engeren Parteikreisen noch ganz unbekannt, viele neue Leute. Das Vertrauen der Werkstatt selbst, die in den Bezirksversammlungen bewiesene Beredsamkeit und Geschlossenheit führte sie in den Arbeiterrat.“⁵⁴

Insgesamt hatte aber der Ablauf der Wahlen und die Bestimmung, dass Vertreter des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission, des Frauenreichskomitees und

des Wiener Ausschusses im Arbeiterrat Sitz und Stimme haben sollten, dazu geführt, dass langjährige sozialdemokratische Vertrauensmänner und Funktionäre, die der Parteilinie ergeben waren, eine sichere Mehrheit besaßen. Den Vorsitz der ersten Tagung des Arbeiterrats führten Skaret, Pölzer und Sever, alle drei bewährte Repräsentanten des rechten Parteiflügels. Das Hauptziel der Sitzung war, für die vier Verhandlungspunkte des Parteivorstandes den offiziellen Sanktus des Arbeiterrats zu erreichen. Obwohl in der Diskussion erneut weitergehende Forderungen (Abschaffung der Zensur, Achtstundentag, Freilassung Friedrich Adlers) erhoben wurden, stimmte der Wiener Arbeiterrat nach mehrstündiger Debatte dem Vierpunkteprogramm zu.⁵⁵ Damit hatte der Parteivorstand einen weiteren wichtigen Erfolg erzielt, wusste er doch, dass die Regierung die – „wenn auch nicht volle“ – Erfüllung seiner Forderungen bereits versprochen hatte. Nun galt es nur noch, auf dem Weg zu dem von der Parteit Spitze schon längst beschlossenen Streikabbruch den Eindruck des eigenmächtigen „Abwürgens von oben“ gegenüber den kampfbegeisterten Arbeitermassen hintanzuhalten. Zu diesem Zweck schlug der Gewerkschaftsführer Wiedenhofer vor, zur Vorsprache vor dem Ministerate eine vierzehngliedrige Arbeiterdelegation zu wählen, die ausschließlich aus Vertretern der Betriebe und Leuten, die bisher noch keine Partei- oder Gewerkschaftsstellung bekleidet hatten, bestehen sollte. Für die Deputation wurden nominiert:

1. Ferdinand Steiner, ein Eisendreher aus dem Arsenal;
2. Franz Thoma, ein Spengler aus einer Flugzeugfabrik;
3. Rudolf Rehak, ein Fräser aus einem optischen Betrieb;
4. Josef Hammerschmied, ein Schlosser

- aus der Brigittenau;
 5. Karl Walz, ein Maschinenschlosser bei Siemens-Schuckert;
 6. Alois Bauer, ein Dreher bei Clayton & Shuttleworth;
 7. Konrad Lötsch, von der Eisenbahnwerkstätte Floridsdorf;
 8. Franz Ziegler, ein Schmied aus der Eisenbahnwerkstätte Rudolfsheim;
 9. Josef Baulin, ein Tischler aus einer Flugzeugfabrik;
 10. Franz Rzehak, ein Kupferschmied der Staatsbahnwerkstätte Simmering;
 11. Anton Wieser, ein Buchdrucker;
 12. Franz Kögler, ein Straßenbahner;
 13. Aloisia Münnich, eine Tabakarbeiterin;
 14. Marie Scherl, eine Schneiderin.⁵⁶

Damit hatte die Sozialdemokratie am 18. Jänner das erreicht, was sie als unumgänglich nötig erachtete, nämlich auf „zwei Beinen“ zu gehen. Während die Parteiführer in den Ministerzimmern die eigentlichen Verhandlungen führten, hatte der Arbeiterrat die Aufgabe zugeteilt bekommen, die Ergebnisse zu sanktionieren und den Massen plausibel zu machen.

Beratung des Arbeiterrats vom 19./20. Jänner 1918. Beschluss über den Streikabbruch

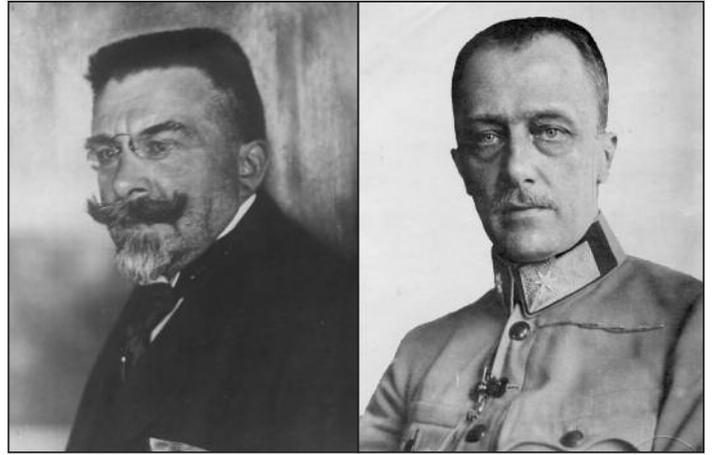
Am Samstag, dem 19. Jänner, erreichte der große Ausstand der österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen für den Frieden seinen Höhe- und Wendepunkt. An jenem Tag entschied sich nicht nur der weitere Verlauf des Jännerstreiks, sondern im wahrsten Sinne des Wortes das Schicksal des herrschenden Systems. Die Zahl der Streikenden stieg in Wien auf 113.000⁵⁷ und in Niederösterreich auf 125.200.⁵⁸ Ein Abbröckeln der Streikfront in anderen Industriegebieten (Steiermark, Oberösterreich) war nicht zu verzeichnen. Die Massen warteten in größter Spannung auf eine Stellungnahme der Regierung, bereit, im Falle einer negativen Antwort auch das Letzte zu geben. In den Arbeiterheimen, in Gaststätten, auf Straßen und Plätzen fanden unzählige Versammlungen statt. Bei einigen kam es zu offenen Zusammenstößen zwischen den Parteireferenten und den Linksradikalen, die sich den Argumenten der sozialdemokratischen Funktionäre durch lautstarke Zwischenrufe und Kontrareden entgegenstellten. Dennoch wurde an diesem so aufregendem Tag endgültig klar, dass die kleine Gruppe der Linksradikalen dem mächtigen, erfahrenen und äußerst geschickt taktierenden Apparat der Sozialdemokratie ebenso wenig entgegenstellen konnte wie dem Ansehen und Ver-

trauen, das Führer wie Victor Adler unter den Arbeitern nach wie vor genossen. Die gigantischen Anstrengungen aller Mitglieder des Parteivorstandes, die Ausweitung der Bewegung in revolutionäre Richtung zu verhindern, begannen ihre Früchte zu tragen.

Bis zu der für 19. Jänner um 18 Uhr einberufenen, erneuten Sitzung des Wiener Arbeiterrats wurde im Ministerzimmer des Parlaments fieberhaft verhandelt. Dabei ging es weniger um den „harten Kern“, das Erreichen echter und realer Zugeständnisse, sondern eher darum, die Antwort der kaiserlichen Regierung in „entschieden“ und „ehrlich“ klingende Formulierungen zu kleiden. Zu Punkt 2 versprach der Ernährungsminister, die Organisation des Verpflegungsdienstes „fortgesetzt auszugestalten“ und die Brot- und Mehlquote der Selbstversorger dem Nichtselbstversorgern anzugleichen.⁵⁹ Zu Punkt 3 versprach der Minister des Inneren, „im Hinblick auf die opferwillige Haltung und das verständnisvolle Zusammenwirken aller Volksschichten während des Krieges“, sich „nicht der Erkenntnis zu verschließen“, dass künftighin das Gemeindevahlrecht demokratisiert werden müsse.⁶⁰ Die Regierung werde daher „so bald als möglich“ den Landtagen entsprechende Gesetzesentwürfe vorlegen. Zu Punkt 4 versprach der Minister für Landesverteidigung, auf verfassungsmäßigem Wege dem Abgeordnetenhaus in „kürzester Zeit“ ein Gesetz vorzulegen, in dem das Arbeitsverhältnis in den Kriegsleistungsbetrieben auf ein rein zivilrechtliches Arbeitsverhältnis reduziert und die Zuständigkeit der Militärstrafgerichte durch zivile Strafgerichte ersetzt werden sollte.⁶¹

Ein aufmerksamer politischer Betrachter, der Jurist Josef Redlich, charakterisierte die Antwort der Regierung so: „In der Tat sind die positiven Errungenschaften des Streiks gering. Sie (die Arbeiter, H.H.) haben bloß Versprechungen erhalten, und diese noch dazu unerhört verklausuliert.“⁶²

Schon bald nach Beendigung des Jännerstreiks kursierte das Gerücht, dass der Parteivorstand den Wortlaut der Regie-



Verhandler auf Regierungsseite: Ministerpräsident Ernst Seidler von Feuchtenegg und Ottokar Graf Czernin

rungerklärungen selbst verfasst hätte.⁶³ Ein bei Rosdolsky zitiertes Dokument liefert hiefür den eindeutigen Beweis. Graf Demblin telegraphierte an Czernin nach Brest-Litowsk: „Bitte dem Herrn Minister folgendes mitzuteilen: [...] Seine Majestät läßt ihm vorläufig mitteilen: Es ist zwischen Regierung und Arbeiterführern verabredet worden, dass Ministerpräsident ihnen eine beruhigende Erklärung in der Friedensfrage geben würde, wogegen sie sich verpflichten würden, die Bewegung einzustellen. *Nach dem Vorschlag der Arbeiterführer hätte diese, im Namen E. E. abzugebende Erklärung folgendes Wortlaut [...].*“⁶⁴

Dann folgte der Text jener Erklärung, die Czernin praktisch ohne Veränderungen akzeptierte und die er am Abend des 19. Jänner durch den Ministerpräsidenten Seidler der Wiener Arbeiterratsdelegation zur Kenntnis bringen ließ. Darin wurde versprochen, dass die kaiserliche Regierung keinerlei territoriale Erwerbungen auf Kosten Russlands anstrebe und daher die Friedensverhandlungen an solchen Plänen nicht scheitern würden. In Bezug auf Polen wurde festgestellt, dass der k. u. k. Minister des Äußeren und des kaiserlichen Hauses Polens Selbstbestimmungsrecht anerkenne und es der Habsburgermonarchie fern liege, „Polen seine Staatsform oder irgend welche Beziehungen zu uns diktiert zu wollen.“⁶⁵

Als um 18 Uhr der Wiener Arbeiterrat im Eisenbahnerheim Margareten erneut zusammentrat, waren die Verhandlungen der Parteiführer mit den Ministern über den „letzten Schliff“ ihrer Erklärungen noch im Gange. Der Arbeiterrat behandelte zunächst andere Fragen und nahm Berichte über den Stand des Streiks entgegen. Endlich, gegen 21 Uhr, konnte sich die vierzehnköpfige Delegation der Dreher, Schlosser und Tischler unter



Franz Koritschoner (1892–1941)

Führung von Victor Adler, Renner, Seitz, Domes und Hanusch in den Ministersalon des Abgeordnetenhauses begehen. wo ihnen Seidler, Höfer, Toggenburg und Czapp die Antworten der Regierung auf die vier Punkte verlasen. Die Deputation erwiderte, sie werden die Regierungserklärung dem Arbeiterrat zur Kenntnis bringen. Ministerpräsident Seidler „sprach den Wunsch aus (!), dass die Arbeiter aus diesen Darlegungen volle Beruhigung schöpfen und die unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen mögen“.⁶⁶ Victor Adler sagte zum Schluss, dass die Zugeständnisse „ein erster Schritt zum Wandel seien“ und hob hervor, dass man den Ausgang des Votums im Arbeiterrat nicht vorhersagen könne, da die Arbeiter „selbst Herren ihrer Geschicke“ seien.⁶⁷ Das war eine Bemerkung „zum Fenster hinaus“, um die „Unabhängigkeit“ und „alleinige Entscheidungsbefugnis“ des Arbeiterrats vor den Massen zu unterstreichen. Gegen 22 Uhr kehrte die Abordnung ins Eisenbahnerheim zurück; die denkwürdige Sitzung des Wiener Arbeiterrats begann.

Karl Seitz, der den Bericht über die Unterredung mit der Regierung erstattete, zog folgendes Fazit: „Es wäre geradezu verantwortungslos und würde der Wahrheit in das Gesicht schlagen, wollte ich sagen, daß das die volle Erfüllung unserer Wünsche wäre. Wir haben nur einen Wunsch: *Ende mit dem Krieg!* Damit würden natürlich alle anderen Wünsche erfüllt sein. Aber ebenso offen müssen wir auch bekennen, daß es in niemandes Macht steht, das heute und sofort zu machen. Was uns gelingen konnte, war, Garantien zu schaffen, daß alle Kräfte, die in diesem Staat wirken – vom

Arbeiter bis zum Minister – sich in den Dienst des Friedens stellen [...]. Die Arbeiterschaft hat durch das äußerste Mittel, das ihr zu Gebote steht, erlangt, daß sich die *maßgebendsten* Faktoren zum *Frieden* bekennen und *sich verpflichten*, daß sie geloben und Bürgschaft leisten, *dafür alle Kräfte anzuspannen*, um ihn herbeizuführen [...]. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Antwort der Regierung als genügend zu beurteilen. Dann wollen wir *Gewehr bei Fuß* stehen und abwarten, ob man von dem Wege, den wir als richtig erkannt haben, abweichen wird, jeden Augenblick *entschlossen, wieder zum äußersten Mittel* der Abwehr zu greifen, wenn jemand wagen sollte, etwas zu unternehmen, was den Frieden bedrohen könnte!“⁶⁸

In diesen Worten kam eine politische Grundposition der österreichischen Sozialdemokratie zum Ausdruck, die später, in der Ersten Republik, noch verstärkt wirken sollte: Rechtfertigung des Nichthandelns und Zurückziehens der Partei durch Berufung auf die Übermacht objektiver Verhältnisse – unbegründetes, übertriebenes Erwecken von Vertrauen in bloße Versprechungen der Regierung und in brüchige Kompromisse mit dem bürgerlichen Lager, während man vor dem Einsatz der gewaltigen Kraft der eigenen Anhängerschaft Argwohn empfand – Beschwichtigung der kampfbereiten Arbeiter durch scharfe Worte und drohende Gesten gegenüber den Herrschenden, „zum äußersten Mittel“ greifen zu wollen, wovon dann aber in der Realität kein Gebrauch gemacht wurde. Seitz prägte hier auch zum ersten Mal jene Formel, die von der Parteiführung bis zum Jahr 1934 immer wieder verwendet werden sollte: „Gewehr bei Fuß“, das sprechende Symbol für den austromarxistischen Attentismus.

In der anschließenden Diskussion, die bis 3.30 Uhr früh des Sonntag, 20. Jänner 1918, dauerte, stellten einige Delegierte (Steiner, Spielmann, Vyrava) und die als Gäste anwesenden Vertreter der Wiener Neustädter Arbeiter (Joris, Rosenmann, Manzberger) fest, dass die Antwort der Regierung zwar eine Verbeugung vor der Arbeiterklasse, inhaltlich aber nicht zufriedenstellend sei und es schwer sein würde, auf dieser Grundlage die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Wiener Neustädter Delegierten warfen dem Parteivorstand vor, über ihre Köpfe hinweg Beschlüsse gefasst zu haben und von ihm nicht genügend konsultiert worden zu sein. Sie erklärten, nicht versprechen zu können,

dass sich die Arbeiter des südlichen Wiener Beckens einem Streikabbruchbeschluss auch anschließen würden. Victor Adler, Renner und Domes strichen in ihren Diskussionsbeiträgen besonders hervor, dass die Regierung ihre Zusagen „bindend versprochen“ habe und die Antwort Czernins „derart entschieden“ sei, dass sie ihn zur Einhaltung unbedingt „verpflichte“. Mehr sei beim besten Willen nicht herauszuholen gewesen, deshalb gelte es, den Streik zu beenden und die Kraft des Proletariats für die zukünftigen „riesigen Aufgaben“ zu erhalten. Die Mehrheit der Arbeiterratsmitglieder stieß ins selbe Horn, nannte die Regierungserklärung einen „ungeheuren moralischen Erfolg“ und deshalb eine Fortsetzung des Ausstandes „unverantwortlich“.⁶⁹

Karl Seitz fasste in seinem Schlusswort die Argumente des Parteivorstandes noch einmal zusammen. Auf die Frage nach den Garantien für die gute Absichtserklärung der Regierung (und mehr war sie ja nicht) antwortete er, dass „unsere eigene Kraft“ die beste Gewähr sei und bleiben würde. Eine Entwicklung wie in Russland sei in Österreich aussichtslos, da hier nur das Proletariat eine revolutionäre Kraft darstelle. Jede Fortführung des Massenstreiks in eine revolutionäre Richtung müsse mit einer Niederlage und einem jahrzehntelangen Rückschlag für die Arbeiterbewegung enden.

An die Arbeiterratsdelegierten gewandt, sagte er zum Schluss: „Der Parteivorstand macht nach demokratischen Grundsätzen *seine Entscheidungen abhängig von Ihrem Beschluss* und wird dann als Zentralinstanz an alle Organisationen in ganz Österreich *die Parole ausgeben* [...]. Ich hoffe, dass der Beschluss gefasst wird – womöglich einstimmig – ich hoffe, dass er, wenn er gefasst wird, auch durchgeführt wird mit jener Gewissenhaftigkeit und Geschicklichkeit, die Sie immer bewiesen haben, und ich hoffe, dass sich diesem Beschluß auch jene fügen werden, die gegen ihn gestimmt haben – in altbewährter sozialdemokratischer Disziplin.“⁷⁰

Dann folgte die Abstimmung. Zur Beschlussfassung stand einzig die „Resolution Gierlinger“, eines Delegierten aus Stadlau, der in seinem Diskussionsbeitrag für den Fall, dass die Bewegung nur noch acht Tage anhalte, die „Anarchie“ prophezeit hatte. Darin wurden die „Zugeständnisse der Regierung gewürdigt“ und den streikenden Arbeitern die „sofortige Wiederaufnahme der Arbeit“ empfohlen.⁷¹

Das Votum des Wiener Arbeiterrats ergab eine überwältigende Mehrheit von 308 gegen zwei Stimmen für die Resolution.⁷² Die Redaktion der *Arbeiter-Zeitung*, welche die „Mitteilungen an die Arbeiter“ herausgab, erhielt das Wahlergebnis und den darauf gegründeten Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstands für die Veröffentlichung in der Sonntagnummer im letzten Moment. Darin wurde mit Nachdruck herausgestrichen, dass sich der Parteivorstand dem Beschluss der „frei gewählten Vertrauensmänner“ der Wiener Arbeiterschaft nur „angeschlossen“ habe. Wohl allen Funktionären und Arbeiterratsdelegierten war jedoch in den Morgenstunden des 20. Jänner bewusst, dass ihnen das härteste und unangenehmste Stück Arbeit noch bevorstand.

Das Ende des Jännerstreiks

Der 20. Jänner, ein Sonntag, war ein Tag hunderter, massenhaft besuchter Versammlungen, in denen die sozialdemokratischen Funktionäre die Arbeiter von der Notwendigkeit des Streikabbruchs zu überzeugen suchten. In einigen Wiener Bezirken (Wieden, Margareten, Mariahilf, Neubau) gelang dies – allerdings auch hier nicht ohne heftigen Widerspruch einer Minderheit –, in anderen, ausgesprochenen Arbeiterbezirken, erhob sich jedoch der befürchtete Sturm der Entrüstung. In Währing riefen die Arbeiter den Parteirednern Worte wie „Verräter!“ und „k. u. k. Vertrauensmänner!“ zu.⁷³ Im Arbeiterheim Favoriten wurde der populäre Abgeordnete „Schani“ Pölzer niedergeschrien und als „Verräter“ und „Räuber“ beschimpft; nach der Versammlung zogen 600 Arsenalarbeiter protestierend durch die Laxenburger Straße stadtwärts und mussten von der Sicherheitswache zerstreut werden;⁷⁴ im 3. Bezirk kam es zu ähnlichen Szenen, als die Streikenden nach einer „aufreizenden Rede“ des linksradikalen Jugendlichen Friedrich Hexmann die sozialdemokratischen Vertrauensleute beschimpften und bedrohten.⁷⁵ Im Polizeibericht über die Aktivitäten des „Aktionskomitees der Linksradikalen“ während des Jännerstreiks ist zu lesen, dass „Tausende von Arbeitern im Banne von Leuten wie Baral und Genossen standen, daß nach den Reden Barals stürmische Hochrufe auf die Revolution ausgebracht und der Redner umarmt und geküsst wurde.“⁷⁶ Karl Renner, der sich am 20. Jänner nach Wiener Neustadt und Neunkirchen begeben hatte, um die Streikenden zur

Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, berichtete später:

„Ich selbst wurde, als ich im Auftrage des Parteivorstandes nach Wiener Neustadt kam, bei der Annäherung an das Arbeiterheim von gutbekannten, altbefreundeten Genossen mit roten Armbinden *verhaftet* und in einen Nebenraum abgeführt, während draußen *die ins Land geschmuggelten Agitatoren Russlands* (!) unter stürmischem Beifall die verräterischen Bonzen geißelten. Ich bestand bei den Wächtern und Genossen [...] auf dem Recht einer halbstündigen Erwiderung und Rechtfertigung. Noch war die demokratische Tradition nicht erloschen, ich erhielt die Erlaubnis, sprach eine halbe Stunde unter Störungen und noch eine halbe Stunde ungestört, die Versammlung ging in Schweigen auseinander und der *Streik wurde am selben Tage abgebrochen*.“⁷⁷

Letztere Bemerkung ist nicht richtig, da nach Artikeln in der *Arbeiter-Zeitung* vom 21. Jänner und nach Statthaltereiberichten feststeht, dass die Intervention Renners am 20. Jänner stattfand und der Streik in Wiener Neustadt bis 24. Jänner dauerte;⁷⁸ die „ins Land geschmuggelten Agitatoren Russlands“ waren nichts anderes als österreichische Linksradikale.

Auch in Neunkirchen und Ternitz kam der „leidenschaftliche Wille der Arbeiterschaft zum Ausdruck, den Kampf noch fortzuführen.“⁷⁹ Die Empfehlung des Parteivorstandes, Montag geschlossen die Arbeit aufzunehmen, konnte also nur in den Versammlungen in Wien, und auch hier nur zum Teil und unter erregten Protesten, durchgesetzt werden. Viele Belegschaften, vor allem die der großen metallverarbeitenden Betriebe, die dem Kriegsleistungsgesetz unterworfen waren (Arsenal, Flugzeugfabrik Warchalowski, Maschinenfabrik „Vulkan“ in Ottakring u. a.), weigerten sich, ihr Folge zu leisten. Bei anderen Großbetrieben gelang es allerdings der Sozialdemokratie, wenigstens einen Beschluss über die Arbeitsaufnahme für Dienstag, den 22. Jänner, durchzusetzen.

Am 21. Jänner kehrte in Wien rund die Hälfte der Streikenden (vornehmlich die Klein- und Mittelbetriebe nicht kriegswichtiger Branchen) an ihre Arbeitsplätze zurück; in Niederösterreich sank die Zahl nur unwesentlich von 125.855 auf 122.761.⁸⁰ Dennoch wurde am Montag klar, dass mit dem ersten Einbruch in die Streikfront und dem Beginn der rückläufigen Tendenz an eine energische und zielklare Fortsetzung des Ausstandes nicht mehr gedacht werden konnte. Der

Schwung und Enthusiasmus der ersten Streikwoche war vorbei, der einheitliche Wille der Bewegung zerbrochen. Auch die Linksradikalen in Wiener Neustadt, Neunkirchen und Ternitz mussten erkennen, dass ein isoliertes Weiterstreiken im südlichen Wiener Becken keine Aussicht auf Erfolg mehr besaß. Sie empfahlen mit der Begründung, dass durch den „Verrat des Parteivorstandes“ die Streikenden nun ohne Führung dastünden, die Wiederaufnahme der Arbeit.⁸¹ Außerdem hatte am Montag eine Verhaftungswelle der Wiener Polizei gegen die aktivsten linksradikalen Agitatoren (Baral, Kohn-Eber, Wertheim, Pjatigorski, Hexmann, Kodanich, Hübl, Beer) eingesetzt,⁸² die später auch die am Abend des 20. Jänner untergetauchten Franz Koritschoner, Leopold Kulcsar und Leo Rothziegel traf. Damit waren auch in Wien die restlichen streikgewillten Arbeiter ohne politische Leitung.

Am 22. Jänner begann sich trotz der Tatsache, dass in Wien noch immer 56.000⁸³ und in Niederösterreich 59.000 Arbeiter streikten, die Situation für die Regierung endgültig zu entspannen. In Wien beschlossen alle Streikversammlungen im Laufe des Tages, die Arbeit am 23. Jänner wieder aufzunehmen. In der Steiermark und in Oberösterreich war der Ausstand so gut wie beendet. Um 18 Uhr wurden in Wien die zur Sicherung der Inneren Stadt und strategischer Objekte (Donaubrücken) bereitgestellten Militärassistenzen aufgehoben.⁸⁴ Eine Delegation des Wiener Neustädter Arbeiterrats, die am Dienstag nach Wien reiste, um vom Parteivorstand Aufklärung über die Erledigung dieser Forderungen zu erlangen, die von den Streikenden erhoben, im Vierpunkteprogramm aber nicht berücksichtigt worden waren (Teilnahmen von Arbeitervertretern an den Friedensverhandlungen, Achtstundentag, Freilassung Friedrich Adlers), erhielt zu Punkt 1 eine abschlägige Antwort, zu den beiden anderen Forderungen wurden Bemühungen der Partei auf parlamentarischen Boden zugesagt.⁸⁵ Die Interpellation des Wiener Neustädter Arbeiterrats war das letzte Rückzugsgefecht. Am 23. Jänner wurde in allen Wiener Betrieben die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen, am 24. Jänner war der Streik auch in Wiener Neustadt, Neunkirchen und Ternitz beendet.

Der Jännerstreik wurde hier vornehmlich unter den Gesichtspunkten der Entsetzung der Arbeiterräte und der Darlegung der sozialdemokratischen

Beschwichtigungsmethoden behandelt, fußend auf einem Kapitel aus der vom Autor verfassten Geschichte der Rätebewegung.⁸⁶ Die schlichte Schilderung der Doppeltaktik der austromarxistischen Führungsgarnitur vor und hinter den Kulissen spricht für sich und braucht nicht noch extra mit starken Worten kommentiert zu werden. Dabei müssen wir es aus mehreren Gründen belassen, nicht zuletzt auch aus solchen persönlichen Befindens. Wer über eine Generaleinschätzung des Jännerstreiks unterrichtet sein will, sei auf einen Vortrag des Autors im Rahmen einer Veranstaltung der *Alfred Klahr Gesellschaft* am 18. Jänner 2008 verwiesen.⁸⁷

Anmerkungen:

- 1/ *Arbeiter-Zeitung*, 16.1.1918, S. 4.
- 2/ Rudolf Neck: *Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918* (A. Quellen), I. Der Staat, 2. Bd. (1917–1918). Wien 1968, S. 197f.
- 3/ Richard Georg Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan: *Innere Front, Militärassistenten, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918*, 1. Bd.: *Zwischen Streik und Meuterei*. Wien 1974, S. 78.
- 4/ *Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats*. Wien 1918, S. 8. Diese Darstellung des Jännerstreiks wurde von Karl Renner im Auftrag des Parteivorstandes verfasst.
- 5/ Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 199ff.
- 6/ Ebd., S. 202.
- 7/ Anna Homik: *40 Jahre Jännerstreik*, in: *Weg und Ziel*, 16. Jg. (1958), Nr. 1, S. 46–51, hier S. 47.
- 8/ Ebd., S. 48.
- 9/ *Der Januaraufstand der österreichischen Arbeiterschaft und der Verrat der sozialpatriotischen Führer*, Zürich 1918, S. 9. Diese noch vor Kriegsende in der Schweiz erschienene Broschüre stellt die Ereignisse während des Jännerstreiks aus der Sicht der Linksradikalen dar. Der/die Verfasser/in ist unbekannt.
- 10/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 9.
- 11/ Otto Bauer: *Die österreichische Revolution*. Wien 1923. Neudruck mit einem Geleitwort von Ernst Winkler. Wien 1965, S. 76. (Zitiert nach dieser Ausgabe.)
- 12/ Roman Rosdolsky: *Studien über revolutionäre Taktik*. Zwei unveröffentlichte Arbeiten über die II. Internationale und die österreichische Sozialdemokratie. Berlin (West) 1973, S. 128 (Hervorhebung H.H.). Roman Rosdolsky wertete für seine Arbeit erstmals die entsprechenden Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien aus. Seine Studie ist eine der wichtigsten Darstellungen des Jännerstreiks.
- 13/ *Arbeiter-Zeitung*, 16.1.1918, S. 1.
- 14/ Ebd.
- 15/ Bauer: *Die österreichische Revolution*, S. 76.
- 16/ Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), Präs.-P.-Vla-421 bis 2635/1918, Wien, Streikbewegung, Nr. 421 und 421/2.
- 17/ Ebd., Nr. 421/4.
- 18/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 6.
- 19/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421-4/1918.
- 20/ Ernst Winkler. *Der große Jänner-Streik 1918. Ein Kampf für Brot, Frieden und Freiheit*, hg. von der SPÖ-Landesorganisation Niederösterreich. o.O., o.J. [1968], S. 4.
- 21/ Zit. nach Gustav Gratz/Richard Schüller: *Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung*. Wien 1930, S. 139 f. Hervorhebungen H.H.
- 22/ Zit. in: *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, 3. Bd. (November 1917 bis November 1918). Berlin 1970, S. 144.
- 23/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 12.
- 24/ Ebd.
- 25/ Zitiert bei: Rosdolsky: *Studien*, S. 132. Hervorhebungen im Original.
- 26/ *Arbeiter-Zeitung*, 17.1.1918, S. 1. Hervorhebungen im Original.
- 27/ Ebd. Hervorhebungen im Original.
- 28/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 13.
- 29/ Ebd.
- 30/ Vgl. Jan Opočenský: *Umsturz in Mitteleuropa. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Geburt der kleinen Entente*. Hellerau bei Dresden 1931, S. 75.
- 31/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 14.
- 32/ Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 3; Ludwig Brügel: *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*, 5. Bd. Wien 1925, S. 336. Hervorhebungen im Original.
- 33/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421 bis 2365/1918, Nr. 422/8.
- 34/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-567 und 568/1918, Streikbewegung allgemein.
- 35/ Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 265.
- 36/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Karl Heinz: *Die Geschichte der österreichischen Arbeiterräte* (ungedrucktes Manuskript), S. 5. Hervorhebung im Original.
- 37/ *Um Friede, Freiheit und Recht*, S. 14f.
- 38/ *Arbeiter-Zeitung*, 18.1.1918, S. 1.
- 39/ Zitiert bei: Rosdolsky: *Studien*, S. 143. Hervorhebungen H.H.
- 40/ Ebd.
- 41/ Ebd., S. 145.
- 42/ Ebd., S. 146.
- 43/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 19.1.1918, S. 1.
- 44/ Ebd., S. 1.
- 45/ Ebd., S. 3.
- 46/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421 bis 2635/1918, Nr. 423/11.
- 47/ Ebd., Nr. 423/12.
- 48/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-567 und 568/1918.
- 49/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 19.1.1918, S. 2.
- 50/ Ebd.
- 51/ Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 381.
- 52/ Winkler: *Jänner-Streik*, S. 6.
- 53/ Plaschka/Haselsteiner/Suppan: *Innere Front*, 1. Bd., S. 69.

- 54/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 15.
- 55/ Ebd., S. 23.
- 56/ Ebd., S. 24.
- 57/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421 bis 2635/1918; Nr. 526/17.
- 58/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-567 und 568/1918.
- 59/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 20.1.1918, S. 2.
- 60/ Ebd.
- 61/ Ebd.
- 62/ *Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs*, bearbeitet von Fritz Fellner, II. Bd. Graz, Köln 1954, S. 256.
- 63/ Vgl. *Der Januaraufstand der österreichischen Arbeiterschaft*, S. 11.
- 64/ Rosdolsky: *Studien*, S. 135. Hervorhebung im Original.
- 65/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 20.1.1918, S. 1.
- 66/ Ebd., S. 2.
- 67/ Ebd.
- 68/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 34f. Hervorhebungen im Original.
- 69/ Ebd., S. 35ff.
- 70/ Ebd., S. 42. Hervorhebungen im Original.
- 71/ *Mitteilungen an die Arbeiter*, 20.1.1918, S. 3.
- 72/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 43.
- 73/ Präs.-P.-Vla-421 bis 2625/1918, Nr. 526/17.
- 74/ Ebd.
- 75/ Ebd., Nr. 526/18.
- 76/ Ebd., Nr. 226/28, Baral Arnold und Genossen – Hochverrat.
- 77/ Karl Renner: *Wandlungen der modernen Gesellschaft. Nachgelassene Werke*, III. Bd. Wien 1953, S. 60. Hervorhebungen H.H.
- 78/ Vgl. Neck: *Arbeiterschaft*, 2. Bd., S. 226 und 236.
- 79/ *Arbeiter-Zeitung*, 21.1.1918, S. 5.
- 80/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-567 und 568/1918.
- 81/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-949 bis 2307/1918; Zehnder Ferdinand, *Agitation*.
- 82/ NÖLA, Präs.-P.-Vla-421 bis 2635/1918; Nr. 528/28.
- 83/ Ebd., Nr. 527/22.
- 84/ Ebd., Nr. 527/23; Plaschka/Haselsteiner/Suppan: *Innere Front*, 1. Bd., S. 81f.
- 85/ *Um Friede, Freiheit und Recht!*, S. 47.
- 86/ Hans Hautmann: *Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924*. Wien, Zürich 1987, S. 153–176.
- 87/ *Jänner 1918 – Österreichs Arbeiter-schaft in Aufruhr*,
www.klahrgesellschaft.at/Referate/
Hautmann_Jaennerstreik.html [1.2.2018], abgedruckt auch in: Hans Hautmann: *Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen. Aufsätze und Referate für die Alfred Klahr Gesellschaft*. Wien 2013 (Quellen & Studien, Sonderband 16), S. 203–212.



Opfer-Mythos, Täter-Mythos und die „Entsorgung“ des Widerstands

Anmerkungen zum 80. Jahrestag des März 1938

WINFRIED R. GARSCHA

Der deutsche Dramatiker Carl Zuckmayer, dessen Theaterstücke (wie „Der Hauptmann von Köpenick“) von den Nationalsozialisten in Deutschland mit einem Aufführungsverbot belegt und dessen Bücher verboten worden waren, lebte seit 1935 in seinem Haus am Salzburger Wallersee. Anfang März 1938 kam er nach Wien, um ein neues Stück von ihm einzustudieren. Die Proben mussten am 11. März 1938 abgebrochen werden, tags darauf stürmten Salzburger Nationalsozialisten sein Haus am Wallersee, am nächsten Tag plünderten Nazis seine Wohnung in Wien, doch entkam er mit Hilfe des Direktors des Theaters in der Josefstadt, in dem das Stück aufgeführt werden hätte sollen – zuerst in die Schweiz und dann in die USA.

Die „Pforten der Hölle“

Ein Vierteljahrhundert später verdichtete Zuckmayer in seiner Selbstbiografie seine Erlebnisse am 11. und 12. März 1938 und sein fortwährendes, fassungsloses Entsetzen über die Orgie des Hasses und der Demütigung, mit der der nach Zehntausenden zählende antisemitische Mob die Stadt überzog, zu einem der beeindruckendsten Texte über den Pogrom auf den Straßen Wiens:

„An diesem Abend brach die Hölle los. Die Unterwelt hatte ihre Pforten aufgetan und ihre niedrigsten, scheußlichsten, unreinsten Geister losgelassen. [...] Die Luft war von einem unablässig gellenden, wüsten, hysterischen Gekreische erfüllt, aus Männer- und Weiberkehlen, das tage- und nächtelang weiterschillte. Und alle Menschen verloren ihr Gesicht, gleichen verzerrten Fratzen; die einen in Angst, die anderen in Lüge, die anderen in wildem, haßerfülltem Triumph. [...] Was hier entfesselt wurde, war der Aufstand des Neids, der Mißgunst, der Verbitterung, der blinden böswilligen Rachsucht – und alle anderen Stimmen waren zum Schweigen verurteilt. [...] Hier war nichts losgelassen als die dumpfe Masse, die blinde Zerstörungswut, und ihr Haß richtete sich gegen alles durch Natur oder Geist Veredelte. Es war ein Hexensabbat des Pöbels und ein Begräbnis aller menschlichen Würde.“¹

Der erste Pogrom in Wien seit dem späten Mittelalter dauerte vom Abend des 11. März bis zum 17. März 1938. Diese sechs Tage waren der Zeitraum zwischen der Machtübernahme der Nazis und der Bekanntgabe des Chefs der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, dass „kommunistische Parteigänger unter Mißbrauch der parteiamtlichen Uniformen versuchen, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden“.² Im Schreiben an den Wiener NSDAP-Gauleiter Joseph Bürckel vom selben Tag sprach Heydrich Klartext: Mit den „Kommunisten“ seien selbstverständlich Nationalsozialisten gemeint, die sich „in großem Umfange“ Übergriffe erlauben hätten. Bürckel solle für Disziplin sorgen, denn es „wäre bedauerlich, wenn die Staatspolizei gezwungen wäre, in größerem Umfange auch weiterhin gegen Parteigenossen vorzugehen“.³

Der Pogrom des März 1938 war etwas im nationalsozialistischen Machtbereich noch nicht Dagewesenes. Der Wiener Nazi-Mob wurde getrieben von tief verankerten antisemitischen Vorurteilen – befeuert wurde er von der Überzeugung, dass es plötzlich möglich war, all das, was an Hassgefühlen und sadistischen Gelüsten bis dahin unterdrückt werden musste, ungestraft an Menschen, die sich nicht zu wehren wagten, auszuleben. Die Opfer waren nicht selten Nachbarinnen und Nachbarn, die man seit Jahrzehnten gekannt hatte.

Eine weitere Eigenschaft, die die Täter und Täterinnen des Pogroms auszeichnete, war die Feigheit. Erst nachdem ihnen die Machtübernahme durch die österreichische NSDAP Straflosigkeit zu verhießen schien, trauten sie sich, diejenigen, die nunmehr als „vogelfrei“ galten, zu beschimpfen, anzuspucken und sonstwie zu erniedrigen. Und in dem Augenblick, in dem die neuen Machthaber „Schluss damit!“ verordneten, war der Furor auf den Straßen Wiens zu Ende, wiewohl die unzähligen antisemitischen Gemeinheiten im Kleinen weitergingen und Juden und Jüdinnen weiterhin von jungen Nazis von der Straße weg „verhaftet“ wurden, um in NSDAP-Lokalen und anderswo mehrere Stunden hindurch Putzarbeiten zu erledigen. Aber das, was

binnen weniger Stunden zum Inbegriff des Pogroms geworden war, gab es nicht mehr: die so genannten „Reibepartien“ – jüdische Männer und Frauen, die mit Lauge und Bürsten von Straßen und Gehsteigen jene Parolen wegwischen mussten, die in den Tagen zuvor als Propaganda für die von der österreichischen Regierung für den 13. März geplante Volksbefragung über die österreichische Unabhängigkeit gemalt worden waren; jüdische Männer und Frauen, verlacht und verspottet von denen, die auf die vor ihnen Knienden hinabblickten.

Ein Teil von Alfred Hrdlickas Denkmalkomplex „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ (1988) am Wiener Albertinaplatz ist der „straßenwaschende Jude“. Was vom Künstler als mahnende Erinnerung an die Schande jener sechs Tage im März 1938 gedacht war, ist kein Skandal mehr. Nachträglich mit stilisiertem Stacheldraht geschützt, um TouristInnen daran zu hindern, sich darauf zur Rast niederzulassen, tut der Anblick der gedemütigten, knienden Figur kaum mehr jemandem weh. Nur einmal, 2015, hat eine Installation der Filmemacherin Ruth Beckermann diese Schande für einige Monate den Vorübergehenden in Erinnerung gerufen – mit einer Videoinstallation neben der knienden Figur, die kurz zuvor im österreichischen Filmarchiv aufgefundene Sequenzen mit lachenden Gaffern zeigte.⁴

Dass das Beschämende an der von Hrdlicka in Bronze gegossenen Szene nicht mehr spürbar ist, hat nicht nur mit dem zeitlichen Abstand von acht Jahrzehnten zu tun. Schon mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor hatte Helmut Qualtinger in einer Schlüsselszene des „Herrn Karl“ die Unfähigkeit der Wiener Mehrheitsbevölkerung thematisiert, die Ungeheuerlichkeit dieses Pogroms zu begreifen: „... da war a Jud im Gemeindegarten, a gewisser Tennenbaum ... sonst a netter Mensch – da ham s’ so Sachen gegen die Nazi g’schrieben g’habt auf de Trottoir ... und der Tennenbaum hat des aufwischen müssen ... net er allan ... de andern Juden eh aa ... hab i ihm hing’führt, daß er’s aufwischet ... und der Hausmaster hat zuag’schaut und hat g’lacht ... er war immer bei aner Hetz da-

bei ... Nachn Krieg is er z'ruckkumma, der Tennenbaum. Is eahm eh nix passiert ... Hab i ihm auf der Straßn troffen. I grieiß eahm freundlich: ‚Hablediehe, Herr Tennenbaum!‘ Der hat mi net ang'schaut. I grüäß ihn no amal: ‚ – 'diehe, Herr Tennenbaum ...‘ Er schaut mi wieder net an. Hab i ma denkt ... na bitte, jetzt is er bees – Dabei – irgendwer *hätt's* ja wegwischen müäßn ... i maan, der Hausmaster war ja aa ka Nazi. Er hat's nur net selber wegwischen wolln.“⁵

Das fehlende Einfühlungsvermögen in die psychische Katastrophe, die die massenhafte Demütigung bei Jüdinnen und Juden – immerhin mehr als zehn Prozent der Bevölkerung – auslöste und zur Reaktion „Nur weg!“⁶ führte, ging (und geht in vielen Fällen immer noch) einher mit der mangelnden Bereitschaft, die Verantwortung für die Folgen dieser Taten von BewohnerInnen dieser Stadt und dieses Landes zu übernehmen, so wie ja auch die Erbschaft der positiven Leistungen früherer Generationen übernommen und genutzt werden.

Der „Opfer-Mythos“

„Österreich – erstes Opfer Hitler-Deutschlands“: Diese Kurzfassung der Moskauer Deklaration vom November 1943 wurde im Laufe der 1950er Jahre zu einer Art Staatsdoktrin der Zweiten Republik. Dazu musste allerdings ein wesentlicher Teil der Moskauer Deklaration „vergessen“ werden, nämlich die so genannte „Mitverantwortungsklausel“, die in den abschließenden Verhandlungen zum Staatsvertrag 1955 von der österreichischen Regierung erfolgreich „herausverhandelt“ wurde, was – neben Leopold Figls angeblicher Trinkfestigkeit – bis heute in fast allen mehr oder weniger offiziellen Geschichtsdarstellungen als eine der wesentlichen Leistungen des damaligen österreichischen Außenministers gefeiert wird.

Nun mag die von den alliierten Außenministern Anthony Eden (Großbritannien), Wjatscheslaw Molotow (UdSSR) und Cordell Hull (USA) 1943 gewählte Formulierung der „Mitverantwortungsklausel“ ungenau sein, weil sie von „Austria“ anstelle von „Austrians“ spricht, doch entsprach dies ganz offenkundig der Vorstellung, dass der wiederherzustellende Staat – und nur von diesem war die Rede – die Verantwortung für die Taten seiner Bürger und Bürgerinnen zu übernehmen habe. Die Formulierung der so genannten „Mitverantwortungsklausel“ lautete: „Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es für die Teilnahme am



„Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ von Alfred Hrdlicka am Wiener Albertinaplatz (straßenwaschender Jude)

Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht enttrinnen kann“; die Behandlung Österreichs nach dem Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland werde aber davon abhängen, wieviel Österreich selbst zu seiner Befreiung beitrage.⁷

Die Entsorgung der „Mitverantwortungsklausel“ ging mit der Entsorgung der Erinnerung an den Widerstand einher. So lange noch um den Staatsvertrag gerungen wurde, war die Berufung auf den Widerstand ein nützliches Vehikel der österreichischen Außenpolitik, um den in der Moskauer Deklaration geforderten eigenen Beitrag Österreichs zu belegen. Innenpolitisch spielte die Berufung auf den Widerstand jedoch schon ab Ende der 1940er Jahre kaum mehr eine Rolle, weil die Anerkennung eines mehrheitlich kommunistischen – in Kärnten außerdem noch slowenischen! – Widerstands weder in die Logik des Kalten Krieges passte noch mit dem Werben von ÖVP und SPÖ um die Stimmen der ehemaligen Nazis im Nationalratswahlkampf 1949 kompatibel war.

Nach Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 wurden zunächst die für die Aburteilung von Nazi-Verbrechern eingerichteten „Volksgerichte“ abgeschafft, zwei Jahre später folgte eine generelle „NS-Amnestie“, im Zuge derer gleich auch das Kriegsverbrechergesetz ersatzlos gestrichen wurde. Danach „passierte“ es nur noch in Ausnahmefällen, dass Nazi-Verbrecher sich vor Gericht verantworten mussten. Diejenigen, denen solche Prozesse zuwider waren (und das war wohl die übergroße Mehrheit der Bevölkerung), konnten sich aber auf die

Geschworenen verlassen, deren zufällige Auslosung garantierte, dass die Auffassungen des Durchschnitts der Bevölkerung in die Gerichtsurteile einfließen: Sie sorgten dafür, dass nicht einmal die Hälfte der Angeklagten zu – meist ohnehin lächerlich geringen – Strafen verurteilt wurde. Zur Ehrenrettung von Teilen der österreichischen Justiz, insbesondere einiger engagierter Staatsanwälte, sowie der mit der Ausforschung von Kriegsverbrechern befassten Beamten des Innenministeriums,⁸ muss allerdings gesagt werden, dass nur ganz wenige Gerichtsverfahren derartig skandalös abliefen wie der Grazer Prozess gegen den Judenmörder von Riga, Franz Murer. Dessen Nachstellung in Christian Froschs Film „Murer – Anatomie eines Prozesses“ wurde am 13. März 2018 im Rahmen des Festivals des österreichischen Films, der Grazer *Diagonale*, uraufgeführt.

Nach dem Staatsvertrag sammelten sich die „Weltkriegsteilnehmer“ und ehrten die Gefallenen – immerhin 247.000 der insgesamt 1,2 Millionen österreichischen Soldaten der Deutschen Wehrmacht – als „Helden“, die „für die Heimat“ gefallen seien. Nicht mehr nur an Stammtischen, sondern zunehmend auch im öffentlichen Diskurs wurde „1945“ nicht mehr mit der Wiedererstehung Österreichs assoziiert (von „Befreiung“ traute sich ohnehin kaum mehr ein Politiker zu reden, da ja Österreich angeblich erst mit dem Staatsvertrag „wirklich befreit“ worden war), sondern mit der Niederlage Hitler-Deutschlands. Die Befreiung von der Nazi-Herrschaft und die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht wurden allen Ernstes als „Stunde Null“

begangen und damit suggeriert, für die Mehrheit der ÖsterreicherInnen sei das Jahr 1945 eine nationale Katastrophe gewesen.

Als Überlebende von Verfolgung, Widerstand und Exil Anfang der 1960er Jahre daran erinnerten, dass Österreich 1938 einer Aggression zum Opfer gefallen und 1945 wiederhergestellt worden war, war das nicht die Kreation eines Mythos, sondern der von einer Minderheit unternommene Versuch, der allgegenwärtigen Verharmlosung und Verdrängung der NS-Diktatur mit einer Wiederbelebung des antifaschistischen Grundkonsenses des Jahres 1945 entgegenzutreten und die Zweite Republik als „Antagonismus zum Nationalsozialismus“ (ein Begriff, den allerdings erst der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky in den 1990er Jahren prägte) zu postulieren. Das, was für Österreich als Staat galt, traf freilich nur auf eine Minderheit der österreichischen Bevölkerung zu: Auf die 200.000 als Juden/Jüdinnen Verfolgten (von denen 130.000 vertrieben und 66.000 ermordet wurden), auf die rund 100.000 als politische GegnerInnen Verfolgten (von denen an die 10.000 ermordet wurden), auf die 11.000 Roma und Sinti (von denen mehr als 9.000 ermordet wurden).

Der „Opfer-Mythos“ entstand, als Medien und PolitikerInnen begannen, alles mit allem zu vermenschlichen, und als auf einmal alle zu „Opfern“ wurden – die in die Vernichtungslager Deportierten und in den Konzentrationslagern zu Tode Gequälten ebenso wie die Opfer alliierter Bombenangriffe und die gefallenen Wehrmachtssoldaten, die von den Nazis beraubten und verjagten Juden und Jüdinnen ebenso wie die vertriebenen „Volksdeutschen“, die straßenwaschenden Juden/Jüdinnen des Jahres 1938 ebenso wie die „Trümmerfrauen“ des Jahres 1945. Dabei war es ja fast schon als Fortschritt zu werten, wenn das Schicksal österreichischer Juden und Jüdinnen in diesen „Alle-waren-wir-Opfer“-Mythos überhaupt mit aufgenommen wurde. Denn für viele ÖsterreicherInnen galt „aus den Augen, aus dem Sinn“: die jüdische Bevölkerung kam in der Erinnerung an „früher“ nicht mehr vor. Und Ermordete, Gedeemütigte, Vergewaltigte, Vertriebene, Verhungerte in Polen, der Sowjetunion oder auf dem Balkan – das waren überhaupt „die Anderen“, die uns nichts angingen. Als ob österreichische Soldaten der Deutschen Wehrmacht auf Urlaub dort gewesen wären und nichts angestellt hätten.

Und von der Sechsten Armee mit ihrem überproportionalen Österreicher-Anteil wusste jedes Kind, dass sie in Stalingrad „aufgegeben“ worden war und ihre Reste in sowjetischen Lagern zugrunde gingen. Groß war die Überraschung, als in der „Wehrmachtsausstellung“ Jahrzehnte nach dem Krieg plötzlich Bilder und Dokumente zu sehen waren, die die Spur der Vernichtung nachzeichneten, die diese Armee auf dem Weg nach Stalingrad in der Ukraine und in Südrussland hinterlassen hatte.⁹

Insbesondere Russen kamen (und kommen) in der österreichischen Geschichtserzählung der Zweiten Republik nur als Räuber und Vergewaltiger vor. Noch 1973 wirkte ein Roman wie Christine Nöstlingers „Maikäfer, flieg! Mein Vater, das Kriegsende, Cohn und ich“ auf die breite Öffentlichkeit verstörend – dass es ein zehnjähriges Mädchen war, mit dessen Augen die Autorin die sowjetischen Soldaten schilderte, machte die Sache nur noch schlimmer. Nur wenige LehrerInnen wagten es, das Buch im Unterricht einzusetzen. Die (36 Jahre später erschienenen) Unterrichtsmaterialien richteten sich nicht an österreichische, sondern an deutsche Lehrkräfte.¹⁰

Der Opfer-Mythos erwies sich auch als ideales Instrument zur Abwehr von Forderungen an den österreichischen Staat, von der Restitution geraubter jüdischer Vermögenswerte bis zu den von der Deutschen Wehrmacht für die Errichtung des Truppenübungsplatzes Döllersheim beschlagnahmten Grundstücken der Bauern von Allentsteig: Sie alle wurden an die Bundesrepublik Deutschland verwiesen, da Österreich – als Opfer der deutschen Aggression 1938 – nicht der richtige Adressat für solche Forderungen sei.

Der „Täter-Mythos“

Seit der Waldheim-Debatte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre hat sich der „Opfer-Diskurs“ Schritt für Schritt in einen „Täter-Diskurs“ verkehrt, der allerdings immer noch demselben nationalistischen Muster folgt, nämlich, dass „die Österreicher“ etwas ganz Besonderes seien. Waren sie früher die menschlicheren Nazis oder überhaupt Unschuldslämmer in einer Herde von (deutschen) Tätern, so müssen sie nunmehr – nach der mittlerweile hegemonialen, von nahezu der gesamten liberalen und großen Teilen der linken Öffentlichkeit geteilten Geschichtserzählung – zu den schlimmsten Tätern gerechnet werden, wenn nicht überhaupt die Scheußlich-

keiten des Nazismus als österreichische Erfindung hingestellt werden. Zum Beleg der These, dass das vorherrschende Narrativ nichts als eine Umkehrung des alten ist und auf die Besonderheit „des Österreichers“ abstellt, der, wenn er schon nicht der Beste, dann doch zumindest der Schlechteste sein muss, sollen einige Fakten angeführt werden:

Die Darstellung von Österreich als Opfer war von der Fiktion ausgegangen, dass ein Land ohne seiner BewohnerInnen vorstellbar wäre bzw. letztere mit der Erklärung des Staates zum „ersten Opfer“ Hitlers ebenfalls die Opferrolle für sich in Anspruch nehmen könnten. Diese „Lebenslüge“ der Zweiten Republik, wie der Historiker Gerhard Botz die „Opfer“-These bezeichnete¹¹ – ging einher mit der Legende, die Österreicher in Wehrmachtsuniform seien allenthalben, wo die Deutsche Wehrmacht als Eroberungs- und Besatzungsarmee auftauchte, viel „beliebter“ als „die Deutschen“ gewesen. Tatsächlich machten österreichische Wehrmachtssoldaten derartige Erfahrungen; daraus aber eine generelle „Beliebtheit“ der Österreicher abzuleiten, ist mehr als gewagt und lenkt von den tatsächlichen, auch von Österreichern begangenen Verbrechen ab. Diese Legende passte aber zu einem beliebten nationalistischen Stereotyp, das Teil des „Opfer-Mythos“ war: die Verbrechen begingen „die Deutschen“, nicht „wir“. Denn: „Wir sind friedlich von Natur aus“, behauptete beispielsweise der Tiroler ÖVP-Nationalratsabgeordnete Franz Gschnitzer in der außenpolitischen Debatte des österreichischen Parlaments am 14. Mai 1950.¹² Und auch in Ernst Fischers Broschüre über den „österreichischen Volkscharakter“, 1943 erstmals in der Moskauer Exilzeitschrift *Internationale Literatur* veröffentlicht¹³ und dann mehrfach im Exil¹⁴ sowie 1945 in Österreich¹⁵ nachgedruckt, wimmelte es – trotz aller kritischer Einschränkungen – nur so vor positiven Zuschreibungen für „das Österreichische“ wie „Toleranz“, „Verständnis für fremde Völker“, „Einfühlungsvermögen“, „Ablehnung des Militarismus“ u.ä.¹⁶

Seit den 1950er Jahren versuchten kritische Publizisten (allen voran Friedrich Heer) sowie zahlreiche SchriftstellerInnen wie Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Gerhard Fritsch, Hans Lebert, Hilde Spiel gegen das von Millionen Menschen geteilte Vorurteil von den gemüthlichen, friedlichen österreichischen Nationalsozialisten (die sich ja eigentlich alle nur aus Opportunitätsgründen der



Anschlussbegeisterung und antisemitische Ausschreitungen in Wien

Nazi-Partei angeschlossen hatten) im Gegensatz zu den bösartigen, aggressiven deutschen Nationalsozialisten, die allein für die Schrecken der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs verantwortlich gewesen seien, anzuschreiben. Seit den frühen 1970er Jahren wurden sie durch die zeitgeschichtliche Forschung unterstützt, die trotz einer nach wie vor geltenden Archivsperre, die nur vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* unterlaufen wurde, durch die Öffnung ausländischer Archive aber ohnehin weitgehend wirkungslos war, immer neue Erkenntnisse über österreichische NS-Täter und das Ausmaß der Unterstützung der NS-Herrschaft durch die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung zutage förderte. Erst als eine neue Generation von LehrerInnen, die während ihres Studiums bereits mit diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen konfrontiert worden war, ihrerseits ab den späten 1970er Jahren den zeitgeschichtlichen Unterricht in den österreichischen Schulen zu einem Instrument der Vergangenheitspolitik machte, entstand jenes kritische Potenzial, das den nötigen Resonanzboden für die so genannte „Waldheim-Affäre“ bilden konnte. Kurt Waldheims Satz, er habe im Zweiten Weltkrieg nur „seine Pflicht erfüllt“, war bis Anfang der 1970er Jahre ganz normaler „Polit-Sprech“ in Österreich. Ein Satz, der noch zehn Jahre zuvor kaum jemanden aufgeregt hätte, wurde in diesem neuen Klima zu einer Ungeheuerlichkeit, die die größten vergangenheitspolitische Debatte auslöste, die Österreich bis dahin gesehen hatte – vergleichbar mit der „Verjährungsdebatte“ um Kriegsverbrechen

in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren oder der tiefen Verstörung der polnischen Gesellschaft mit Zehntausenden Kommentaren in den Medien und Millionen Leserbriefen, die im Jahr 2000 durch das Buch des Historikers Jan T. Gross über das Massaker der christlichen an der jüdischen Bevölkerung des Dorfs Jedwabne 1941 ausgelöst worden war.¹⁷ Zwar erlebte auch Österreich insofern einen Rückschlag, als der Aufstieg der FPÖ ab den späten 1980er Jahren ganz wesentlich auch von jenen unterstützt wurde, denen Jörg Haider versprach, er werde nicht zulassen, dass das Andenken an die „Kriegsgeneration“ beschädigt werde, doch eine strafrechtliche Ahndung der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, wie sie in Polen inzwischen Realität wurde, haben in Österreich nicht einmal die extremsten Nazi-Apologeten angedacht.¹⁸

Nach Jahrzehnten der Leugnung und Verharmlosung löste der Schock darüber, in welchem Ausmaß österreichische Täter an den NS-Verbrechen beteiligt waren, bei vielen eine Reaktion aus, die den österreichischen Anteil absolut setzte. Hatte man sich früher hinter „den Deutschen“ versteckt, so lasen sich nunmehr Kommentare und Leserbriefe so, als wäre nicht die Deutsche Wehrmacht in Österreich, sondern das österreichische Bundesheer in Deutschland einmarschiert. Wenn über die Schande des Pogroms des März 1938 gesprochen wurde, so „vergaßen“ viele die wichtigste Voraussetzung für diesen Ausbruch an Gewalt und Menschenverachtung: die Ersetzung der austrofaschistischen durch eine nationalsozialistische Regierung.

Dafür gab es zwar Dutzende innerösterreichische Ursachen – nicht zuletzt die Kapitulation von Bundeskanzler Schuschnigg –, aber es ist geradezu grotesk, so zu tun, als hätte es kein deutsches Ultimatum, keinen Einmarsch der Deutschen Wehrmacht und kein Spezialkommando der deutschen Polizei unter der Leitung von Himmler und Heydrich gegeben, die mehrere Stunden vor dem Beginn der militärischen Besetzung mit zwei Flugzeugen aus Berlin nach Wien flogen, um erste Verhaftungen vorzunehmen und das Gold der österreichischen Nationalbank zu beschlagnahmen.

Hat der antisemitische Nazi-Mob Österreich zum Teil Hitler-Deutschlands gemacht?

Wer die immer gründlichere Erforschung der NS-Herrschaft in Österreich durch die Geschichtswissenschaft der letzten Jahrzehnte verfolgt, stellt verärgert fest, dass die Hunderten von Untersuchungen, die auch solche zur justiziellen Ahndung der von österreichischen NS-Tätern begangenen Verbrechen einschließen, von rund 99 Prozent der deutschen HistorikerInnen und PublizistInnen nicht zur Kenntnis genommen werden und fortwährend mit Stereotypen der Vor-Waldheim-Ära „argumentiert“ wird. Noch größeres Erstaunen verursacht allerdings die Tatsache, dass diese journalistischen Vereinfachungen und abschätzigen, von wenig Sachkenntnis geprägten Kommentare in Österreich auf ein aufnahmeberechtigtes Publikum treffen. Der Diskurs unter österreichische HistorikerInnen über das Jahr 1938 wird mittlerweile großteils in einer Weise geführt, die aus den umfassenden zeitgeschichtlichen Forschungen der 1970er bis 1990er Jahre, die ganz maßgeblich von WissenschaftlerInnen wie Gerhard Botz, Gerhard Jagschitz, Hanns Haas, Wolfgang Neugebauer, Emmerich Tálos und Erika Weinzierl – um nur einige wenige der international bekanntesten Namen zu nennen – geprägt wurden, ausschließlich jene Erkenntnisse herauspickt, die geeignet erscheinen, den österreichischen Anteil an den NS-Verbrechen herauszustreichen.

In den Diskussionen über die Neugestaltung der österreichischen Dauerausstellung im Block 17 der Gedenkstätte Auschwitz sahen sich die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände (Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, KZ-Verband) der Situation gegenüber, dass die Verant-

wortlichen darauf bedacht waren, dass in der neuen Ausstellung nur ja nicht zu viel von Widerstand die Rede ist, und erst nach einer langen Auseinandersetzung gelang es schließlich durchzusetzen, dass im Kurztext über die Annexion Österreichs 1938 der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht wenigstens kurz erwähnt wird.

Dass konservative Politiker auf solche Versuche zum Ausblenden von allem, was nicht geeignet ist, die Täter-Rolle „der“ Österreicher zu stützen, ihrerseits damit reagieren, die Annexion wieder ausschließlich als „Okkupation“ hinzustellen und so zu tun, als hätte es die von Wiener Antisemiten veranstaltete Menschenjagd nicht gegeben, nimmt nicht wunder, wird aber als Argument verwendet, um am österreichischen „Täter-Mythos“ festzuhalten. Zu diesem „Täter-Mythos“ gehört auch die weit verbreitete Auffassung, Österreicher seien unter den KZ-Schergen überproportional stark vertreten gewesen. Auch diese Legende wird von der historischen Forschung nicht bestätigt.

Es gibt ein tatsächliches Opfer dieser polarisierenden, ideologisch geprägten Auseinandersetzung zwischen VertreterInnen des „Opfer“- und des „Täter-Mythos“: die Erinnerung an den österreichischen Widerstand, an jene Zehntausenden von ÖsterreicherInnen unterschiedlicher politischer Auffassung, die ihr Leben im Kampf gegen dieses verbrecherische Regime aufs Spiel setzten. Ihre Leistungen lassen sich nicht in so einprägsamen Bildern tradieren wie die von den jubelnden Massen auf dem Wiener Heldenplatz, und die vielen Zehntausend, die in diesen Tagen und Wochen verhaftet wurden, haben auch keine Bilder, die sich zur Visualisierung der Ereignisse und ihrer Verankerung im kollektiven Gedächtnis eignen würden. Es kann kein würdiges Gedenken an den März 1938 geben, das diese Menschen ausblendet. Wie heißt es in Bertolt Brechts „Dreigroschenoper“:

*Denn die einen sind im Dunkeln
Und die andern sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.*

Anmerkungen:

- 1/ Carl Zuckmayer: Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft. Frankfurt/M. 1966, S. 71f.
- 2/ *Völkischer Beobachter*, Wiener Ausgabe, 17.3.1938.
- 3/ Das Schreiben ist abgedruckt in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstan-

des (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation. Wien 1988, S. 440.

4/ Die von 12. März bis 10. Dezember 2015 gezeigte Installation ist beschrieben auf der Web-Site „The Missing Image“: <http://www.themissingimage.at/home.php?il=2&l=de> [1.3.2018]. Dort auch Links zur Presseberichterstattung, einschließlich der Auseinandersetzung über den Abbau der Installation.

5/ Helmut Qualtinger: „Der Herr Karl“ und weitere Texte fürs Theater. Wien 1995 (Werkausgabe, Bd. 1), S. 174.

6/ Das 1939 nach Norwegen geflüchtete und von dort 1942 ins Konzentrationslager Auschwitz deportierte Mädchen Ruth Maier (1920-1942) in einem Tagebucheintrag vom 9. Oktober 1938: Ruth Maier: Das Leben könnte gut sein. Tagebücher 1933–1942, hg. v. Jan Erik Vold. München 2008, S. 141.

7/ Der offizielle englische Text der „Tripartite Declaration on Austria“ vom 1. November 1943 lautete: „The Governments of the United Kingdom, the Soviet Union and the United States of America are agreed that Austria, the first free country to fall a victim to Hitlerite aggression, shall be liberated from German domination.

They regard the annexation imposed upon Austria by Germany on March 15th 1938, as null and void. They consider themselves as in no way bound by any changes effected in Austria since that date. They declare that they wish to see reestablished a free and independent Austria, and thereby to open the way for the Austrian people themselves, as well as those neighboring states which will be faced with similar problems, to find that political and economic security which is the only basis for lasting peace.

Austria is reminded, however, that she has a responsibility which she cannot evade for participation in the war on the side of Hitlerite Germany, and that in the final settlement account will inevitably be taken of her own contribution to her liberation.“ (Im Internet am einfachsten zugänglich über die „Forschungsinfrastruktur“ der Universität Luxemburg, www.CVCE.eu bzw. die Online-Ausgabe der „Foreign Relations of the United States: Diplomatic Papers, 1943, General, Volume I“: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1943v01/pg_761 [1.3.2018]).

8/ Dazu jetzt neu, in Romanform, aber eng angelehnt an Polizei- und Gerichtsakten: Manfred Wieninger: Aasplatz. Eine Unschuldsvormutung. Salzburg 2018.

9/ Vom 19.10. bis 22.11.1995 wurde die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in der „Alpenmilchzentrale“ in Wien 4 gezeigt.

10/ Marc Böhm/Regine Schäfer-Munro: „Maikäfer, flieg!“ im Unterricht. Lehrerhandreichung zum Jugendroman von Christine Nöstlinger (Klassenstufe 7–9, mit Kopiervorlagen). Weinheim 2009.

11/ Gerhard Botz: Lebenslüge – das stimulierende Prinzip. Eine Auseinandersetzung mit neuen Verfechtern der österreichischen „Opferthese“, in: *Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte*, 24. Jg. (1996), Nr. 1, S. 29–45.

12/ Stenographisches Protokoll, VI. Gesetzgebungsperiode, 18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 14.5.1950, S. 502.

13/ Ernst Fischer: Die Entstehung des österreichischen Volkscharakters, in: *Internationale Literatur. Deutsche Blätter*, 13. Jg. (1943), Nr. 6, S. 42–65.

14/ In England in der vom *Austrian Centre* herausgegebenen Reihe *Free Austrian Books* (Ernst Fischer: Der österreichische Volks-Charakter. London [1944]), in Schweden im Verlag der *Österreichischen Zeitung* (Ernst Fischer: Der österreichische Volks-Charakter. Stockholm [1944]), in der Schweiz nach der Befreiung Österreichs von der *Frei-Österreichischen Bewegung* mit einer Banderole versehen, die auf Fischers Funktion als Staatssekretär für Unterricht in der Provisorischen Regierung Renner hinwies (Ernst Fischer: Der österreichische Volks-Charakter, Zürich [1945]).

15/ Ernst Fischer: Die Entstehung des österreichischen Volkscharakters. Wien 1945 (Schriftenreihe „Neues Österreich“, 2. Heft).

16/ Ebd., S. 9, 12, 24 u.ö.

17/ Jan T. Gross: *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka*. Poznań 2000; deutsch: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*. München 2001.

18/ Um Professor Gross vor Gericht stellen zu können, hat die damals regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ einen neuen Paragraphen in das polnische Strafgesetzbuch eingefügt, der vom Verfassungsgerichtshof 2008 aber aufgehoben wurde. Seit dem 27. Jänner 2018 bedroht ein neues Gesetz jeden, „der öffentlich der polnischen Nation oder dem polnischen Staat faktenwidrig die Verantwortung oder Mitverantwortung für Verbrechen zuschreibt, die durch das Dritte Deutsche Reich begangen wurden“ oder Polen der Mitverantwortung für „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Frieden sowie für Kriegsverbrechen“ beschuldigt, mit Strafe (*Der Standard*, 29.1.2018.). Eine Aufhebung des Gesetzes durch den Verfassungsgerichtshof ist inzwischen nicht mehr zu befürchten, da die rechte Mehrheit inzwischen dessen Geschäftsordnung ihren Bedürfnissen angepasst hat. Das Institut des Nationalen Gedenkens, das unter seinem damaligen, selbstverständlich längst abberufenen Leiter Witold Kulesza nach dem Erscheinen von Gross' Buch strafrechtliche Ermittlungen gegen die polnischen Täter dieses Pogroms einleitete, steht inzwischen, wie der gegenwärtige Leiter Łukasz Kamiński verlauten ließ, auf dem Standpunkt, dass es nichts zu untersuchen gäbe, weil die Täter ohnedies Deutsche gewesen seien.

Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs (Teil 3)

Hungerunruhen und Demonstrationen von Februar 1919 bis Mai 1920

PETER MÄRZ/SABINE FUCHS

Obwohl der politisch-administrative Übergang von der Monarchie zur Republik im November 1918 in Oberösterreich scheinbar reibungslos verlief, waren Konflikte zwischen Teilen der Arbeiterbewegung als neuem Machtfaktor und etablierten konservativen und deutschnationalen Kräften, die Konkurrenz und Machtverlust fürchteten, vorgezeichnet. Am rechten Rand des politischen Spektrums wurden kurz nach Kriegsende Heimwehren gegründet. Ihren Kern bildeten die während des Krieges eingerichteten bäuerlichen „Flurwachen“, deren Entwaffnung nach Kriegsende vom christlich-sozialen Staatssekretär für Landwirtschaft Josef Stöckler verhindert wurde.¹ Dazu kamen rechte Vereinigungen ehemaliger Offiziere wie die „Deutsch-arische Frontkämpfer-Vereinigung“, bei deren Gründungsversammlung in Linz im Sommer 1920 der spätere Heimwehrführer Emil Fey ein Einleitungsreferat hielt.²

Diese militanten rechten Kräfte gieren bald in Konflikt mit den in Oberösterreich relativ starken Arbeiter- und Soldatenräten, die aber innerhalb des parlamentarischen Systems agierten. So waren die Soldatenräte Teil des Sicherheitsausschusses der ersten, provisorischen Landesregierung und hatten die Aufgabe, die alten militärischen Kräfte zu entmachten.³ Die Arbeiterräte, die inoffiziell bereits in den letzten Monaten der Monarchie existiert hatten, setzten sich aus Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, die in Oberösterreich relativ weit links stand, und aus Mitgliedern der neu gegründeten Kommunistischen Partei zusammen.⁴

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen, die sich in dieser Konstellation ergaben, wurden durch die katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung mit Lebensmitteln ausgelöst, die bei Kriegsende durch die rasante Inflation und die stark steigenden Preise weiter verschlimmert wurde. Die Folge waren Hungerunruhen, die zwischen November 1918 und Mai 1920 beinahe zum Alltag gehörten. Diese Unruhen wurden von konservativen und nationalen Kräften in den bürgerlichen Parteien und der Heimwehr als Bedrohung gesehen, zumal die Arbeiter-

bewegung natürlicher Verbündeter der hungernden Bevölkerung war. Dies äußerte sich in einem hohen Maß an physischer und struktureller Gewalt seitens der Behörden und Sicherheitskräfte, aber auch in kriminellen Übergriffen durch die Heimwehren und ihre Vorläufer vor allem im ländlichen Raum.⁵

Die Hungerunruhen im Jänner und Februar 1919

Das Kriegsende verschlimmerte die ohnedies prekäre Ernährungssituation, da in Linz allein in den ersten Wochen der Republik täglich zwischen 30.000 und 40.000 Soldaten ankamen oder Zwischenstation machten. Für deren Versorgung wurde eine eigene Verpflegungsstation am Linzer Bahnhof eingerichtet.⁶ Eine weitere Folge der Massendemobilisierung war die eklatant ansteigende Zahl von Arbeitslosen. So waren am 1. Dezember 1918 in Linz 7.400 Menschen arbeitslos, am 1. Februar 1919 waren es schon 13.251.⁷ In Steyr wurde zudem mit Kriegsende die Waffenproduktion massiv eingeschränkt, was Massenentlassungen nach sich zog: In der „Österreichische Waffenfabrik“, die 1917 noch 13.200 Personen beschäftigte, fanden 1919 nur mehr 4.300 Personen Arbeit.⁸

Steyr war einer der ersten Orte, an denen es zu Auseinandersetzungen kam. Am 9. Jänner 1919 hatten dort ArbeiterInnen gegen die Wahlpflicht demonstriert, da sie befürchteten, dass durch die erzwungene Teilnahme unpolitischer Bevölkerungsteile die Interessen der ArbeiterInnen und Arbeitslosen geschwächt würden.⁹ Nachdem der deutschnationale Bürgermeister Gschaidner eine Unterstützung der Forderungen zurückwies und ein Sturm auf das Rathaus nur mit Mühe verhindert werden konnte, zogen die DemonstrantInnen zur katholisch-konservativen Steyrer Zeitung, deren Redakteur und Kirchenmann Theodor Großmann durch seine polemische und einseitige Berichterstattung den Zorn linker Kreise auf sich gezogen hatte.¹⁰ Als die DemonstrantInnen Großmann nicht antrafen, zogen sie zu dessen im Pfarrhof gelegenen Wohnung, fanden ihn jedoch auch dort nicht vor. Daraufhin plünderten sie die üppigen Lebensmittelvorräte

des Pfarrhofs. Tags darauf zogen sie zum bischöflichen Gut bei Gleink, um die dortigen Vorräte der bedürftigen Bevölkerung zuzuführen. Als die Gendarmerie auf Seiten der Kirche einschreiten wollte, stellte sich die Volkswehr auf die Seite der ArbeiterInnen. Beim darauffolgenden Schusswechsel wurden ein Gendarm und ein Arbeiter getötet und ein weiterer Arbeiter schwer verletzt.¹¹

In Wels waren für den 1. Februar 1919 ein Streik und eine große Arbeiterdemonstration angekündigt. Grund war die katastrophale Fleischversorgung der Zivilbevölkerung von nur 10 dkg pro Person und Woche. Offiziere und Soldaten sollten auf Anweisung der provisorischen Landesregierung sechs Mal so viel erhalten.¹² Rund 1.500 Personen demonstrierten vor der Bezirkshauptmannschaft für eine lückenlose Kontrolle des Lebensmittelhandels sowie für die Bestrafung von Schleichhändlern mit Kerker und Geldstrafen und verlangten die Bereitstellung von Brennmaterial und Wohnraum für die Arbeiterschaft.¹³ Bevor eine Auseinandersetzung über diese Forderungen stattfand, kam es drei Tage später in Linz erneut zu Hungerunruhen, die wesentlich schwerwiegendere Folgen hatten. Auch in Linz war der Lebensmittelmangel Auslöser für die Unruhen. Es gab kaum noch Milch, und auch Gemüse und Kartoffeln waren nicht mehr erhältlich.¹⁴ Als am 4. Februar eine von den Behörden angekündigte Ausgabe von Fleisch nicht stattfand, kam es zu spontanen Protestversammlungen auf der Straße. Ein Demonstrationszug von etwa 1.000 Personen zog in Richtung Stadtzentrum, um der Landesregierung ihre Verärgerung über die Herabsetzung der Fleischquote mitzuteilen und Maßnahmen gegen die allgemeine Lebensmittelknappheit zu fordern.¹⁵

Vor allem die jüngeren der DemonstrantInnen vertraten die Ansicht, dass Verhandlungen mit den Behörden sinnlos seien und man zur Selbsthilfe greifen solle, worauf sie unter Rufen wie „Hinaus zu den Bauern, dann wird gleich wieder Fleisch und Milch in der Stadt sein“¹⁶ oder „Nieder mit dem Schleichhandel. Holen wir uns etwas. Verlassen wir uns nicht auf die Versprechungen der

Behörden! Wir hungern, die anderen haben alles im Überfluss“ auf der Suche nach Verantwortlichen durch das Gebäude zog.¹⁷ Als sich nach den Gesprächen der verhandlungsbereite Teil der DemonstrantInnen zurückgezogen hatte, drangen sie in das im Regierungsgebäude befindliche Gasthaus „Zur Glocke“ ein und eigneten sich die dort befindlichen Lebensmittel an. Danach wandten sie sich gegen das von ihnen als „Schleichhändlernest“ bezeichnete Hotel „Erzherzog Karl“, um dort die Lebensmittelvorräte zu plündern, und zogen anschließend zum Kolonialwarengeschäft Tscherne und zum bischöflichen Palais.¹⁸ Als Folge dieser Ereignisse hielten ab der Mittagszeit alle Geschäfte, Cafés und Gasthäuser geschlossen.¹⁹ Trotzdem sammelten sich nach 13 Uhr erneut DemonstrantInnen auf der Landstraße, um die Lebensmittelvorräte des Delikatessengeschäfts Egger zu plündern. Dessen Besitzer hatte die unter der Lebensmittelknappheit leidende Bevölkerung schon während des Krieges provoziert, indem er die teuersten Delikatessen in seinen Geschäftsauslagen ausstellte.²⁰

Die anrückende Gendarmerie wurde von den DemonstrantInnen zunächst zurückgedrängt, einige Beamte verprügelt und die Waffen von 13 Gendarmen erbeutet. Daraufhin feuerten die Gendarmen Warnschüsse ab, die von der Menge mit den erbeuteten Waffen erwidert wurden. Damit hatte die Szene den Charakter eines Straßenkampfes angenommen. Im folgenden Schusswechsel wurde der 23-jährige Kriegsinvalide Vinzenz Lindlbauer getötet, in der anschließenden Panik mehrere Menschen niedergetrampelt.²¹

Nach diesen Ereignissen zog sich die Gendarmerie zunächst zurück, und die DemonstrantInnen zogen weiter. Je nach Sympathie und ideologischem Standpunkt der Besitzer wurden weitere Betriebe geplündert oder verschont – so blieb beispielsweise die Volksgartenrestauration unbehelligt.²² Dass den Plünderungen nicht nur eine Mischung aus Wut und Not, sondern auch Gerechtigkeitssinn zugrunde lag, zeigte sich unter anderem dadurch, dass strikt darauf geachtet wurde, niemanden doppelt zu betreiben – etwa beim Stoffgeschäft Sporn am Graben, wo Stoffballen in 3m-Stücke zerschnitten und an die Bedürftigen verteilt wurden.²³

Mittlerweile versuchte auch der Garnisonssoldatenrat, die Lage zu beruhigen. Sein Eingreifen wurde in vielen Fällen allerdings dadurch verhindert, dass sympathisierende ZuschauerInnen einen Schutzwall um die Plünderer bildeten.²⁴



Plünderung des Spezialitätengeschäfts Alois Egger in der Linzer Innenstadt im Zuge der Hungerunruhen im Februar 1919 (Sammlung Thomas Hackl, Linz)

Der Aufruhr setzte sich in den Nachtstunden fort und erreichte Kleinmünchen und Ebelsberg. Urfahr konnte nur durch die Sperre der Donaubrücke geschützt werden. Auch am nächsten Tag, dem 5. Februar, versammelten sich Menschen auf der Straße. Einige Lebensmittelgeschäfte gaben nun ihre Waren billig oder gratis ab, um den Plünderungen zu entgehen. Gegen 16.30 räumten die Behörden unter Berufung auf das Standrecht den Hauptplatz.²⁵

Die Hungerunruhen vom Jänner und Februar 1919 waren klassische sozial-rebellische Aktionen, deren TrägerInnen, wie Eric Hobsbawm schreibt, „präpolitische Menschen [...] sind, die, wenn überhaupt, gerade erst dabei sind, eine ihnen gemäße Sprache zu finden, in der sie, was sie in dieser Welt bewegt, ausdrücken können“.²⁶ Beteiligt waren vor allem junge Menschen mit besonders niedriger Entlohnung, etwa HilfsarbeiterInnen, Mägde, Knechte, TagelöhnerInnen, Lehrlinge sowie Arbeitslose.²⁷ Auch viele über die Lebensmittelknappheit erbitterte Hausfrauen hatten sich den Aktionen angeschlossen.²⁸

Viele, die erkannt und verhaftet wurden, erhielten drakonische Strafen. So etwa wurde der Holzdrechsler Alois Dallingner, der ¼ kg Geselchtes, eine Hand voll Zwetschgen und Brot erbeutet hatte, zu 15 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Andere im selben Verfahren Angeklagte wurden zu Strafen von acht Monaten bis zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt.²⁹

Anmerkungen:

1/ VGA, Altes Parteiarchiv, Mappe 27, Fasz. Feldschutzdienst, Präsidium des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft an die oberösterreichische Landesregierung in Linz, 15.1.1920.

2/ *Tagblatt*, 5.6.1920, S. 3; *Linzer Tages-Post*, 4.6.1920, S. 2.

3/ *Tagblatt*, 3.11.1918, S. 1–2; E.E. [Eduard Euler]: Die Geburtsstunde der Soldatenräte, in: Oberösterreich und die Novemberrevolution. Linz 1928, S. 64.

4/ VGA, Altes Parteiarchiv, Mappe 27, Sitzungsprotokoll des Arbeiter- und Soldatenrats Linz, 26.11.1918.

5/ Vgl. März, Peter/Fuchs, Sabine: Soziale Verwerfungen oder revolutionäre Periode? Das Kriegsende 1918 und der politische Umbruch in Oberösterreich, in: Oberösterreichisches Landesarchiv (Hg.): Oberösterreich 1918–1938, Bd. V. Linz 2016, S. 61–221.

6/ Litschel, Rudolf Walter: Oberösterreichs Wehrgeschichte. Linz 1968, S. 214–216.

7/ Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, 1. Jg. (1920), S. 63.

8/ Stockinger, Josef: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Stadt Steyr und ihrer Umgebung 1918–1934 Dissertation Universität Salzburg 1986, S. 21.

9/ Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), Statthaltereipräsidium, Kt. 114, Zl. 202/19; Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), BKA Inneres, Kt. 5099, Zl. 2086/19.

10/ *Steyrer Zeitung*, 12.11.1919, S. 1.

11/ OÖLA, Statthaltereipräsidium, Kt. 114, Zl. 202/19; ÖStA/AdR, BKA Inneres, Kt. 5099, Zl. 2086/19.

12/ OÖLA, Landeswirtschaftsamt, Fasz. 78,

Heimkehr

Von Ravensbrück nach Wien

ELISABETH HOLZINGER

In den letzten Kriegstagen und den ganzen Sommer des Jahres 1945 über bewegten sich Menschenströme auf den Straßen durch ganz Europa – abgerüstete Soldaten, Flüchtlinge, ausländische ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, Angehörige der SS, Frauen und Männer, die im Arbeitsdienst waren. Unter ihnen Frauen, die aus politischen oder rassistischen Gründen, als so genannte Asoziale, wegen ihrer sexuellen Orientierung oder wegen ihrer Zugehörigkeit zur slowenischen Volksgruppe eingesperrt waren.

Der Weg der Befreiten aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zurück ins Leben war lang. Wochen und Monate waren viele Frauen unterwegs zurück nach Österreich, meist zu zweit oder in größeren Gruppen. Oft gingen sie zu Fuß, streckenweise fuhren sie mit Pferdewägen, versuchten in und auf den ersten überfüllten Zügen Platz zu finden. Die Bevölkerung der Dörfer und Städte, durch die die Frauen ziehen, trat ihnen häufig sehr skeptisch gegenüber, nur manchmal bekamen sie Unterstützung, bot ihnen jemand Unterschlupf an. Zu essen fanden sie weggeworfenen und verlorenen Proviant auf den Straßen, sie holten sich Kartoffel aus den Äckern und Vorräte aus leeren Häusern. Von sowjetischen Kommandanturen wurden sie manchmal mit Essen versorgt. Sie schliefen in Scheunen, im Wald, in leerstehen-

den Häusern der geflüchteten Bevölkerung. Aus gefährlichen Situationen entkamen sie manchmal nur mit viel Glück.

Die Freude, wieder zu Hause zu sein, war getrübt. Zurück in ihren Dörfern und Städten fanden manche ihre Wohnungen zerbombt, ihren Bauernhof niedergebrannt. Auf der Suche nach ihren Angehörigen erfuhren sie, dass diese nicht mehr leben. Jüdinnen und „Zigeunerinnen“ hatten oft ihre gesamte Familie verloren. Die ersten Begegnungen mit der Bevölkerung waren oft desillusionierend. Die politisch bewussten Häftlinge mussten ihre Hoffnungen auf ein neues, antifaschistisches, sozialistisches Österreich begraben. In Straßenbahnen, Ämtern und Geschäften, an Autobushaltestellen und in Krankenhäusern begegneten ihnen Desinteresse, Unverständnis und Ablehnung. Nicht selten wurden die Frauen als Zuchthäuserinnen und Verbrecherinnen diskriminiert: Es wird schon einen Grund gegeben haben, warum sie eingesperrt waren. Bis auf wenige Ausnahmen hatten die Frauen weder die körperliche noch die psychische Konstitution, solchen Angriffen standzuhalten. Ihre Gesundheit war für immer geschädigt.

Mitte der 1980er Jahre wurden im Rahmen eines Forschungsprojekts über den Widerstand österreichischer Frauen über 100 damals zwischen 60 und 80 Jahre alte Frauen befragt. Viele Frauen sprachen dabei zum ersten Mal ausführ-

lich über ihre Widerstandsaktionen, ihre Haft und ihre Heimkehr. Die Forschungsergebnisse und Erzählungen sind in zwei Büchern dokumentiert: „Der Himmel ist blau. Kann sein“ und „Ich geb Dir einen Mantel, dass Du ihn noch in Freiheit tragen kannst“, beide herausgegeben von Karin Berger, Elisabeth Holzinger, Lotte Podgornik und Lisbeth N. Trallori, 1985 bzw. 1987 im *Promedia-Verlag* erschienen. Die nachfolgenden Passagen stellen eine gekürzte Auswahl aus den Interviews mit Maria Berner, Irma Trksak und Maria Buresch dar.

Die Rettung

Maria Berner wurde 1904 in einer sozialdemokratischen ArbeiterInnenfamilie geboren. Mit 14 Jahren wurde sie Dienstmädchen, dann Fabrikarbeiterin. Seit 1934 war sie im kommunistischen Widerstand aktiv und organisierte eine illegale Gewerkschaftszelle in der Österreichischen Heilmittelstelle. Sie wurde im August 1939 verhaftet und nach Ablauf der Gefängnisstrafe im August 1943 mit dem Vermerk „Rückkehr unerwünscht“ ins Konzentrationslager Ravensbrück deportiert.

Inzwischen hab' ich geschaut, dass ich die Danuta erwisch, eine national eingestellte Polin war das, Blockälteste vom Polenblock. Mit der hast du Pferde stehlen können. Ich stöber sie auf, du, da haben wir drei zum Retten, die sind zum Erschießen gesucht, kannst du sie auf deinen Block nehmen? – Natürlich, natürlich, mit mir kannst du rechnen, ganz oben am Stock versteckt ich sie. – Waren die drei dann zweitweise oben eingebaut bei ihr, in den Betten, reingesteckt, und so schwarze Decken darüber. Rühren haben sich die nicht viel dürfen.

Natürlich sind sie gesucht worden von der SS. Mit den Hunden sind die marschiert, alle Blocks haben sie umgedreht, nach der Reih, Strafe sind wir gestanden, stundenlang. Aber sie haben sie nicht gefunden. Immer wieder haben wir sie woanders versteckt, wieder herausgezogen und woanders hinein. Drei oder vier Wochen lang. Es war schon gegen Schluss damals, Ende März, Anfang April. Die Russen sind schon immer näher gerückt, da war auch die SS mehr und mehr nervös. Früher hättest du so eine Sache ja gar nicht machen können.

Zl. 1174/2203–19/II/03
13/ Ebd., Zl. 1174/3251–19/II/03.

14/ *Linzer Tages-Post*, 4.2.1919, S. 3.

15/ *Neue Freie Presse*, 5.2.1919, S. 9; Kern, Felix: *Oberösterreichischer Bauern- und Kleinhauslerbund I*. Ried 1953, S. 88f.; ÖStA/AdR, BKA Inneres, Kt. 5099, Zl. 6930/19; OÖLA, Akten der Linzer Gerichte, Staatsanwaltschaft Linz Präsidium, Kt. 2076, Zl. 42/1919 v. 12.2.1919.

16/ *Linzer Tages-Post*, 5.2.1919, S. 2.

17/ *Neue Freie Presse*, 5.2.1919, S. 9.

18/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Kt. 5099, Zl. 6930/19.

19/ *Linzer Tages-Post*, 4.2.1919, S. 3–4.

20/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Kt. 5099, Zl. 6930/19.

21/ OÖLA, Akten der Linzer Gerichte, Staatsanwaltschaft Linz Präsidium, Kt. 2076, Zl. 42/1919 v. 12.2.1919; *Neue Freie Presse*, 5.2.1919, S. 9.

22/ *Linzer Tages-Post*, 4.2.1919, S. 3–4 sowie 5.2.1919, S. 1–2.

23/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, Kt. 5099, Zl. 6930/19; Kraus, Johannes: *Revolutionäre Momente in Oberösterreich? Die Hungerdemonstration im Februar 1919 und der Aufruhr im Mai 1920 in Linz*. Staatsprüfungsarbeit am Institut für Österreichische Geschichtsforschung. Wien 1989, S. 43.

24/ OÖLA, Statthaltereipräsidium 1851–1925, Kt. 114, Zl. 772–926/19, Offizielle Darstellung; *Linzer Tages-Post*, 5.2.1919, S. 3.

25/ OÖLA, Akten der Linzer Gerichte, Staatsanwaltschaft Linz Präsidium, Kt. 2076, Zl. 42/19 v. 12.2.1919; *Linzer Tages-Post*, 5.2.1919, S. 3; *Neue Freie Presse*, 6.2.1919, S. 9.

26/ Hobsbawm, Eric J: *Sozialrebellien*. Neuwied/Berlin 1971, S. 13.

27/ *Linzer Tages-Post*, 6.2.1919, S. 1.

28/ Kraus: *Revolutionäre Momente in Oberösterreich*, S. 48.

29/ OÖLA, LG Linz, Sondergerichte, Politische Gerichtsakten, Kt. 935, Zl. 374/1919.



Maria Berner (1904–2000, links) und Anna Hand (1911–1987, rechts) im Interview mit Lotte Podgornik

Foto: Karin Berger

Die Blockältesten, die mich ja gekannt haben, sind automatisch zu mir, du, pass' auf, mein Block wird morgen genau kontrolliert, ich kann die nimmer halten, schau, dass du sie wegbringen kannst. Fast täglich ist irgendsowas gewesen. Also, wo geb ich sie wieder hin? Zu den Rotarmistinnen hab' ich sie gesteckt, zu den Typhuskranken haben wir sie gebracht, dann wieder hab' ich sie zu den Leichträgern gegeben. Oft ist mir schon gar nicht mehr eingefallen, wohin. Die Gerti ist mit dem Wagerl gefahren, hat die Toten geschleppt. Sogar im Leichenkeller war sie einmal versteckt und am Tuberkulosenblock.

In der Nacht bin ich gegangen und hab' mir die geholt. Ich hab' sie doch zur Operation bringen müssen. Mit der Nummer am Arm hätten die nicht auf Transport gehen können. Damals sind schon diese Rot-Kreuz-Transporte raus aus dem Lager, nach Schweden, da hat es ein Abkommen gegeben mit der SS, dass Häftlinge aus Skandinavien und aus Ländern der westlichen Allianz abgeholt werden. Die Listen dafür haben wir vom Arbeitseinsatz geschrieben. Da haben wir natürlich versucht, unsere Gefährdeten in diese Transporte zu schwindeln. Wir haben aus Toten Lebendige gemacht und aus Lebendigen Tote. Sozusagen. Ich hab' immer geschaut – jeden Tag sind ja noch welche gestorben – ob da eine passende Nummer verfügbar ist. Die hat dann eine von den unseren gekriegt, damit ist sie rausgegangen auf den Transport.

Die Jüdinnen aber sind tätowiert gewesen. Mit der Nummer am Arm hätten die leicht auffliegen können. Hab' ich also Verbindung aufgenommen mit einer

Ärztin aus Jugoslawien, ein Häftling ist das gewesen. Ich hab' ihr die Sache erklärt, ja ich mach das, hat sie gesagt, ich schneid ihnen die Nummer heraus. Um Mitternacht, in einem Nebenraum vom Arbeitseinsatz, ist es geschehen. Alles, was sie gebraucht hat für die Operation, hat sie mitgenommen aus dem Revier. Wir haben das Zimmer verdunkelt, dass kein Lichtstrahl nach außen dringt. Die sind verbunden worden, wir haben alles reingewischt, das Zimmer wieder in Ordnung gebracht, damit ja keine Spur zurückbleibt. Am nächsten Tag sind sie mit dem Rot-Kreuz-Transport raus.

Nazigutmachung

Irma Trksak wurde 1917 in einer slowakischen ArbeiterInnenfamilie in Wien geboren. Vom Beruf Lehrerin, war sie im Rahmen der Organisation der Wiener Tschechen im Widerstand aktiv. Sie wurde im Sommer 1941 verhaftet und nach Verbüßung der Gefängnisstrafe ins KZ Ravensbrück deportiert.

Keine Schilderung, keine Erzählung, keine Darstellung kann jemals begreiflich machen, wie das war. Ich hab' viele Filme gesehen und viele Bücher gelesen. Es ist schon gut, wenn die Menschen versuchen, das zu vermitteln. Aber nie, nie, nie kann man es begreifen. Und deswegen kann ich vor jungen Menschen überhaupt nicht reden. So viele Kinder haben sie umgebracht. Bei der Geburt, nach der Geburt, an die Wand gehaut, erstickt. Mit nackten Füßen haben die Zigeunkinder auf der Straße getanzt. Damit sie von den Frauen in Stück Brot kriegen. Die Füße ganz blutig von der Schlacke.

Die jungen Menschen interessieren sich oft für das Grausame und stellen

Fragen, die mich betrüben und überraschen. Sie wollen wissen, wie das Sterben war und wie das Schlagen war. Und wenn ich seh, dass sie sich anstoßen und kichern, und gleichzeitig seh ich die Kinder in den Fetzen, barfuß und ausgemergelt und ausgehungert – ich kann nicht.

Wie wir uns die Zukunft vorgestellt haben? Auf keinen Fall so, wie sie dann war. Uns hat niemand empfangen am Bahnhof mit Fahne und Musik. Niemand! Zu uns hat keiner gesagt, na fein, dass du zurück bist. Das war die erste Enttäuschung. Trotzdem wollten wir, dass es weitergeht. Wo es möglich war, haben wir geholfen, sind in die Organisationen gegangen. Dass es jemals wieder zu einem Aufflackern von Faschismus kommen könnte, dass es zu einem Kalten Krieg und zu so vielen Kriegen in der Welt kommen wird, das haben wir nie gedacht. Wir haben geglaubt, jetzt ist der deutsche Faschismus besiegt, und jetzt wird's aufwärts gehen.

Eine Opferrente haben einige von uns lange abgelehnt. Ich war ja nicht eingesperrt, damit ich eine Rente krieg, haben wir gesagt. Im 51er Jahr hab' ich mir aber gedacht, eine Wiedergutmachung für die Haft steht mir zu. Wenn Nazi eine kriegen, weil sie gesessen sind, dann müssen wir auch etwas bekommen. Die offizielle Auslegung war damals so: Dieser Nazi ist freigesprochen und entnazifiziert, also war er zu Unrecht eingesperrt, also muss er eine Wiedergutmachung kriegen. So viele wurden entnazifiziert, weil die Richter selber Nazi waren. Wenn einer nicht gleich zwölf umgebracht hat, galt er nicht als Nazi, war unschuldig, sogar wenn es Augenzeugen gab.

Wir wollten keine Rache. Man hätte nur konsequent und radikal alle Nazis aus den verantwortlichen Posten entfernen und die Schuldigen vor Gericht stellen müssen. Dann wären die anders dagestanden. Keine geringen Posten hatten die! Das waren die Richter, die hohen Beamten, die Männer in den Ministerien. Das waren keine kleinen Beamten und keine kleinen Nazis. Diese Entnazifizierung!

Auf Widerstand sind wir auch gestoßen, wenn wir mit anderen Leuten darüber reden wollten, was wir erlebt hatten. Niemand wollte zuhören. Die Österreicher haben ja, wenn auch nicht alle, vieles gesehen und geduldet und nichts gesagt. Viele haben Butter am Kopf gehabt. Und wenn man versucht hat zu debattieren, waren zum Schluss die Widerstandskämpfer schuld, dass es so gekommen ist, dass der Krieg verloren wurde. Da ist so eine Hemmung



Irma Trksak (1917–2017) Foto: Karin Berger



eingetreten – Schwamm drüber, sagten viele. Aber wir wollten ja keine Märtyrer sein, wir wollten keine Dornenkrone aufsetzen. Das wollte auch ich nie. Bis heute will ich nicht, dass man mich bedauert oder sagt: Arm! Du warst eingesperrt!

Wie ich gehört hab: An der Front hamma a gnuag mitgmacht und beim Bombardieren und in die Luftschutzkeller, da hab' ich nichts mehr gesagt. Es ist wahr. Die Leute haben gehungert, die Leute haben gefroren, sie haben nichts gehabt – aber sie waren frei. Man kann hier keinen Vergleich ziehen. Das ist ein großer Unterschied: Ein Leid, das du erlebst, wenn du frei bis oder eines, das du erlebst, wenn du nicht frei bist und jeden Moment zitterst, dass sie dich jetzt umbringen, dich vergasen, erschließen, verhungern lassen, erschlagen, zu Tode trampeln, dir eine Injektion ins Herz geben. Das ist ein Unterschied.

Ich glaube, dass man keine Parallele ziehen kann. Auch nicht mit den Solda-

ten. Die haben vieles mitgemacht an der Front. Das werd ich nie bestreiten. Sie haben gehungert, sie haben gefroren. Aber auch wenn sie nicht unmittelbar freiwillig dort waren, so haben sie doch vielleicht Möglichkeiten gehabt, anders zu handeln. Der Soldat hat zumindest ein Gewehr gehabt. Wir haben nichts gehabt, nur unsere Händ und rundherum Türme mit Maschinengewehren. Renn zum Stacheldraht, der mit Strom geladen ist! Mach was! Bleibst hängen und bist weg. Also überlegst du dir: Entweder du bleibst im Draht hängen oder du wartet, bis es aus ist und stehst es durch.

Deswegen würde ich sagen, die Zivilbevölkerung und die Soldaten haben Wahnsinniges mitgemacht, man kann es aber niemals vergleichen. Und wenn ich bedenk, Auschwitz, Birkenau, Treblinka, Sobibor, wo von Haus aus die Leute selektiert und vergast worden sind – das kann man mit keiner Front und mit keinem Luftschutzkeller vergleichen. Die Leute waren ja machtlos. Heraus aus dem Waggon, hinein in die Dusche. In einer halben Stunde wars aus. Das kann man nicht vergleichen. Kann man nicht.

„Nix dormire“

Maria Buresch wurde 1902 in einer armen, kinderreichen Familie in Niederösterreich geboren. Ab 1928 lebte sie als Hilfsarbeiterin und Köchin in Wien. Bis 1934 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, war sie in der Zeit des Austrofaschismus zunächst im Rahmen der Revolutionären Sozialisten politisch aktiv. 1937 trat sie zur Kommunistischen Partei über. Sie wurde im August 1939 verhaftet, verbüßte eine vierjährige Gefängnisstrafe in Wien und Aichach und war danach bis Kriegsende im KZ Ravensbrück inhaftiert.

Wie wir gemerkt haben, jetzt geht's dem Ende zu, hab' ich mir gedacht, fürs Heimfahren putzen wir eine Lokomotive auf, vorne drauf die Fahne. Aber – wo nehm' ich die Fahne her. Aus lauter Dreieckerln, so klein wie unsere Winkel, hab' ich eine Fahne gemacht, so groß wie ein Bett. Die Dreieckerl hab' ich nicht zusammengesetzt, sondern in einem Strohsack versteckt. Im letzten Augenblick näh ich sie zusammen, hab' ich mir gedacht, dann steigen wir in den Zug ein und fahren heim. Vorn auf der Maschine werd ich sitzen und winken, von dort, von Ravensbrück. Ja Schnecken, zu Fuß haben wir gehen müssen. Es war alles net wahr.

Die Befreiung hab' ich mir anders vorgestellt. Kommt die Jursa zu mir am

Block und sagt, hörst Mizzi, pack dich zusammen, wir marschieren. In Trupps hat uns die SS aus dem Lager hinausgetrieben. Alle Kranken haben sie im Lager liegen gelassen. Die russischen Häftlinge mussten für die SS die Wägen ziehen. Bist du zurückgeblieben, haben sie dich erschossen. Vielleicht zwei oder drei Stunden haben wir gerastet, in der Nacht. Gefroren hat es, der Nebel, es war Frühjahr, auf den Bäumen war Reif. Auf einmal kommen Tiefflieger und bombardieren. Schreit die SS: Deckung! In der Nähe war ein Feld, ein Wald und wieder ein Feld. Sag ich zu den anderen hinter mir, ich flitz der SS weg. Viere hinter mir haben sich angehängt, sind wir hinein in den Wald. Eine Scheibtruhe hab' ich mitgehabt mit unseren Klamotten, die haben wir mitgenommen. Zu einer tiefen Grube sind wir gekommen, dort hau ich mich auf die Erd und schrei: Frei! Die haben mir den Mund zugehalten, Buresch, net schrein, die SS hört uns, sonst erschießen sie uns gleich! Ich hab' geschrien, meine Nerven sind davongegangen. Frei bin ich!

Zuerst haben wir nur in der Nacht gehen können, wir hatten noch Häftlingskleider an, das heißt Zivilsachen mit einem weißen Kreuz hinten drauf. Zum Glück hat meine Schwester mir einmal eine Schuhpasta geschickt, die hat geglaubt, wir können uns Schuh putzen im Lager. Die haben sich ja nichts vorstellen können. Mit der schwarzen Schuhpasta hab' ich das Kreuz auf meinem Mantel verdeckt. Wo werden wir schlafen? Es ist kalt, nirgends ein Stroh, gar nichts.

Auf einmal sehen wir ein Bauernhaus, ich geh fragen, ob wir vielleicht im Stroh schlafen dürfen. Plötzlich heißt es: Halt! Wo wollen Sie hin? – Deutsche. Sag ich, gehn's bittschön, – wienerisch hab' ich geredet – ich möchte da gern schlafen, es ist so kalt in der Nacht. Ich bin eine Wienerin und war hier im Arbeitseinsatz, aber Oranienburg ist bombardiert worden. Vier andere sind noch drüben, die sind auch aus Österreich. – Ich werd zum Offizier gehen, sagt er, bleiben Sie da stehen. Kommt der Offizier: Nein, es tut uns so leid, wir können Ihnen nicht helfen, aber wir führen Sie mit dem Rot-Kreuz-Auto aus dem Kessel heraus. Rundherum hat schon alles gebrannt. Jetzt geh ich schnell zu den anderen und sag ihnen, zerreißt die Decken und wickelt's euch um, damit man ja von dem Kreuz nichts sieht. Zwei so dünne Fetzen haben wir mitgehabt. – Steigens ein und den Schubkarren lassens da. – Nein, Herr Offizier, sag ich, ohne



Maria Buresch (1902–1983)

Foto: Karin Berger

Scheibtruhe geh ich in den Rot-Kreuz-Wagen nicht hinein. – Sind wir gefahren, ungefähr 60 Kilometer. Auf einmal heißt's: Halt! – Na habedere, was wird denn da werden. Militär, ein Posten, ein Schranken. Fragt der, was habens denn für eine Fuhre. – Schwer Verwundete habe ich. Der Posten macht den Schranken auf, wir fahren durch. Uns ist alles heruntergefallen, gezittert haben wir.

Zick zack sind wir weitergefahren, in der Nach, finster, die Städte in der Nähe haben alle gebrannt. Das Feuer. Furchtbar. Fährt der einen Feldweg hinein. Meine Frauen, sagt der Offizier, ihr müsst aussteigen, jetzt kostets uns den Kopf, wir können euch nicht mehr mitnehmen. – Stockfinster. Und die sind weggefahren. Nächsten Tag sind wir weitergegangen. Wir gehen bis zu einem Dorf und suchen uns Stroh zum Schlafen. Von einer Seite haben die Deutschen hineingeschossen, von der anderen Seite die Russen zurück, wir sind in der Mitte gewesen. In einer Jagdvilla von einem großen Nazi, der ist fort in den Wald, sind wir dann untergekommen. Schöne Zimmer waren, und ich bin gleich in den Keller.

Am dritten Tag haben wir gehört, die Russen kommen, die Panzer sind schon gefahren. In der Förstervilla war dann der Stab. Der General ist mit einem Dolmetscher gekommen und hat gefragt, wieso ich von Wien da bin. – Im KZ war ich, weil gegen den Hitler bin. – Jetzt bin ich vom Keller hinaufgezogen und hab' das erste Mal wieder in einem Bett geschlafen. Eine rote Haube wie das Rotkämpchen hab' ich gehabt, und so ein Herrennachthemd. In der Nacht kraxelt wer beim Fenster herein. Das war ein Italiener. Ein bissl Italienisch, ein bissl Tschechisch, ein bissl Slowakisch, ein

bissl Russisch – alles hab' ich können. In Ravensbrück waren ja alle Nationen. Niente parlare, hab' ich gesagt. Gezittert haben wir. Eine Kerze hab' ich in der Hand gehalten, und der hat allerweil gesagt, nix dormire, wir KZ. Sag ich, wir auch KZ. Dann ist er hinaus. Fünfe sind noch draußen gestanden, die haben gelacht. Bis herein haben wir sie gehört. Was die zum Lachen haben, denk ich mir. Dabei hat der ihnen vorgemacht, wie ich im Bett gelegen bin mit der Kerze und gezittert hab. Ich hab' ja nicht gewusst, wer das ist. Jessas, das sind Abenteuer gewesen. Und eines schönen Tages waren die ganzen Truppen von den Russen da. Ein Russ' kommt herein. Der zeigt mir seine Legitimation, fragt, von wo ich bin. Auf tschechisch und russisch hab' ich zusammengeplappert: Wien. Sechs Jahre eingesperrt. KZ. – Er hat mich verstanden. – Wir sollen mitkommen, etwas essen. – Sitzen dort lauter Offiziere, der Tisch war gedeckt. Zuerst haben wir eine Milchsuppe gekriegt, aber dann sind die Spezialitäten gekommen. Getrunken hab' ich nicht viel, guten Wein haben sie gehabt und alles. Wie wir angegessen waren, sage ich „Danke schön“ auf russisch. Ist alles so gut verlaufen, dabei haben wir eine solche Angst gehabt.

In drei Stunden war dieser Russ' schon wieder da. Sagt er auf tschechisch, da hast ein Pferd und einen Wagen und fahr heim. Ein Essen hast auch drin. Brot hab' ich gehabt, ein Stückl Wurst, ein Geselchtes. So ein Landauer war das, eine kleines Wagerl, wo nur ein Pferd eingespannt sein kann. Früher sind die Verwalter von einem großen Gut immer so ausgefahren, um die Arbeit zu kontrollieren. Das Pferd hab' ich gleich Fanny gerufen.

18. Gedenkfahrt nach Engerau

Die *Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* führt jedes Jahr eine Gedenkfahrt zu den Gedenkorten des ehemaligen Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau (Petržalka) in Bratislava durch. Zu Ostern 1945 trieben Wiener SA-Männer und „politische Leiter“ der NSDAP Hunderte ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter vom Lager Engerau über Hainburg nach Bad Deutsch-Altenburg, wo sie nach Mauthausen verschifft wurden. Mehr als hundert Menschen wurden erschossen, erschlagen und zu Tode misshandelt. 2018 steht auch die Enthüllung einer Gedenktafel in Hainburg auf dem Programm.

Programm

10.00 Gedenkkundgebung bei der Gedenktafel am Restaurant Leberfinger in Bratislava-Petržalka

11.00 Transnationale Gedenkkundgebung beim Mahnmal auf dem Friedhof von Petržalka

Historische Einleitung und Begleitung:
Dr. Maroš Borský, Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider, Dr.ⁱⁿ Eleonore Lappin

Mittagspause in Hainburg

14.00 Enthüllung eines Erinnerungszeichens für die Opfer des „Todesmarsches“ von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg in Hainburg

Ansprachen von Nationalratspräsident Mag. Wolfgang Sobotka, Bürgermeister Helmut Schmidt, Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider

15.30 Gedenkkundgebung in Wolfsthal, Begrüßung: Bürgermeister LAbg. Gerhard Schödinger

16.15 Gedenkkundgebung in Bad Deutsch-Altenburg

Donnerstag, 29. März 2018

Abfahrt: 8.30, Rückkehr: ca. 18.00
Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien
(Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung)

TeilnehmerInnenbeitrag: 25 Euro (inkl. Mittagessen), 20 Euro (exkl.)
Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315
claudia.kuretsidis@doew.at
Weitere Informationen: www.doew.at

„Das Menschengeschlecht“

Sein und Überleben in der KZ-Literatur

HELMUT RIZY

Ist das ein Mensch?“ Diese Frage setzte Primo Levi als Titel über seinen ersten Roman, in dem er die elf Monate in der Gewalt der deutschen Faschisten – von seiner Deportation nach Auschwitz über Zwangsarbeit und Terror in Auschwitz-Monowitz bis zur Befreiung durch die Sowjetarmee – schilderte. Was bleibt bei all dem vom Menschen? So heißt es schon in der Beschreibung der Fahrt ins Konzentrationslager: *„Gerade die Entbehrungen, die Schläge, die Kälte und der Durst haben uns während der Fahrt und auch nachher vor der Leere einer abgrundlosen Verzweiflung bewahrt. Nicht etwa der Wille zum Leben und auch nicht eine bewußte Hinnahme: dazu sind nur wenige imstande, und wir waren nur ganz durchschnittliche Exemplare des Menschengeschlechts.“*¹

In der Erzählung „Wie viele sind es heute?“ beschrieb der slowenische Schriftsteller Prežihov Voranc die Arbeit des so genannten Totenkommandos im KZ Mauthausen, das jeden Morgen die über Nacht Verstorbenen aus den Baracken holte, und auch hier wird die Frage gestellt: *„Da beging der Franzose Tibault eine große Dummheit, denn er seufzte plötzlich: ‚Was ist der Mensch denn, ich bitte euch?‘ Dumme Gedanken, die er anders hätte äußern können. Menschen waren wir, Menschen waren jene, die auf dem Haufen vor uns lagen. Menschen waren jene Blockältesten, die die Russen vor der Küche verprügelten, und Menschen waren auch die SSler, die über den Hof marschierten, obwohl sie schon zu so früher Stunde besoffen waren.“*²

Letztere waren diesbezüglich wahrscheinlich anderer Ansicht, wie Fred Wander in seinem Roman „Der siebente Brunnen“ feststellte, denn sie durften gar nicht dieser Ansicht sein: *„Wir kannten die Posten, junge Männer, bartlos, mit vor Kraft strotzenden roten Gesichtern. Deutsche Bauernsöhne, Söhne von Postadjunkten, Eisenbahnern und Klempnern. Sie hatten gemordet. Jeder von ihnen hatte gemordet. Und sie wußten es nicht, denn wir wären keine Menschen, hatte man ihnen gesagt! Gemordet hatten sie mit dem Gewehrkolben, mit Schüssen, Eisenstangen und Spaten oder mit der bloßen Hand.“*³

Kamen ihnen vielleicht doch einmal Zweifel, so mussten sie sich dies eben

selbst immer wieder beweisen, wie Ruth Klüger in „weiter leben“ schreibt: *„Das kann nur meinen, daß es den Herrenmenschen doch nicht so selbstverständlich war, in den Todeslagern zu hantieren. Man mußte durch schnoddrige Grausamkeiten beweisen, daß diese Untermenschen keine Menschen waren.“*⁴

Und der Psychologe Viktor E. Frankl, 1942 mit Frau und Eltern ins Ghetto Theresienstadt deportiert und über Auschwitz sowie dem KZ-Kommando Kaufering III ins Außenlager Türkheim des KZ Dachau verbracht, wo er schließlich als einziger Überlebender seiner Familie befreit wurde: *„Wir haben den Menschen kennengelernt wie vielleicht bisher noch keine Generation. Was also ist der Mensch? Er ist das Wesen, das immer entscheidet, was es ist. Er ist das Wesen, das die Gaskammern erfunden hat; aber zugleich ist er auch das Wesen, das in die Gaskammern gegangen ist, aufrecht und ein Gebet auf den Lippen.“*⁵

Wenn Jean Amery – „Barackenkamerad“ Primo Levis – seinerseits davon spricht, „entmensch“ worden zu sein, so stellte Robert Antelme fest: *„Sobald das eigentliche Menschsein in Frage gestellt wird, stellt sich ein fast biologischer Anspruch auf Zugehörigkeit zur Gattung Mensch ein.“*⁶ Und Antelme gab seinem Roman, einem der eindringlichsten und erschütterndsten Berichte über das Menschbleiben am Rande des Todes in den deutschen Konzentrationslagern den bezeichnenden Titel „L’espèce humaine“ (Das Menschengeschlecht).

Aus der Résistance

1917 in Korsika geboren, studierte Robert Antelme in Paris Jus, absolvierte seinen Militärdienst, heiratete 1939 Marguerite Donnadiu – als Autorin später unter dem Namen Marguerite Duras bekannt und berühmt – und schloss sich 1943 gemeinsam mit dieser und Dionys Mascolo, einem Lektor des Gallimard-Verlags, der Résistance-Gruppe von François Morland (Deckname von François Mitterrand, dem späteren französischen Staatspräsidenten) an.

Die Pariser Wohnung der Antelmes wurde in dieser Zeit Anlaufstelle für Verfolgte – bis Robert im Juni 1944 zusammen mit seiner Schwester Marie-Louise in deren Wohnung verhaftet wur-

de. Marie-Louise wurde nach Auschwitz deportiert, Robert kam erst ins Gefängnis Fresnes und von dort ins KZ Buchenwald. Schließlich wurde er ins Außenlager Bad Gandersheim verlegt, wo die Ernst Heinkel-Werke Flugzeugrümpfe für den Nachtjäger He 215 in Zwangsarbeit fertigen ließen. Zeitweise waren dort zwischen 520 und 550 Häftlinge aus 14 Nationen interniert. Als das Lager im April 1945 evakuiert wurde, da die US-Truppen immer näher rückten, trieb die SS die Häftlinge, die ohnehin nur mit Mühe überlebt hatten, in einem der berüchtigten Todesmärsche Richtung Dachau. Ein Teil der Strecke wurde zuletzt in Güterwaggons zurückgelegt; dennoch starben auch in diesen noch hundert Häftlinge, da sie weder Wasser noch Nahrung erhielten – lediglich ein Drittel derer, die von Gandersheim in Marsch gesetzt worden waren, kam schließlich lebend im KZ Dachau an.

Robert Antelme war darunter, allerdings wog er am 30. April 1945, als das Konzentrationslager von US-Truppen befreit wurde, gerade noch 35 Kilogramm. Noch im Mai 1945 wurde er völlig entkräftet nach Frankreich gebracht. Wider Erwarten überlebte er – im Gegensatz zu seiner Schwester – und sah sich als Rekonvaleszent einer nahezu aussichtslosen Aufgabe gegenüber: *„Aber wir kamen gerade zurück, wir brachten unsere Erinnerung mit, unsere noch ganz lebendige Erfahrung, und wir verspürten ein irrsinniges Verlangen, sie so auszusprechen, wie sie war. Und doch schien es uns vom ersten Tag an unmöglich, die uns bewusst gewordene Kluft zwischen der Sprache, über die wir verfügten, und jener Erfahrung, die wir größtenteils immer noch am eigenen Leib verspürten, auszufüllen. [...] Kaum begannen wir zu erzählen, verschlug es uns schon die Sprache. Was wir zu sagen hatten, begann uns nun selber unvorstellbar zu werden.“*⁷

Antelme stellt dies im Vorwort zu seinem Buch fest, das zu den frühesten autobiographischen Werken über das System der deutschen Konzentrationslager zählt. So heißt es da: *„In Gandersheim war es so, dass der Apparat der Mittelsleute ausschließlich aus Kriminellen bestand. Wir waren etwa fünfhundert Mann und wir konnten dem Kontakt mit den*



Robert Antelme (1917–1990)

SS-Leuten nicht ausweichen. Beaufsichtigt wurden wir nicht von politischen Häftlingen, sondern von Mördern, Dieben, Betrügnern, Sadisten oder Schwarzmarkthändlern, die unter dem Oberbefehl der SS unsere direkten und absoluten Herren waren. [...] Es war der Kampf zwischen Menschen, deren Ziel es war, eine Legalität zu errichten, soweit eine Legalität in einer planmäßig als Hölle angelegten Gesellschaft überhaupt möglich ist, und Menschen, deren Ziel es war, die Errichtung einer solchen Legalität um jeden Preis zu verhindern, weil sie sich nur in einer gesetzlosen Gesellschaft Vorteile verschaffen konnten.“⁸

Die Ungewissheit

Die entscheidende Frage war somit, ob und wie man sich unter diesen Voraussetzungen sein Menschsein erhalten kann: „In Gandersheim gab es weder Gaskammer noch Krematorium. Das Schreckliche bestand hier in der Ungewissheit, in dem völligen Mangel an Anhaltspunkten, in der Einsamkeit, der ständigen Unterdrückung, der langsamen Vernichtung. Den Auftrieb zu unserem Kampf bezogen wir aus dem wahnsinnigen und an uns selbst gestellten Anspruch, bis zum Ende Menschen zu bleiben.“⁹

Dazu genühten mitunter Kleinigkeiten. So erklärt er in Bezug auf die SS: „Sie ist wohl der Ansicht, dass Pinkeln für den Häftling ausschließlich ein Zwang ist, dem er nachgibt, um besser zu werden, um besser arbeiten zu können und ihn somit abhängiger zu machen von seiner Aufgabe; die SS ahnt nicht, dass man beim Pinkeln flieht. Deshalb stellen wir uns manchmal an eine Mauer, machen den Hosenstall auf und tun so als ob; die SS geht vorüber wie der Kutscher an einem Pferd.“¹⁰

Die Begegnung mit einem aus dem Rheinland stammenden deutschen Arbeiter in der Fabrik, der flüstert, sie sollten langsamer arbeiten, wird zu einem nachwirkenden Erlebnis: „Wir werden auf ihn lauern, wir werden ihn wittern, den verborgenen Deutschen, der der Meinung ist, dass wir Menschen sind.“¹¹ Und sie treffen ihn schließlich wieder: „Tatsächlich ist eines Morgens, vor einem Monat – einige Tage, nachdem er zu uns langsam gesagt hatte – der Rheinländer in eines der Gewölbe im Lagerraum des Kellergeschosses gekommen. Jacques und ich waren dort und haben Werkstücke aussortiert. Er hat uns die Hand hingestreckt. Auch das konnte ihm Lagerhaft einbringen. Wir haben sie ihm gedrückt.“¹²

Der Verfall

Das änderte allerdings nichts daran, dass der physische Verfall durch Hunger, Kälte und brutale Gewalt seitens der Kapos und der SS ständig voranschritt: „Wir verändern uns. Gesicht und Körper verfallen langsam, Schöne und Hässliche werden einander ähnlich. In drei Monaten werden wir noch einmal anders sein, werden wir uns noch weniger voneinander unterscheiden. Und doch wird jeder weiterhin an der Vorstellung seiner irgendwie gearteten Einzigartigkeit festhalten.“¹³

Unter diesen Bedingungen musste auch die Vorstellungskraft eingeschränkt werden, da sie gefährlich werden konnte. So stellt Antelme fest: „Francis hatte Lust vom Meer zu reden. Ich habe mich widersetzt. Die Sprache war Zauberei. Wenn der Körper verfault, können einen das Meer, das Wasser, die Sonne erstickten.“¹⁴ Und an einer anderen Stelle: „Man sagt nicht: ‚Es ist Frühling‘, man sagt nichts. Man denkt, weil es nicht mehr so kalt ist, sind die Aussichten, dass man stirbt, vielleicht geringer. Man ist überrascht über diese lauen Lüfte, die auf einen Schlag gekommen sind, als sei die Luft müde geworden, als habe sie darauf verzichtet, zuzubeißen. Als ob eine richtige Natur sich die Erlaubnis erteilt hätte, wiedergeboren zu werden, als ob die SS-Leute angefangen hätten, in unserer Gegenwart zu gähnen und dann eingeschlafen wären, uns vergessen hätten. Denn der Winter war die SS, Wind und Schnee waren die SS. Ein Gefängnis hat sich aufgetan.“¹⁵

Die SS-Leute sind jedoch nicht eingeschlafen. Als die Front an Gandersheim heranrückt, ergeht der Befehl, das KZ zu räumen und die Häftlinge, sofern sie überhaupt noch dazu in der Lage sind,

in Gewaltmärschen Richtung Dachau zu treiben. Denen, die nicht dazu in der Lage waren, wurde erklärt, sie würden ins Krankenhaus der Stadt gebracht. Doch dann führten sie die SS-Leute abseits in den Wald: „Ganz ruhig sind sie ein wenig beiseite gegangen. Und dann haben sie auf sie geschossen; auf die Männer mit der Lungenentzündung, auf die Tuberkulosekranken, auf die Männer mit den Ödemen, auf die Männer ohne Stimme, auf die Männer mit den dünnen Beinen, auf alle die, die glaubten, sie würden nach links abbiegen, zur Straße hin.“¹⁶

Die übrigen – Antelme schreibt, es seien etwa 450 gewesen – marschierten in der Reihenfolge Polen, Russen, Franzosen, Italiener ab. Allerdings kam dann ein Zeitpunkt, da die SS-Leute und die Kapos, die man inzwischen ebenfalls bewaffnet hatte, aufhörten, die Männer, die völlig entkräftet am Straßenrand liegen blieben, zu erschießen. So unternahm Antelme und andere, am Feldrain liegengelassen, einen Fluchtversuch; sie waren allerdings zu schwach, um weit genug von der Marschkolonnie wegzukommen und wurden schließlich von örtlichen Gendarmen zu dieser zurückgebracht. „Alle kaputt morgen!“, erklärte ihnen der Blockführer. Doch dann: „Sie vergessen, uns zu erschießen. Auch wir vergessen fast, dass wir erschossen werden sollten. Wir brechen auf. Ich bin in der Kolonne wie die anderen. Keine Spur mehr von der Flucht, sie haben sie vergessen. Die Alliierten sind hinter uns her, ganz nahe. Los! Wir schlagen einen Weg zwischen zwei Wiesen ein. Sie treiben uns zur Eile an, wir versuchen, das Tempo zu bremsen, ihre Flucht aufzuhalten. Los! Die SS-Leute ziehen uns nach. Sie drehen sich nach uns um wie nach störrischen Mauleseln.“¹⁷

Nur eine Gattung Mensch

Letztlich wurden die Häftlinge, die noch lebten, am 14. April 1945 in Bitterfeld in Viehwaggons verfrachtet. Dreizehn Tage waren sie darin eingeschlossen. „Wir haben gerade eine Scheibe Brot bekommen. Jeder isst für sich, ein krankes, leidendes Tier“¹⁸ schreibt Antelme. Und doch ist die umfassende Schlussfolgerung aus diesen letzten Tagen als Häftling: „Es gibt nicht mehrere menschliche Gattungen, es gibt nur eine Gattung Mensch. Und weil wir Menschen sind wie sie, wird die SS letztlich nichts gegen uns ausrichten können. Und weil sie versucht haben, die Einheit dieser Gattung in Frage zu stellen, werden sie am Ende vernichtet werden.“¹⁹



Die deutsche Erstausgabe von Robert Antelmes Bericht erschien 1949 im Berliner Aufbau-Verlag.

Am 27. April 1945 erreichte der Zug mit den Häftlingen aus Gandersheim das KZ Dachau. Zwei Tage später standen Soldaten der US-Army vor dessen Toren. Mit der Befreiung endet auch Robert Antelmes Buch, wobei er noch einmal dieses Wort hervorhebt, das er auch in der Einleitung verwendet: Unvorstellbar, „das ist das Wort, das sich nicht teilen lässt, das nicht einschränkt. Es ist das bequemste Wort. Läuft man mit diesem Wort als Schutzschild umher, diesem Wort der Leere, wird der Schritt sicherer, fester, fängt sich das Gewissen wieder.“²⁰

Antelmes Bericht „Das Menschengeschlecht“ wurde 1947 in dessen Verlag *La Cité universelle* veröffentlicht. Zehn Jahre später erschien eine überarbeitete Fassung. Es blieb das einzige Buch des Autors. Und es heißt, er habe später nie mehr über seine Zeit als KZ-Häftling gesprochen.

Die Rechte hat den Krieg überstanden

Über Robert Antelmes Rückkehr nach Frankreich und seine qualvolle Rekonvaleszenz erfährt man andererseits einiges aus Marguerite Duras' 1985 veröffentlichtem Roman „Der Schmerz“. Zu Beginn erklärt die Autorin, es wären dies Tagebuchaufzeichnungen aus der ersten Zeit nach Kriegsende, die sie wiedergefunden habe. So beginnen sie mit ihrer Hoffnung, da der Krieg ja nun vorbei sei, könnte ihr Mann, den sie hier Robert L. nennt, doch endlich zurückkommen, zugleich aber auch der Angst, er könnte nicht überlebt haben: „Ich erwarte Robert L., der zurückkommen soll.“²¹

Ihr engster Vertrauter in dieser Zeit ist Dionys Mascolo – im Roman „D.“ –, der auch schon in der Résistance mit dabei gewesen war, und den sie nach der Trennung von Antelme 1946 heiraten wird. Als sie an einem dieser Tage der Ungewissheit von der Gare d'Orsay zurückkehrt, wo sie einmal mehr gefragt hat, ob Deportierte angekommen seien, und sich dabei über die Frauen gewundert

hat, die dort das Regiment führen: „Frauen in Uniform, Repatriierungsmissionen. Man fragt sich, wo alle diese Leute herkommen, diese tadellosen Kleider nach sechs Jahren Besatzung, diese Lederschuhe, diese Hände, dieser hochmütige, schneidende, immer verächtliche Ton, sei er voller Wut, voller Entgegenkommen, voller Liebenswürdigkeit.“ Da antwortet er: „Die Rechte. Das ist die Rechte. Was Sie da sehen, ist das gaullistische Personal, das seine Plätze einnimmt. Die Rechte hat den Krieg überstanden und sich im Gaullismus wiedergefunden. Sie werden sehen, daß sie gegen jede Widerstandsbewegung sein werden, die nicht unmittelbar gaullistisch ist. Sie werden Frankreich besetzen. Sie halten sich für das schützende und denkende Frankreich. Sie werden Frankreich lange Zeit vergiften, man wird sich daran gewöhnen müssen, mit ihnen zu tun zu haben.“²²

Gerade in dieser Zeit des angstvollen Wartens, kommt auch bei ihr immer wieder der Zorn darüber auf, dass sich de Gaulle nicht um die Deportierten kümmerte: „Für de Gaulle kamen seine politischen Deportierten immer nur an dritter Stelle, nach seiner Front in Nordafrika. Am dritten April hat de Gaulle diesen kriminellen Satz gesagt: ‚Die Tage der Tränen sind vorbei. Die Tage des Ruhms sind zurückgekehrt.‘“²³ Und: „De Gaulle spricht nicht von den Konzentrationslagern, es ist auffallend, in welchem Maße er nicht davon spricht, wie sehr es ihm ganz offensichtlich zuwider ist, den Schmerz des Volkes in den Sieg zu integrieren, und zwar aus Angst, seine eigene Rolle zu mindern, ihre Bedeutung zu schmälern.“²⁴ Aber auch: „De Gaulle hat beim Tod Roosevelts Nationaltrauer angeordnet. Keine Nationaltrauer für die toten Deportierten. Man muß Amerika schonen. Frankreich wird für Roosevelt trauern. Für das Volk wird keine Trauer getragen.“²⁵

Antelme lebt

Am 24. April kommt dann eine erste Nachricht, zwei Anrufe, wonach Robert Antelme leben soll, der zweite von François Mitterrand, seit 1944 in der provisorischen Regierung de Gaulles zuständig für die Angelegenheiten der

Kriegsgefangenen. In dieser Funktion besucht Mitterrand dann wenige Tage später, am 30. April das befreite KZ Dachau und meldet sich daraufhin bei Antelmes Frau: „Ich weiß nicht mehr, an welchem Tag es war, ob es noch ein Tag im April war, nein, es war ein Tag im Mai, da hat eines Morgens um elf Uhr das Telefon geklingelt. Der Anruf kam aus Deutschland, es war François Morland. Er sagt nicht guten Tag, er ist fast brutal, klar und deutlich wie immer. ‚Hören Sie gut zu. Robert lebt. Beruhigen Sie sich. Ja. Er ist in Dachau. Hören Sie mit allen Ihren Kräften weiter zu. Robert ist sehr schwach, so schwach, wie Sie sich das nicht vorstellen können. Ich muß es Ihnen sagen: Es ist eine Frage von Stunden. Er kann noch drei Tage leben, aber nicht länger. D. und Beauchamp müssen noch heute aufbrechen, noch heute Morgen, um nach Dachau zu kommen. Sagen Sie ihnen folgendes: Sie sollen sich sofort mit meinem Kabinettschef in Verbindung setzen, er weiß Bescheid, sie werden französische Offiziersuniformen bekommen, Pässe, Dienstaufträge, Benzingutscheine, die Generalstabskarten, die Passierscheine. Sie müssen sich sofort mit ihm in Verbindung setzen. Es ist das einzige, was man noch tun kann. Über die offiziellen Stellen würden sie zu spät kommen.‘“²⁶

So geschieht es auch. Antelme wird gewissermaßen aus Dachau, das unter Quarantäne steht, entführt und nach Frankreich gebracht. Mascolo ruft an, nachdem sie die Grenze passiert haben und warnt dessen Frau: „Machen Sie sich auf das Schlimmste gefaßt: Sie werden ihn nicht wiedererkennen.“²⁷

Und dann das erste Zusammentreffen vor dem Haus: „Ich weiß nicht mehr genau. Er hat mich wohl angesehen und mich erkannt und gelächelt. Ich habe nein geschrien, daß ich ihn nicht sehen wolle. Ich bin die Treppe wieder hinaufgelaufen. Ich brüllte die ganze Zeit, daran erinnere ich mich noch. Der Krieg brach als Gebrüll heraus. Sechs Jahre, ohne zu schreien. Ich fand mich bei Nachbarn wieder. Sie zwangen mich, Rum zu trinken, sie schütteten ihn mir in den Mund. In die Schreie.“²⁸

Und später: „Er läßt sich ansehen. In seinem Lächeln zeigt sich eine übernatürliche Erschöpfung, die, daß es ihm gelungen ist, bis zu diesem Augenblick zu leben. An diesem Lächeln erkenne ich ihn plötzlich, aber aus sehr weiter Entfernung, als ob ich ihn am Ende eines Tunnels sähe. [...] Wir haben uns nie daran gewöhnt, das zu sehen. Man kann-



Marguerite Duras (1914–1996)

te sich nicht daran gewöhnen. Das Unglaubliche war, daß er noch lebte. Wenn die Leute ins Zimmer kamen und diese Gestalt unter der Bettdecke sahen, konnten sie ihren Anblick nicht ertragen, sie wandten die Augen ab. Viele gingen hinaus und kamen nicht mehr wieder.²⁹

„Wie ein Faß ohne Boden“

Heißhunger quält den völlig Entkräfteten: „Er hat keine besondere Vorliebe für dieses oder jenes Gericht. Immer weniger Vorlieben. Er schlingt hinunter wie ein Faß ohne Boden. Wenn die einzelnen Gerichte nicht schnell genug kommen, schluchzt er und sagt, daß wir ihn nicht verstehen.“³⁰ Allerdings wusste sie auch von Mascolo, dass Antelme, als sie nach der Abfahrt aus Dachau in Frankreich angekommen zu Abend aßen, erklärt habe, er wolle eine Forelle essen, bevor er sterbe. Nur sehr langsam kehren Ansätze einer früheren Vertrautheit zurück: „Er hat gesehen, daß ich ihn angeschaut habe. Er blinzelte hinter seiner Brille, und er lächelte mich an, er bewegte den Kopf ruckweise, wie man es tut, um sich über jemanden lustig zu machen. Ich wußte, daß er es wußte – daß er wußte, daß ich zu jeder Stunde eines jeden Tages dachte: ‚Er ist nicht im Konzentrationslager gestorben.‘“³¹

Robert Antelme selbst hatte nicht geglaubt, dass er Paris doch noch lebend erreichen würde, wie ihr Mascolo ebenfalls berichtete. Deshalb habe er, sobald sie sich von Dachau entfernt hatten, zu erzählen begonnen, damit es vor seinem Tod gesagt würde: „Robert L. hat niemanden angeklagt, keine Rasse, kein Volk er hat den Menschen angeklagt.

Dem Grauen entronnen, sterbend, im Fieber redend, hatte Robert L. noch die Kraft, niemanden anzuklagen, nur die Regierungen, die in der Geschichte der Völker vorübergehen.“³²

François Mitterrand war allerdings nicht der einzige Führer einer französischen Widerstandsgruppe, der sich gleich nach Kriegsende um deportierte Mitglieder seiner Gruppe kümmerte. Nach Buchenwald waren auch einige Mitglieder der Gruppe *Défense de la France*, kurz D.F., verbracht worden, die durch Verrat der Gestapo in die Hände gefallen waren. Unter ihnen auch Jacques Lusseyran, der im Alter von acht Jahren erblindet war. 17-jährig gründete er eine eigene Widerstandsgruppe, die *Volontaires de la liberté*, die er später mit der D.F. vereinigte, in der er dann Mitglied des Direktionskomitees war.

Lusseyran überlebte Buchenwald, studierte nach der Befreiung Literatur an der Sorbonne und wurde später Universitätsprofessor für französische Literatur in den USA, da ihm, dem Blinden, dies in Frankreich aufgrund eines Gesetzes aus der Vichy-Zeit verwehrt war. In den USA veröffentlichte er 1963 sein Buch „Das wiedergefundene Licht. Die Lebensgeschichte eines Blinden im französischen Widerstand“. Darin schildert er auch die erste Begegnung mit dem Führer der D.F. nach dem Krieg: „Als ich am 18. April, genau eine Woche nach der Befreiung, von einem Wasserdienst zurückkam, ertönte plötzlich fünf Meter von mir eine Stimme, warm wie die Sonne, unmöglich, aber wahr: ‚Jacques! ‘ Es war die Stimme von Philippe. Es war Philippe. Ich warf mich an seine Brust. Er war da. Philippe, der Chef. ‚Verteidigung Frankreichs‘. Frankreich! Ich träumte nicht: Philippe, dieser Satansklerl, der Major in der Befreiungsarmee geworden war, hatte in drei Tagen und drei Nächten, alle Vorsicht in den Wind schlagend, ohne Militärpaß, als echter ‚Résistant‘, als echter ‚Maquisard‘, Frankreich und Deutschland durchquert, um seine Leute abzuholen. Die von ihnen zumindest, die in Buchenwald waren, und die von ihnen, die noch lebten. [...] Zwei andere von der ‚Défense de la France‘ waren am Leben. Philippe hatte uns alle drei aufgesammelt. Ein französischer Wagen wartete auf uns. Es war ein Wagen der ‚Défense de la France‘. Denn die D.F. lebte nicht mehr im Verborgenen. Die D.F. war zum ‚France-Soir‘ geworden, der bedeutendsten Tageszeitung von Paris. Der Chauffeur – ein kleiner Junge, der niemals im Gefängnis gewe-

sen war – fuhr mit uns eine Ehrenrunde um den Appellplatz.“³³

In seinem Buch war Jacques Lusseyran zuvor ebenfalls auf den Tod von US-Präsident Roosevelt eingegangen. Während Marguerite Duras in „Der Schmerz“ beklagt, dass de Gaulle für jenen Nationaltrauer angeordnet hatte, nicht aber für die deportierten Franzosen, die in den deutschen Konzentrationslagern umgekommen waren, hatte die Nachricht für die Überlebenden dort eine eigene Bedeutung: „Am 13. April meldete das Radio des Lagers – das freie Radio des Lagers – den Tod Franklin Delano Roosevelts. Es war der erste Name eines echten Mannes, den wir hörten: Roosevelt, einer unserer Befreier. Und er starb, nicht wir. Als mich die Nachricht erreichte, trug ich gerade, zusammen mit ungefähr fünfzig anderen, zum Wasserdienst kommandierten Männern, meinen Eimer – die meisten Leitungen waren explodiert. Ich erinnere mich: das Arbeitskommando stellte seine Eimer zu Boden, und alle knieten nieder. Franzosen ebenso wie Russen. Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahr hatte der Tod eines Menschen Bedeutung.“³⁴

Anmerkungen:

- 1/ Primo Levi: Ist das ein Mensch? München 2016, S. 15.
- 2/ Prezihov Voranc: Grenzsteine. Erzählungen. Klagenfurt/Celovec 2005, S. 146f.
- 3/ Fred Wander: Der siebente Brunnen. München 2006, S. 13f.
- 4/ Ruth Klüger: weiter leben. Eine Jugend. München 2016, S. 143.
- 5/ Viktor E. Frankl: ... trotzdem Ja zum Leben sagen. Ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager. München 1988, S. 139.
- 6/ Robert Antelme: Das Menschengeschlecht. Zürich 2017, S. 10f.
- 7/ Ebd., S. 7.
- 8/ Ebd., S. 8f.
- 9/ Ebd., S. 10.
- 10/ Ebd., S. 55.
- 11/ Ebd., S. 97.
- 12/ Ebd., S. 119.
- 13/ Ebd., S. 139.
- 14/ Ebd., S. 260.
- 15/ Ebd., S. 279.
- 16/ Ebd., S. 337.
- 17/ Ebd., S. 403.
- 18/ Ebd., S. 446.
- 19/ Ebd., S. 353.
- 20/ Ebd., S. 469.
- 21/ Marguerite Duras: Der Schmerz. Berlin 2015, S. 11.
- 22/ Ebd., S. 20f.
- 23/ Ebd., S. 40.
- 24/ Ebd., S. 41.
- 25/ Ebd., S. 42.
- 26/ Ebd., S. 60f.
- 27/ Ebd., S. 63.
- 28/ Ebd., S. 64.
- 29/ Ebd., S. 64 und 69.
- 30/ Ebd., S. 72.
- 31/ Ebd., S. 80.
- 32/ Ebd., S. 62.
- 33/ Jacques Lusseyran: Das wiedergefundene Licht. Die Lebensgeschichte eines Blinden im französischen Widerstand. Stuttgart 2017, S. 283f.
- 34/ Ebd. S. 282.

„Zwischen den Kriegen – Oberösterreich 1918 bis 1938“

Sonderausstellung im Schlossmuseum Linz

Im Jahr 2018, das in vielfältiger Weise als „Gedenk- und Bedenkjahr“ begangen wird, widmet sich eine Ausstellung im Schlossmuseum Linz, einem Teil der Oberösterreichischen Landesmuseen, der „Zwischenkriegszeit“ 1918 bis 1938. In den letzten Jahren wurde oftmals der Eindruck erweckt, dieser an Zäsuren reiche Zeitabschnitt stünde medial im Schatten der beiden großen Kriege. Zahlreiche Ausstellungen und Medienprodukte widmeten sich dem Ersten Weltkrieg; die NS-Zeit und der Zweite Weltkrieg waren ohnehin – in unterschiedlicher Qualität – medial präsent. Die Auseinandersetzung mit der Ersten Republik – in der Zeitgeschichte lange Zeit eine politische Dauerkampfzone – war in den Hintergrund gerückt. Ihre Hochkonjunktur hatte sie in den 1970er und 1980er Jahren, als sich eine jüngere Generation von HistorikerInnen mit der Arbeiterbewegung und deren Aufstieg und Niederlage in der Ersten Republik beschäftigte.

Den Rundgang durch die Ausstellung leiten Fotografien aus dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg ein, die diese Zeit umrahmen. Die von Peter März kuratierte Ausstellung versucht, die Zeit 1918 bis 1938 nicht nur in politik- bzw. ereignisgeschichtlicher Hinsicht, sondern aus verschiedenen Perspektiven darzustellen. Ein Mittel dazu ist eine Comicgeschichte, eine *Graphic Novel*, die anhand einer fiktiven Mühlviertler Familie und der Entwicklung ihrer Familienmitglieder verschiedene soziale und politische Milieus und Lebensentwürfe in der Ersten Republik zeigen will. Die *Graphic Novel* zieht sich in zwölf Stationen durch die gesamte Ausstellung und bildet eine Rahmenhandlung für die einzelnen Themen. Auch bestimmte

politische Ereignisse, wie etwa der Februar 1934, werden anhand der Comics und der darin enthaltenen Familiengeschichte dargestellt.

Der erste Teil der Ausstellung präsentiert das Ende des Kriegs und die Entstehung des Landes Oberösterreich aus dem „Erzherzogtum Österreich ob der Enns“. Die Bildung der „Volkwehr“ und der Arbeiterräte, die die ersten Jahre der Republik maßgeblich mitbestimmten, kommen ebenfalls zur Sprache. Dazu konnten auch seltene und kaum gezeigte Ausstellungsgegenstände akquiriert werden.

Im zweiten Teil werden das Alltagsleben der Bevölkerung sowie soziale und wirtschaftliche Themen behandelt. Zumeist wird die Erste Republik von ihrem Ende her gesehen, die katastrophale Wirtschaftslage des „Ständestaats“ und die hohe Arbeitslosigkeit stehen im Vordergrund. Die Ausstellung zeigt, dass es in den 1920er Jahren durchaus eine Modernisierung von Alltagsleben und Freizeit gab, wenn auch mit starken regionalen, sozialen und milieuspezifischen Unterschieden. Auch der Tourismus, die Infrastruktur und die Wirtschaft allgemein erfuhren einen Ausbau und Modernisierungsschub. Die Weltwirtschaftskrise und die Wirtschaftspolitik der 1930er Jahre setzten dem ein bitteres Ende. Durch die großen Industrieprojekte des Nationalsozialismus in Oberösterreich und die damit verbundene Propaganda setzte sich jedoch nachhaltig das Bild fest, der Strukturwandel in Oberösterreich habe erst 1938 begonnen. Hier kann die Ausstellung bei nicht wenigen BesucherInnen zu einer Revision dieses verfestigten Bildes beitragen.

Der dritte Teil hat die Entwicklung der drei großen politischen Parteien in Oberösterreich zum Thema. Das deutschnationale Lager war in diesem Bundesland überproportional stark. Bei den Parteien handelte es sich um geschlossene Milieus mit zahlreichen Vorfelddorganisationen. Eine Fülle an Dokumenten und Ausstellungsobjekten stellt dies plastisch dar. Neben den großen Parteien werden auch die Kommunistische Partei und die Nationalsozialisten präsentiert. Ge-

zeigt werden einige seltene Objekte zur KPÖ, die auch in Oberösterreich bis zum Februar 1934 relativ klein blieb.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die sich zuspitzende innenpolitische Lage – sich verstärkende faschistische und autoritäre Tendenzen, vermehrte politische Gewalt – kommen im vierten Teil zur Sprache. Die Nationalsozialisten fanden auch in Oberösterreich starken Zulauf, nicht zuletzt aufgrund der hiesigen regionalen Hochburgen des deutschnationalen Lagers. Der Zerschlagung des parlamentarischen Systems und der Arbeiterbewegung schlug in Linz am 12. Februar 1934 bewaffneter Widerstand entgegen – was zu Kämpfen in weiteren Teilen Österreichs führte. Zu bewaffneten Kämpfen kam es in Oberösterreich außerdem im Gefolge des NS-Putschversuchs im Juli 1934. Ein kleines Manko weist die Ausstellung in diesem bzw. im folgenden Bereich auf: Die politische Emigration, die auf linker Seite vor allem in die Tschechoslowakei, die Sowjetunion und nach Spanien führte, auf nationalsozialistischer Seite in das benachbarte Nazi-Deutschland, kommt nicht zur Sprache. Sie war jedoch gerade aus Oberösterreich nicht unbedeutend.

Der letzte Teil der Ausstellung widmet sich dem Schlusskapitel des „ersten“ Österreichs – dem 1933/34 etablierten „Ständestaat“ und dem „Anschluss“ im März 1938. Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime war nicht in der Lage, dem Druck des faschistischen Deutschen Reichs standzuhalten – weder in wirtschaftlicher und außenpolitischer noch in militärischer Hinsicht. Zaghafte Versuche, die verbotene Linke wieder zu integrieren, kamen zu spät. Die Wehrmacht marschierte ein, Hitler fuhr im Triumphzug von Braunau nach Linz und verkündete hier vorzeitig den „Anschluss“. Sofort danach, teilweise bereits kurz zuvor, kam es zu zahlreichen Verhaftungen politischer Gegner, Plünderungen, Arisierungen und zur Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung. Das dunkelste Kapitel nicht nur unseres Landes begann.

FLORIAN SCHWANNINGER

7. Februar 2018 bis 13. Jänner 2019
Schlossmuseum Linz, Schlossberg 1
Di–So: 10–18 Uhr, Do: 10–21 Uhr
www.landesmuseum.at

Luftschiff „Graf Zeppelin“ über Linz (Archiv der Stadt Linz)



Graf-Zeppelin über Linz

90 Jahre 15. Juli 1927

Das Innenministerium lässt Geschichte schreiben

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER/ELISABETH LUIF

In der Ausstellung „15. Juli 27: Ursachen – Ereignis – Folgen“ des Bundesministeriums für Inneres (BMI) wurde an die Juliereignisse des Jahres 1927 erinnert, um die Geschichte der Ersten Republik als Kampf zweier Extremismen zu deuten. Linke wie Bürgerliche wären gleichermaßen an der Eskalation der Gewalt und schließlich an der Abschaffung der Demokratie beteiligt gewesen. Beklagt wurde das Fehlen einer politischen „Mitte“, die damals wie heute vom Staat gegen die gesellschaftlichen „Ränder“ verteidigt werden müsse. Auch unter Schwarz-Blau könnte sich dies als sehr praktische Geschichtsdeutung erweisen, um Forderungen nach einem härteren Vorgehen gegen politische GegnerInnen auch historisch zu untermauern.

„Zu den einschneidendsten Tagen der Ersten Republik gehört der 15. Juli 1927: Der Tag, an dem es zu gewaltsamen Ausschreitungen kam. Der Tag, an dem der Justizpalast in Brand gesetzt wurde. Der Tag, an dem die Polizei eingriff und von Schusswaffen Gebrauch machte. Erst nach zwei Tagen herrschte wieder Ruhe in der Stadt. Die Bilanz: beinahe 90 Tote und Hunderte Schwerverletzte. Man sprach damals von den ‚Schreckenstagen von Wien‘.“¹ Mit diesem Ankündigungstext lud das BMI von 1. September 2017 bis 4. Februar 2018 in die Herrngasse zu der von Stefan Karner kuratierten Ausstellung. Die Erinnerung an den Juli 1927 sei in der Zweiten Republik „oft von Lagerdenken und verschiedenen Stand- und Schwerpunkten geprägt“² gewesen, daher wolle das BMI die Ereignisse nun endlich sachlich darstellen und klären, wie „es zur Spaltung der Gesellschaft und diesen fatalen Ereignissen“ kommen konnte und nicht zuletzt die Frage aufgreifen: „Was können wir für die Gegenwart daraus lernen?“³

Die Justiz als Insel der Seligen

Zumindest heute, in der Zweiten Republik, sei die Justiz ein bisschen „wie die Insel der Seligen“, so der Präsident des Straflandesgerichts Wien, Friedrich Forsthuber, in seiner Rede anlässlich der Ausstellungseröffnung, denn „hier kann die Politik, auch die Parteipolitik, in keiner Weise hineinregieren.“⁴ Auch beim Schattendorf-Prozess im Juli 1927 hätte

die Justiz vorbildlich gearbeitet. Dennoch war der Freispruch der drei Frontkämpfer, die Ende Jänner den achtjährigen Josef Grössing und den kriegsinvaliden Schutzbündler Matthias Csmarits im burgenländischen Schattendorf erschossen hatten, ein tragisches Fehlurteil, denn einer der Todesschützen, Johann Pinter, hätte verurteilt werden müssen, so Forsthuber. Zu diesem Fehlurteil kam es, obwohl „hier seitens der Justiz und seitens der polizeilichen Ermittlungsbehörden [...] ganze Arbeit geleistet wurde.“ Die Justiz „hat versucht alles zu tun, was in ihrer Macht steht [...] um hier wirklich ein faires Verfahren ablaufen zu lassen. Es wurden alle Seiten gehört, es wurden der Staatsanwaltschaft und Verteidigung jeglicher Raum eingeräumt, und letztlich wurde das Urteil, die Entscheidung dann von zwölf Geschworenen getroffen.“⁵

Eine Entscheidung, die – einer der Mängel der damaligen Rechtsordnung, so Forsthuber – nicht begründet werden musste. Nur weil niemand wusste, weshalb er freigesprochen wurde, kam es „zu Dolchstoßlegenden: Klassenjustiz, alles Mögliche wird behauptet. [...] Hätte es damals diese Begründung (gegeben) [...], es wäre am nächsten Tag nicht zu Ausschreitungen, nicht zur Demonstration und auch nicht zum Brand des Justizpalastes gekommen.“⁶

Eine ähnliche Erklärung fand bereits zeitgenössisch der amtierende Bundeskanzler Ignaz Seipel, dessen Rede vor dem Nationalrat am 26. Juli 1927 unhinterfragt in die Ausstellung aufgenommen wurde: „Wohl kaum ist je ein Land und eine Regierung unschuldiger in blutige Wirren hineingestoßen worden als diesmal wir. Nicht irgendeine Regierungsverfügung, nicht irgendein Streitfall, der das Parlament beschäftigt hätte, hat eine blutig ausgehende Volksbewegung ausgelöst, sondern ein Schwurgerichtsurteil ist es gewesen, auch nicht das Urteil von Berufsrichtern.“⁷

In dieser Darstellung erscheint der Staat als unbeteiligt, die Justiz als neutrale Instanz, hauptverantwortlich waren die inkompetenten oder parteiischen Laienrichter. Dabei bleibt ausgeblendet, dass die Geschworenen nicht im „luftleeren“ Raum urteilten, sondern dass Polizei, Staatsanwaltschaft und Regierung

selbstverständlich auch in einem Geschworenenprozess großen Einfluss auf den Prozessverlauf nehmen, etwa hinsichtlich der Auswahl der Geschworenen selbst, der Gesetzgebung, der Anklage,⁸ Verfahrensordnung, der Auswahl



Wahlplakat der Christlichsozialen Partei zur Nationalratswahl 1930

der RichterInnen und Staatsanwälte, der Behandlung der Angeklagten in der Prozessführung usw.

Ausgeblendet wird damit eine strukturelle Ungleichbehandlung Linker durch Justiz und Polizei. Obwohl auch in der Ausstellung festgehalten wird, dass die Todesopfer bei den zunehmenden gewalttätigen Zusammenstößen in der Ersten Republik „vor allem unter der Arbeiterschaft“ zu beklagen waren und die (rechten) Täter „oftmals keine oder nur geringe Strafen“⁹ erhielten, blieb dies ohne Konsequenz für die Interpretation der Ereignisse. So richtete sich bereits zeitgenössisch die Empörung der linken Parteien nicht nur gegen diesen „Einzelfall“: Franz Birnecker, Karl Still, Rudolf Kovarik, Leopold Müller – bereits mehrfach wurden linke Arbeiter von Rechten ermordet, wobei die Täter stets mit sehr milden Strafen davorkamen, geurteilt sowohl von Geschworenengerichten als auch durch Schöffengerichte.¹⁰ Umgekehrt war der Mord eines linken Hilfsarbeiters an einem Mitglied des katholischen Turnerbunds jener politische Mord, der in der Justizgeschichte der Ersten Republik am strengsten ge-

ahndet wurde.¹¹ Erst vor diesem Hintergrund wird die Reaktion auf das Urteil nachvollziehbar.

So schrieb etwa Friedrich Austerlitz in der *Arbeiter-Zeitung* über den Freispruch: „Denn die Wahrheit, die aus dieser Freisprechung [...] hervorgeht ist die, daß Hakenkreuzler und Frontkämpfer, wenn sie auf Arbeiter schießen, wenn sie Sozialdemokraten ermorden, der Freisprechung anscheinend immer gewiß sein können. Der Mord an Birnecker, der Mord an Still, der Mord an Kowarik, sie alle sind ungesühnt geblieben.“¹² Ähnlich *Die Rote Fahne*, das Zentralorgan der KPÖ: „Birnecker, Still, Kowarik, Müller und nun die Schattendorfer Opfer – eine endlose Reihe gefallener Blutzugehörigen des Proletariats. Nach jedem dieser faschistischen Arbeitermorde wallte die Empörung der Arbeiterschaft hoch auf.“¹³

Brandstiftung = Mord?

„Am 15. Juli 1927 führen mehrere Faktoren zu einer wahren Katastrophe. Aufgebracht durch das Urteil im Schattendorf Prozess versammelt sich spontan eine Menschenmenge am Ring. Der Einsatz berittener Polizei erscheint den Demonstranten als Provokation. Die Situation eskaliert. Eine Spirale der Gewalt beginnt sich zu drehen: Es kommt zu Zusammenstößen, Verwüstungen, Brandlegungen – schließlich brennt es auch im Justizpalast. [...] Es gelingt nicht, die Menschenmenge zu beruhigen und der Feuerwehr den Weg zum brennenden Justizpalast zu bahnen. Die Polizei macht von der Schusswaffe Gebrauch.“¹⁴

In dieser Darstellung, in der die Brandlegung zur Rechtfertigung der Polizeigewalt wird, erscheinen die Ereignisse des 15. Juli als eine unglückliche Verkettung von Umständen, bei der die Polizei, lediglich um „Ruhe und Ordnung“ bemüht, letztlich gezwungen war, das Feuer zu eröffnen. Die Eskalationsstrategie von Polizei und Regierung und die Unverhältnismäßigkeit der Polizeigewalt wird nur durch die Opferbilanz erahnbar – 85 ZivilistInnen und mindestens ein Polizist wurden durch Polizeikugeln getötet, zwei oder drei Polizisten kamen durch DemonstrantInnen zu Tode.¹⁵

Um diese Interpretation aufrechterhalten zu können, bedarf es verschiedener Auslassungen und Relativierungen: Un erwähnt bleibt, dass Bundeskanzler Ignaz Seipel bereits am Morgen beschlossen hatte, die Demonstration gewaltsam niederschlagen zu lassen (wenn



Ausstellung „15. Juli 27: Ursachen – Ereignis – Folgen“ im Bundesministerium für Inneres (September 2017 bis Februar 2018).

auch ohne konkrete Weisung).¹⁶ Auf Drängen des Polizeipräsidenten Johannes Schober, ein Deutschnationaler mit „hervorragende[n] Kontakte[n] ins rechtsradikale Milieu“,¹⁷ wurde die Polizei bereits vor dem Brand mit Bundesheergewehren ausgerüstet.¹⁸ Ebenso unerwähnt bleibt, dass Polizisten bereits vor der Brandlegung das Feuer auf DemonstrantInnen eröffnet hatten. Der Justizpalast wurde nur deshalb zum Ziel der DemonstrantInnen, weil aus dem Gebäude heraus auf die Menge geschossen wurde. Nachdem DemonstrantInnen das Gebäude stürmten und in Brand setzten, rettete eine Schutzbund-Einheit unter Theodor Körner die eingeschlossenen Polizisten aus dem Gebäude.¹⁹ Als der Schutzbund dabei war, der Feuerwehr den Weg zu bahnen, eröffnete die Polizei das Feuer. „Diese war von mehreren Seiten aufmarschiert und hatte, ohne vorherige Aufforderung, den Platz zu räumen, ohne Warnschüsse, gezielt zu schießen begonnen.“²⁰ Die Polizei schoss wahllos auf größtenteils unbewaffnete, bereits flüchtende DemonstrantInnen ebenso wie auf PassantInnen und Verwundete.²¹ Die Menschenjagd ging bis zum Folgetag in den Außenbezirken weiter.²² Nach dem Massaker dankte Kanzler Seipel Schober für seinen Einsatz, 150 Wachebeamte erhielten Auszeichnungen.²³ Die Polizei wurde zunehmend aufgerüstet, gezielt unpolitisiert und die sozialdemokratisch dominierte Personalvertretung aufgelöst.²⁴

Die Wahrheit der „Mitte“

Neben den konkreten Ereignissen des Jahres 1927 ging die Ausstellung auch

auf die Ursachen und Folgeentwicklungen ein. Grundtenor dabei war, dass sich beide Seiten – Bürgerliche und Linke – gleichermaßen radikalisiert und von der politischen „Mitte“ entfernt hätten. „Existenzängste, heftiger Parteienkampf und das Schüren von Feindbildern führen zu einer stark aufgeheizten Stimmung, in der die Gewaltbereitschaft groß ist“, heißt es im Ausstellungstext.²⁵ Dies betonte auch der damalige Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) im Rahmen der Ausstellungseröffnung: „Das Wesentliche in der Ersten Republik war [...] in den politischen Parteien der damaligen Zeit, die alle in ihrem Anspruch mit 50+1 die Gesellschaft nach ihrem Gesichtspunkt ändern wollten, entweder zur klassenlosen Gesellschaft, oder zu einem Ständestaat, oder zu einem völkischen Miteinander mit Deutschland.“²⁶

Diese Geschichtsdeutung zweier sich zu einer Gewaltspirale aufschaukelnder „Extremismen“ relativiert das ungleiche Ausmaß und Ziel der Gewalt. Auch die unterschiedlichen inhaltlichen Positionen werden gleichgesetzt: Der Kampf gegen staatliche Repression und für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sei der Forderung nach dem Schutz des Privateigentums einiger weniger gleichwertig. Die Hinwendung der christlich-sozialen Regierungspartei zum Faschismus wird mit dieser Gleichsetzung ebenso relativiert, die Involvierung des Staatsapparats in der Abschaffung der Demokratie ausgeblendet.

Somit sind auch die Lehren aus dem 15. Juli klar: Sobotka sprach anlässlich der Ausstellungseröffnung davon, dass gemeinsam gegen die „Spaltungstenden-

zen in der Gesellschaft²⁷ vorgegangen werden müsse und die nationale Einheit gegen „die Ränder“ zu verteidigen sei. Dabei handle es sich um eine aktuelle Frage, etwa „wenn wir an die Identitäten“ und „an linke Hausbesetzer denken“,²⁸ so der heutige Nationalratspräsident. Damit erfüllt die in der Ausstellung vertretene Geschichtsinterpretation dieselbe Funktion wie der Diskurs der Bürgerlichen in den 1920er Jahren: Die reale Zunahme rechtsextremer Gewalt und die autoritären gesellschaftlichen Entwicklungen werden unter Verweis auf die vermeintliche Gefahr, die von „Hausbesetzern“ und „WKR-Demonstranten“²⁹ ausgehe, relativiert. Inhaltliche Kritik an ungleichen Eigentumsverhältnissen oder Rechtsextremismus soll als Ganzes delegitimiert werden.

Anmerkungen:

- 1/ Flyer des Bundesministeriums für Inneres und des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung zur Ausstellung „15. Juli 27. Ursachen – Ereignis – Folgen“.
- 2/ Ausstellungstext: Gedenken in der Zweiten Republik.
- 3/ Beschreibungstext zur Ausstellung, Flyer.
- 4/ Rede von Friedrich Forsthuber bei der Ausstellungseröffnung am 31.8.2017 (wienTV.org).
- 5/ Ebd.

Diskurs.

Verein zur Förderung historisch-politischer Bildung

Wir, der Verein *diskurs.*, haben uns die Förderung außerschulischer historisch-politischer Bildung, insbesondere der Holocaust Education, zur Aufgabe gemacht. Diese ist ebenso von strukturellen – und weitgehend ausgeblendeten – Defiziten gekennzeichnet wie sie großteils der Legitimation gegenwärtiger Zustände dient.

Unser Ziel ist es, die Funktionen dominanter Geschichtsdeutungen und bestehende Defizite, insbesondere der Holocaust Education, aufzuzeigen, deren Ursachen herauszuarbeiten und Gegenstrategien zur Diskussion zu stellen. Wesentlich dafür sind Vernetzung und Austausch.

Nähere Informationen unter:
<https://historischpolitischebildung.wordpress.com>

Kontakt: [verein_diskurs\(at\)gmx.at](mailto:verein_diskurs(at)gmx.at)

6/ Ebd.

7/ Stenographisches Protokoll, 7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, III. Gesetzgebungsperiode, 26.7.1927.

8/ So lautete die Anklage im Schattendorf-Prozess nicht auf Mord, sondern auf öffentliche Gewalttätigkeit unter besonders erschwerten Umständen, „obwohl die Staatsanwaltschaft zum Schluß gekommen war, daß zumindest auf Csmarits in voller Absicht geschossen worden sei“ (Winfried R. Garscha/Barry McLoughlin: Wien 1927. Menetekel für die Republik. Wien: Globus-Verlag 1987, S. 102).

9/ Ausstellungstext: Radikale Sprache und Gewalt.

10/ Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1934. München: Wilhelm Fink Verlag 1976, S. 94–104; Hans Hautmann: Klassenjustiz in der Ersten Republik. Referat am 14.6.2007 im Café Rathaus in Wien, http://www.klahrgesellschaft.at/Referate/Hautmann_Klassenjustiz.html [1.2.2018].

11/ Botz: Gewalt in der Politik, S. 107.

12/ *Arbeiter-Zeitung*, 15.7.1927, S. 1f.

13/ *Die Rote Fahne*, 15.7.1927, S. 1–2, hier S. 1.

14/ Ausstellungstext: Ereignis.

15/ Gerhard Botz: Ungerechtigkeit, die Demonstranten, Zufall und die Polizei: Der 15. Juli 1927. Bildanalysen zu einem Wendepunkt in der Geschichte Österreichs, in: ders.: Zeitgeschichte zwischen Politik, Biografie und Methodik: Gewalt und Nationalsozialismus in Österreich im 20. Jahrhundert. Köln: GESIS 2016 (Historical Social Research, Supplement 28), S. 160–190, hier S. 175f.

16/ Garscha/McLoughlin: Wien 1927, S. 124.

17/ Florian Wenninger: Dimensionen organisierter Gewalt. Zum militärhistorischen Forschungsstand über die österreichische Zwischenkriegszeit, in: ders./Lucile Dreidemy (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2013, S. 493–576, hier S. 544.

18/ Garscha/McLoughlin: Wien 1927, S. 125.

19/ Ebd., S. 126ff.

20/ Ebd., S. 131.

21/ Ebd., S. 142f.

22/ Ebd., S. 149ff.

23/ Ebd., S. 244.

24/ Wenninger: Dimensionen organisierter Gewalt, S. 545f.

25/ Ausstellungstext: Ursachen.

26/ Interview von Nicole Kornherr mit Wolfgang Sobotka im Rahmen der Ausstellungseröffnung am 31.8.2017 (wienTV.org).

27/ Bundesministerium für Inneres, Ankündigungstext (<http://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=506C6D53426E476A3661493D>) [15.12.2017].

28/ Sobotka: Interview am 31.8.2017.

29/ Wolfgang Sobotka bei der Ausstellungseröffnung am 31.8.2017 (wienTV.org).

Eine Gasse für die Solidarität

Hietzinger Initiative für eine Verkehrsflächenbenennung nach Malke Schorr, eine Pionierin der Arbeiterbewegung

In der sehenswerten Ausstellung „Genosse Jude“ im Jüdischen Museum in Wien wird noch bis 1. Mai der Anteil der Jüdinnen und Juden innerhalb der Arbeiterbewegung dokumentiert. Eine Vertreterin war Malke Schorr, deren Leben in vielen Punkten außerordentlich war. Sie wurde als eines von zehn Geschwistern einer jüdisch-orthodoxen Familie in Lipsko (Galizien) geboren. Aus der



Malke Schorr (1885–1961)

familiären Enge floh sie nach Wien, im Koffer ein Bild von Karl Marx und die Adresse von Viktor Adler. Sie beteiligte sich am Jännerstreik 1918, war Sekretärin der linken Poale Zion und gehörte zu den Mitbegründerinnen der Kommunistischen Partei. Im Jahr 1925 gründete sie die *Rote Hilfe*, eine Organisation zur Unterstützung von Opfern politischer Verfolgung. Das NS-Regime überlebte Malke Schorr in Moskau, von wo sie im September 1945 nach Wien zurückkehrte. Malke Schorr verstarb am 15. Oktober 1961 in der Feldmühlgasse in Wien-Hietzing.

„Gerade im Gedenkjahr 2018 wäre es angebracht, an Pionierinnen der Arbeiterbewegung wie Malke Schorr zu erinnern und eine Verkehrsfläche nach ihr zu benennen“, meint der Direktor der Volkshochschule Hietzing, Dr. Robert Streibel. „Da es einen Nachholbedarf bei der Benennung von Straßenflächen nach Frauen gibt, müssten die Chancen positiv sein“, ist der Historiker überzeugt.

Ein Historiker auf Abwegen

Die „dunklen“ Jahre Kurt Bauers

KARL WIMMLER

Die dunklen Jahre“, heißt das neue Buch des Wiener Historikers Kurt Bauer, der mit und unter diesem Titel „Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938–1945“ beschreibt. Zu Beginn dieses Jahrhunderts hatte sich der Autor einen Namen gemacht durch seine Studie über den Juliputsch 1934, mit der er neben einer minutiösen Rekonstruktion der Ereignisse auch eine detailreiche Sozialgeschichte der Beteiligten vorlegte.¹ Gut zehn Jahre später war es kein Buch, mit dem er Aufsehen erregte, sondern eine „neue“ Sicht auf den Schutzbundaufstand im Februar 1934, mit der er in der Tageszeitung *Der Standard* aufwartete,² und die zu massiver Kritik von Historiker-Kollegen auf den Diskussionsseiten der Zeitung führte. So wollte Bauer z.B. statt der Aussage „Dollfuß habe 1934 das Bundesheer auf Arbeiter schießen lassen“ die Ereignisse „anders beschreiben“ und überraschte mit ziemlich „alten“ Sichtweisen. Nämlich dass „die Schuld an den unbeteiligten Todesopfern ungefähr zu gleichen Teilen beiden Parteien zuzuschreiben“ sei und sich „gegen den bigotten Halbfaschismus des Dollfuß eine Hydra aus Nationalsozialismus und Halb- und Voll-Kommunismus“ erhob. Oder: „Das Bundesheer feuerte mit Artilleriegeschossen – aus denen zumeist die Sprengladungen entfernt waren.“ Und: „All die Gedenktafeln, Mahnmale, Erinnerungszeichen“ gingen ihm auf die Nerven. Stattdessen: „Eine kleine Tafel nur würde ich gerne sehen“, für ein Kind, an dessen Tod „wohl Kommunisten“ schuld gewesen seien, was er einer Polizeiquelle entnommen habe: „Wieso sollte sich die Polizei selbst anlügen?“ Irgendwas gegen KommunistInnen macht sich auch heute immer gut. Präzise fasste damals die *Standard*-Redaktion Bauers Position zusammen: „Von eindeutiger Schuld sollte keine Rede sein. Der Aufstand im Februar 1934 war nicht ein Bürgerkrieg, sondern vor allem eines – ein sinnloses Blutbad.“³

Nun ja, man ist als Leser also vorbelastet. Auch durch die medialen Hymnen, die man auf der Homepage Bauers über „Die dunklen Jahre“ findet. *Der Standard*: „mitreißendes Werk“, *Salzburger Nachrichten*: „lebendige, eindrucksvolle und berührende Darstel-

lung“, *Falter*: „analytisch präzise und zugleich pointiert“. Mehr noch: Eine 22-köpfige Jury wählte das Buch für die *Neue Zürcher Zeitung*, *Literarische Welt*, *Ö1* und *Telepolis* zur Nummer 1 als Sachbuch des Monats Februar! So beginnt man zu lesen und fragt sich bald, was der Autor mit diesem Buch eigentlich will. Nach elf Seiten „Prolog“ beginnt er im Februar 1938 beim „Berchtesgadener Abkommen“ und kät in der Folge wieder, was seit vielen Jahrzehnten von der HistorikerInnenzunft sowohl an Erkenntnissen, als auch an Gemeinplätzen über den Nationalsozialismus ausgebreitet wurde. Damit werden gut 400 Seiten gefüllt, deren Besonderheit laut Klappentext „unzählige Zeitzeugnisse der verschiedensten Menschen in allen Regionen des Landes“ sein sollen, wodurch „eine atemberaubend lebensnahe Geschichte“ erzählt werde. Das ist insofern richtig, als in viele Kapitel Erzählungen eingestreut werden, die vorwiegend aus der „Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen“ des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien stammen. Und der Autor beendet seine Darstellung mit einem Zeitzeugen über das Kriegsende in Hall in Tirol und die in den Ort einziehenden US-Amerikaner.

Geschichte als Kismet

Man mag dem Buch durchaus lesenswerte Passagen zugestehen, etwa die Relativierung bzw. Widerlegung der von Simon Wiesenthal her rührenden These vom überdurchschnittlichen Ausmaß der Beteiligung von Österreichern an den Verbrechen des NS-Regimes (S. 252–261), in denen Bauer Arbeiten von Ernst Hanisch, Bertrand Perz oder Gerhard Botz auswertet. Oder die Thematisierung der prozentuell signifikant weniger österreichischen Toten unter den Wehrmachtssoldaten, verglichen mit denen aus dem so genannten „Altreich“ (S. 346f.).

Aber das sind Nebenschauplätze. Was ist es, das dieses Buch so problematisch macht? Es beginnt mit dem Grundprinzip aller konformistischen, erkenntnislosen, die Sinne verkleisternden Beschreibung der Geschichte als Kismet, als ausweglosen, alternativlosen Gang der Dinge. Bei Bauer bereits im Prolog: „Im Juli 1936 brach der Spanische Bür-

gerkrieg aus.“ Oder: „Im Juni 1937 entstand in der Vaterländischen Front ein ‚Volkspolitisches Referat‘ zur Integration bislang ‚abseits stehender nationaler Kreise‘.“ Triebkräfte, Gründe – Nullmeldung. So wie auch die knappe Vorgeschichte der Annexion Österreichs bestenfalls aus ideologischen Versatzstücken komponiert wird (Königgrätz, Schönerer, Habsburg-Ende etc.; nebenbei: auch „als die Monarchie zerfiel und die demokratische Republik entstand“, gab es keine Akteure). Weder existierte ein Streben des deutschen Finanzkapitals nach Weltherrschaft bzw. Neuaufteilung der Welt, noch ein großmachtgeiler, deutschnationaler Teil der österreichischen Wirtschaft. Dafür kommt alles, wie es kommen muss.

Und so geht es weiter munter dahin: „Unbestreitbar hatte der Anschluss positive Folgen. Die Wirtschaft wuchs, die Arbeitslosigkeit schrumpfte.“ (S. 156) Am Ende des Buches wird man lesen: „Dieses Buch soll einiges sein, eine Gesellschaftsgeschichte nämlich, die auf dem Politik- und ereignisgeschichtlichen Auge nicht blind ist.“ Die allerdings über weite Strecken oberflächlich und ungenau bleibt. So erzählt der Autor unter dem Titel „Aufschwung“, der mit dem Satz über die „unbestreitbar positiven Folgen“ beginnt (welcher nicht weit von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ Jörg Haiders entfernt ist), gerade nur zwischen den Zeilen und präzisionslos von jenen „Segnungen“ der NS-Sozialpolitik vor Kriegsbeginn, die von unzähligen Apologeten des Nationalsozialismus nach 1945 nicht zur Erklärung der Verführbarkeit weiter Teile der Bevölkerung landauf, landab als Litanei breitgetreten wurden, sondern zur eigenen Entschuldigung und Relativierung der Verbrechen des Regimes: Kinderbeihilfen, Einbeziehung von ausgesteuerten Arbeitslosen, Einführung der Altersrente für Arbeiter, Verbesserung und Ausdehnung (u.a. Geltung auch für Landarbeiterinnen) des Mutterschutzes etc.⁴ Bauer diagnostiziert demgegenüber für die Jahre nach 1938 lediglich einen „ähnlichen massenpsychologischen Effekt wie im Altreich ab 1933“ (S. 157).

Schon die Gliederung des Buches ist wunderlich: Prolog – Euphorie und Panik 1938 – Ernüchterung 1938–1939 –

Illusionen 1939–1942 – Angst 1943–1944 – Panik und Hoffnung 1945 – Schlüsse. Zugegeben: Man kann alles Mögliche in so eine Gliederung verpacken. Aber ist es ein Zufall, dass man das Unterkapitel mit dem Titel „Massenmord“ erst beim Abschnitt „Panik und Hoffnung 1945“ entdeckt, wo es um Endphaseverbrechen wie die Todesmärsche ungarischer Jüdinnen und Juden geht? Nicht dass beispielsweise Hartheim als „Tötungsanstalt“ verschwiegen würde. Aber die beschreibende Einengung auf das heutige österreichische Staatsgebiet bzw. die „Ostmark“ bis 1945 hat zur Folge, dass der Nationalsozialismus zwar wie eine „dunkle“, aber doch nur eine Episode in der Geschichte der hier Lebenden und Überlebenden erscheint.

Auffallend ist zudem die wiederholte Betonung der raschen Distanz weiter Teile der Bevölkerung zum Regime: Der „schleichende Bedeutungsverlust der Partei“ setzt für Bauer „bald nach dem Anschluss“ ein. „Eine gewisse Rolle spielte die NSDAP noch an der ‚Heimatfront‘“, liest man im Kapitel „Ernüchterung“ (S. 130). Eine nicht sehr gewisse Rolle also, gerade noch: „Verhältnismäßig rasch verfiel ihre Autorität.“ Schicksale von Verfolgten werden nicht verschwiegen; aber die Gewissensbisse der „Verführten“ werden – soll man sagen: genüsslich? – ausgebreitet: Der Tag von Hitlers Auftritt auf dem Heldenplatz verläuft auch bei Adolfine Jauernig im „Tumel der Begeisterung“, allerdings „mit Kopfschmerzen und Krämpfen“, möglicherweise – man wird aus den Darlegungen nicht ganz schlau – weil der Kopf „voller irrationaler (so Bauers Diagnose; K.W.) Hoffnungen auf eine bessere Zukunft“ war und sie zugleich an „ihren jüdischen und halbjüdischen Freundinnen standhaft fest[hielt]“. Aber: „Relativ rasch traten die politischen Entwicklungen in den Hinter- und die Liebesverwicklungen wieder in den Vordergrund.“ (S. 133f.) Über Günther Doubek, der begeistert ein Album „Wie die Ostmark die Befreiung erlebte“ vollklebte, erfährt man: „Die aggressive, bösartige Haltung vieler Leute gegen Juden begriff er nicht so ganz. [...] Wieso sollten Juden nicht auf Parkbänken sitzen?“ (S. 141) Und schon nach dem März 1938 setzte eine „Verkaterung nach dem Rausch“ ein, zwar „näher zur Akzeptanz“, statt Distanz; aber nur „vorläufig“ (S. 168). – Am Tag des Angriffs auf die Sowjetunion „verstand [Dolfi Schumann] die Welt nicht mehr. ‚Warum hasen uns alle so?‘, fragte sie sich.“

(S. 216) Auch weil nur vom „Krieg mit Russland“ die Rede ist, wie es auch bei Bauer heute noch steht. Es ist wie beim Februar 1934: „Von eindeutiger Schuld soll keine Rede sein.“

„Für eine junge Generation neu erzählen“?

Wenn – wie bei Bauer – Menschen als Objekte der Geschichte im Mittelpunkt stehen, ist es kein Wunder, dass diese Geschichte schicksalhaft über sie hereinbricht und über sie hinweggeht. Daher erscheinen dann sowohl sein Erzählduktus, als auch seine Wertung der Aussagen von Opfern und TäterInnen, Angepassten und WiderstandskämpferInnen als undifferenzierter Einheitsbrei. Das ist umso verhängnisvoller, als Bauer im Nachwort behauptet: „Letztlich ging es mir darum, die Geschichte der Jahre 1938 bis 1945 für eine junge Generation neu zu erzählen“ (S. 411). Kann man das tun, wenn man im Satz zuvor schreibt: „Der allgemeine Gang der Geschichte, insbesondere die Ereignisse an den Fronten des Weltkriegs, werden als bekannt vorausgesetzt.“? – Weiß Bauer nicht, dass nicht wenige Angehörige dieser Generation manchmal geistig die Hände über den Kopf zusammenschlagen, wenn es um die NS-Zeit geht, weil jene, die sie damit konfrontieren, keinen Bezug zur heutigen Lebenswirklichkeit herzustellen vermögen?

Dabei geht es auch ganz anders. Bauer stammt wie ich aus der Obersteiermark. Es wäre gut gewesen, er hätte sich vor der Publikation seines Buches eingehender mit dem 2015 erschienenen Werk von Heimo Halbrainer und Gerald Lamprecht über den „Nationalsozialismus in der Steiermark“⁵ befasst. Auch dieses erzählt die Geschichte erklärtermaßen „für ein breites Publikum, speziell auch für junge Leserinnen und Leser“ und beinhaltet mehr als 40 oftmals selbst recherchierte Kurzbiografien, großteils von so genannten „einfachen Leuten“. Aber bereits im Vorwort heißt es dort unzweideutig: „Die ‚Volksgenossinnen‘ und ‚Volksgenossen‘ gestalteten die Geschichte zwischen 1938 und 1945 in verschiedenem Ausmaß mit.“ Weswegen die Menschen – inklusive der Opfer und WiderstandskämpferInnen – durchgängig als Subjekte auftreten und als solche von den Autoren geschildert werden.

Auch von gewissenhaften WissenschaftlerInnen und LehrerInnen wird gerne übersehen, dass es sinnlos ist bzw. nur Dämonisierungen des Vergangenen und Verklärungen des Heutigen dient,

den heutigen Jugendlichen die Zeit von 1938 bis 1945 zu erzählen, ohne eine Verbindung herzustellen „Von der Befreiung bis zur Gegenwart“, wie das Schlusskapitel im erwähnten Werk von Halbrainer und Lamprecht titulierte wird. Jugendliche und jüngere Erwachsene verstehen nämlich auch deshalb manchmal nicht, warum Ältere sie vergleichsweise intensiv mit der NS-Zeit konfrontieren, weil sie nicht wissen und ihnen häufig verschwiegen wurde und wird, wie sehr die Zeit nach 1945 in vielerlei Hinsicht von Kontinuitäten geprägt war; und wie sehr heute Ältere mit einem Schleier des Verschweigens und Verdrängens aufgewachsen sind.

Rückfall in Legitimationsgeschichte

Bauers Unterfangen, die Geschichte „neu – besser gesagt: anders – zu deuten“ (Nachwort) erweist sich also als fulminanter Fehlschlag, als Rückfall in überwunden geglaubte Legitimationsgeschichte. Das ist auch an von ihm angewandten formalen Kriterien ablesbar. So diene die „durchgängige Verwendung des generischen Maskulinums in diesem Buch“, behauptet er, „einzig und allein der besseren Lesbarkeit des Textes“ und solle „in keiner Weise dem Fortbestand der männlichen Hegemonie in unserer Gesellschaft Vorschub leisten“ (S. 412). Man muss kein Freund des Binnen-I oder ähnlicher Krücken sein; aber wer heute durch seine Sprache eine Hälfte der Gesellschaft völlig ignoriert und nicht wenigstens Versuche unternimmt, den weiblichen Teil der Bevölkerung in seine Sprache einzubeziehen, leistet eben auch auf diese Weise „dem Fortbestand der männlichen Hegemonie in unserer Gesellschaft Vorschub“.

Ebenso oder schlimmer verhält es sich damit, dass Bauer mit demselben Argument dekretiert: „NS-Begriffe schreibe ich häufig ohne Anführungszeichen. Texte sollen übersichtlich, verständlich, lesbar sein. In diesem Sinne scheint es mir nicht zielführend, die gesamte Begrifflichkeit unter politisch korrekte Gänsefüßchen zu setzen.“ – So liest man also „Anschluss“, „Oberdonau“, „Ostmark“, „deutscher Gruß“, „halbjüdisch“ (nicht einmal einen Verweis auf die „Nürnberger Gesetze“ findet man) u.v.a. samt und sonders ohne Anführungszeichen, „Endsieg“ dafür aber mit und „Volksgemeinschaft“ mal so, mal so. – Wenn demnächst wieder einmal ein Nazi das Wort „Umvolkung“ oder ähnliches verwendet und ein scheinheilig-medialer

Sturm im Wasserglas aufkommt, kann er nicht nur auf das Werk eines akademisch geprüften Historikers verweisen, der mit diesen Begriffen ebenso umgeht, sondern wie Bauer bei der Debatte über den Austrofaschismus anlässlich der parlamentarischen Verhandlungen über „die Rehabilitierung der Dollfuß-Opfer“ im Jahr 2011 erklären: „Kommunisten werden in der Regel Kommunisten genannt; Italiens Faschisten Faschisten, Deutschlands Nationalsozialisten Nationalsozialisten. [...] Wieso daher also nicht schlicht und einfach und ohne Gänsefüßchen vom Ständestaat sprechen? So hieß das nun damals.“⁶ Wie eben auch „Umvolkung“.

Altbackener Antikommunismus

Womit wir bei einem besonderen Steckenpferd Bauers angelangt wären: seinem sich von Werk zu Werk steigenden Antikommunismus. Dies beginnt mit seinen Seitenhieben auf den Begriff „Austrofaschismus“ als Beschreibung für das Dollfuß/Schuschnigg-Regime. Behauptete er 2011: „Wer etwa die ausgefeilte Faschismusdefinition Emilio Gentiles zugrunde legt, wird darin nur sehr wenige Elemente finden, die auch nur halbwegs auf den Ständestaat zutreffen“;⁷ so heißt es nun: „Als ‚austrofaschistisch‘, etwa im Sinn der Faschismusdefinition von Emilio Gentile, kann man das Dollfuß/Schuschnigg-Regime allerdings nicht bezeichnen.“ (S. 13) Er argumentiert nicht, sondern nennt nur einen Gewährsmann, der zwar ein renommierter Faschismus-Forscher ist, von dem aber das meiste nur im italienischen Original greifbar ist. Bauer wiederum bezieht sich auf einen einzigen in deutscher Sprache vorliegenden Aufsatz des italienischen Universitätsprofessors, nach dessen Lektüre man aber auch zum genau gegenteiligen Ergebnis kommen könnte wie Bauer.⁸

Es ist kein Geheimnis, dass Bauer mit seiner Aversion gegen den Faschismusbegriff von durchaus renommierten hiesigen Historikern flankiert wird, etwa wenn es darum geht, ihn nicht auf das Dollfuß/Schuschnigg-Regime zu beziehen. Gemeinsam ist diesen Positionen meist, dass als „eigentlicher“, quasi „vollkommener Faschismus“ allein der Nationalsozialismus übrig bleibt. Alle anderen Varianten, speziell die austrofaschistische, seien irgendetwas zwischen „Halbfaschismus“ und „Kanzlerdiktatur“.⁹ – An dieser Stelle soll lediglich darauf verwiesen werden, dass es eine vergleichbare Argumentation auch in

umgekehrter Richtung gibt: Hermann L. Gremliza, Herausgeber der Hamburger Zeitschrift *konkret*, argumentierte einmal, es dürfe nicht vom „deutschen Faschismus“ die Rede sein, weil sich der Nationalsozialismus „nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ von anderen faschistischen [Varianten] unterschied“.¹⁰ Im Gegensatz zu Gremliza rührt bei Bauer die Aversion gegen einen umfassenden Faschismus-Begriff von seinem Antikommunismus her, waren es doch die Linken, KommunistInnen und SozialistInnen, die den Begriff als Bezeichnung für bestimmte Gesellschaftssysteme und Bewegungen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts durchsetzten (wenn er auch seitens der KommunistInnen bisweilen ökonomistisch verengt und mit der zeitweiligen Punzierung der SozialdemokratInnen als „sozialfaschistisch“ phasenweise entwertet wurde).

Deshalb bleibt bei Bauer im knappen Kapitel „Widerstand“ (S. 317–331) jede ideologische Richtung unkritisiert – mit Ausnahme der KommunistInnen. Von „Joseph Buttinger, Führer des sozialdemokratischen Widerstands im Ständestaat“, wird seine Weisung nach dem „Anschluss“ erwähnt, „jede politische Betätigung einzustellen“. – Ohne Kommentar. Hingegen die KommunistInnen: „Sehenden Auges setzte die KP-Führung in Moskau ihre besten Leute einer tödlichen Gefahr aus, indem sie sie nach Österreich entsandte.“ Begann doch schon das ganze Kapitel nach zwei Sätzen: „Man sollte diesen Widerstand nicht überschätzen.“ Wer dies tut, sagt er nicht.¹¹ Am Ende weiß man aber doch, wen er meint: Auf der allerletzten Seite des Buches heißt es: „Wäre er [der kommunistische Widerstand] erfolgreich gewesen, wäre das eine totalitäre System durch das andere ersetzt worden.[...] So gesehen fochten die kommunistischen Widerstandskämpfer einen guten Kampf für eine schlechte Sache.“ (S. 410) – Wer den Gang der Geschichte als ausweglose, alternativlose Abfolge der Dinge beschreibt, weiß auch die Antwort auf die Frage, was gewesen wäre, wenn.

Was also bleibt von diesem Buch? Ein historisches Begleitbuch für die neue reaktionäre österreichische Regierung. Und vielleicht – zumal es als wohlfeiles Taschenbuch im deutschen Fischer-Verlag erschienen ist – ein Rezeptbuch: Nazi-Österreich für Piefkes. Vor allem für solche, die nur die jubelnden Österreicher am 15. März 1938 am Ring und am Heldenplatz in Wien kennen. Und für

die begeisterten hiesigen JournalistInnen, weil sie endlich ein Büchl haben, wo sie nachschlagen können, wenn sie irgendjemandem nahe zu bringen versuchen, dass die ÖsterreicherInnen zwar am Anfang schlimm gejubelt haben, aber dann eh einsichtiger geworden sind und es am Ende – bei Qualtingers „Herrn Karl“ war das ganz was anderes! – eh nicht so gewollt haben. Denn wie heißt es bei Bauer zum Schluss, im letzten Satz vor dem Nachwort: „Wer kann sich schon dem Sog der Geschichten und der Geschichte entziehen?“

Kurt Bauer: Die dunklen Jahre. Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938 bis 1945. Frankfurt/M.: Fischer Verlag 2017, 480 S., 17,50–

Anmerkungen:

1/ Kurt Bauer: Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934. Wien 2003.

2/ Kurt Bauer: Schwieriges Vermächtnis, in: *Der Standard*, 8.2.2014 und ders.: Die vielen Wahrheiten des Februar. Eine Replik auf die „einseitige Sicht“ von Kritikern der geteilten Schuld, in: *Der Standard*, 19.2.2014.

3/ Siehe dazu auch: Winfried R. Garscha: Der Streit um die Opfer des Februar 1934, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 21. Jg. (2014), Nr. 1, S. 1–5.

4/ Emmerich Tálos: Sozialpolitik 1938 bis 1945. Versprechungen – Erwartungen – Realisationen, in: ders./Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945. Wien 1988, S. 118.

5/ Heimo Halbrainer/Gerald Lamprecht: Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer. Täter. Gegner. Innsbruck, Wien, Bozen 2015. Siehe auch gleichartige Studien zu anderen Bundesländern.

6/ *Der Standard*, 30.9.2011.

7/ Ebd.

8/ Emilio Gentile: Der Faschismus: Eine Definition zur Orientierung, in: *Mittelweg* 36, 16. Jg. (2007), Nr. 1.

9/ Eine fundierte Auseinandersetzung damit liefern z.B.: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938. Wien 2012 und: Emmerich Tálos (unter Mitarbeit von Florian Wenninger): Das austrofaschistische Österreich 1933–1938. Wien 2017.

10/ *konkret*, Nr. 6/2013.

11/ Eine Vorhaltung gegenüber einem nichtkommunistischen Widerstandskämpfer muss allerdings genannt werden: Mit der Beschreibung: „Jägerstätters rigide, im Grunde selbstmörderische Haltung als Ehemann und Vater von drei Kindern“ (S. 326) stellt Bauer den jahrzehntelangen Verleumdern dieses Mannes auch noch einen Freibrief aus.

Heinz Rudolf Unger: Erzähler der *Geschichte von unten*

„Unger trifft den Volksliedton, den Landsknechtston, den Eisler- und Brecht-Ton, er kann Knittelverse schnitzen und Balladen à la Biermann hämmern, er hat als Wiener von Karl Kraus gelernt, wie man Zitate zu Bumerangs macht.“ (Hilde Spiel, 1976)

Es war im denkwürdigen Sommer 1976, als etwa 60.000 WienerInnen das Schlachthofgelände Arena in Wien-Landstraße besetzten und damit die Alltagskultur der Stadt bis heute nachhaltig veränderten. Am Abend des 16. Mai 1976 fand in der Arena die Uraufführung der „Proletenpassion“, des wohl größten Erfolgs der Politrockgruppe *Schmetterlinge*, statt. In diesem Singspiel wurde die Geschichte von den Bauernkriegen bis zum Faschismus in fünf Stationen (dazwischen die französische Revolution 1789, die Pariser Kommune 1871 und die Revolution in Russland 1917) einem breiten Publikum neu erzählt – nicht aus der Sicht der Herrschenden, sondern aus der Perspektive der Unterdrückten. Textdichter der „Proletenpassion“ war Heinz R. Unger, der ihr als Prolog folgende Zeilen voransetzte:

Wer schreibt die Geschichte

*Jeden Morgen, wenn wir zur Arbeit fahren,
wird eine neue Seite ins Geschichtsbuch
geschrieben.*

*Wer schreibt sie? Geschieht Geschichte mit
uns?*

Oder machen wir unsere Geschichte?

*Unsere Geschichte ist die Geschichte von
Kämpfen*

*zwischen den Klassen, eine wütende Chrono-
logie.*

*Doch gelehrt wird uns die lange Reihe von
Kronen und Thronen,
und über allem waltet ein blindes Geschick.*

*Wenn wir so vieles nicht erfahren sollen,
wer hat Interesse daran, dass wir es nicht
wissen?*

*Wenn so vieles nicht in den Lehrbüchern
steht,*

wer will, dass es nicht gelehrt wird?

Die 52 Texte des Bühnenwerks wurden von Unger mit der Gruppe „kollektiv“ erarbeitet. Dazu muss man wissen, dass – damals wie heute – die ohnedies kleine Linke in Österreich in mindestens ein Dutzend Gruppierungen zersplittert war, von Anarcho-Gruppen und Trotzkiisten über Linkssozialisten zu Maoisten. Alle gemeinsam schienen nicht das

Kapital, sondern eher die KPÖ als „Hauptfeind“ erkoren zu haben. Bei manchen Veranstaltungen gingen die Maoisten zuweilen sogar tätlich gegen Mitglieder der KPÖ vor. Heinz war zwar kein Mitglied der KPÖ, er fühlte sich ihr aber mehr als verbunden. Die *Schmetterlinge* hingegen waren Maoisten.

Die Texte wurden nicht nur von den MusikerInnen mit dem Autor diskutiert, sondern es wurden auch befreundete AutorInnen und Historiker gebeten, an der Erarbeitung des Werks mitzuwirken. Was damals in den Medien nicht zu erfahren war: Michael Scharang hatte soeben den Staatspreis für Literatur erhalten. Den halben Betrag stellte er für die Renovierung eines desolaten KPÖ-Lokals in Margareten zur Verfügung, aus dem der Veranstaltungsraum *Rotpunkt* wurde, in dem einige Wochen lang fast täglich Kulturschaffende aller Bereiche zusammenkamen, um malend, tapezierend, tischlernd usw. selbst Hand anzulegen. Nach der Eröffnung des *Rotpunkts* fanden wöchentlich AutorInnenlesungen statt. Von Anfang an mit dabei: Heinz R. Unger, der dann auch immer wieder beim „Linken Wort“ am Volksstimmfest auf der Jesuitenwiese vortrug.

Als Heinz Texte aus der „Proletenpassion“ im *Rotpunkt* las, schrieb er bei der anschließenden Diskussion ständig mit, denn er betrachtete die „Revue“ als „work in progress“, die ständig verändert, verbessert und erweitert werden soll. Etwa ein Jahr vor der Uraufführung erhielt ich zu meiner Überraschung einen Brief von Heinz, in dem sich sechs Gedichte mit handschriftlichen Korrekturen und Bemerkungen befanden. Im Begleitbrief wurde ich – damals erst 22 Jahre jung – um meine Stellungnahme gebeten. Ich fühlte mich zwar „geehrt“, habe eine solche Stellungnahme jedoch nicht

gewagt. Die so erfolgreiche „Proletenpassion“ war letztlich Ergebnis einer jahrelangen Auseinandersetzung mit der dialektischen Herangehensweise des „Handwerks“ Literatur, geschult an Meistern im „Wortsetzen“ von Bertolt Brecht bis Erich Fried.

Geboren am 7. August 1938 in Wien, schloss Heinz R. Unger 1953 seine Lehre als Schriftsetzer ab. Danach unternahm er Reisen an die Meeresstrände Südeuropas, wo wohl auch sein großes Interesse für die griechische und römische Mythologie geweckt worden sein dürfte. Aus den Erinnerungen daran entstand eines seiner Jugendbücher „Däumling reist windwärts. Abenteuer eines Lehrlings in den 50er Jahren“ (Wien 1992). Danach folgte ein einjähriger Aufenthalt in den USA, dessen literarisches Ergebnis der Lyrikband „In der Stadt der Barbaren“ (Wien 1971) war, mit zum Teil experimentellen Texten.

Anschließend folgte für Heinz die wohl beste Schule als Dichter, nämlich die Arbeit als Werbetexter, lernt man doch in diesem Beruf, wie die gewünschte Botschaft (allerdings im Dienste des Konsumismus) in wenigen Worten optimal beim Publikum „ankommt“. Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre begann eine lebendige alternative Theaterszene heranzuwachsen, die Ungers Dramen für die Wiener Festwochen inszenierte: „Orfeus wird kein Konsument“ (1969), „Stoned Vienna“ (1970), „Trausenit tut totentanzten“ (1971), „Mowgli-Mowgli“ (1972) und „Spartakus“ (1973).

Wenn wir uns am Abend an der Theke des Lokals von Hermi Hirsch (1924–1990) trafen und wir „Jungen“ über die schlechten Produktions- und Lebensbedingungen für SchriftstellerInnen klagten, riet Heinz immer: „Die Zukunft des Erzählens findet im Kino statt. Um Dialoge schreiben zu lernen, müsst ihr euch zuvor mit dem Theater beschäftigen, denn im überschaubaren Bühnenraum könnt ihr prüfen, wie gut eure Dramen von den Leuten aufgenommen werden.“

Heinz schrieb weiter Texte für die *Schmetterlinge*, etwa „Lieder fürs Leben“ (1975) und „Die letzte Welt“ (1981), ferner Libretti für „Das Lied des Skorpions“, eine Komposition von Wilhelm Zobl für Bläseroktett und Sopran (1979), für Kompositionen von Jean-Francois de Guise und für das Kinder-





Heinz R. Unger (1938–2018)

musical „Flügel hat mein Schaukel-
pferd“ (1991) von Erich Meixner. Und es
entstanden weitere Theaterstücke. Zwi-
schen 1977 und 2006 kamen 13 seiner
Werke zur Uraufführung. „Die Hebame-
me“ (1995) und „Zwölfeläuten“ (2001)
wurden aufgrund des großen Publikums-
erfolgs vom ORF verfilmt. „Nebenbei“
schrieb er eine Fülle von Hörspielen, pu-
blizierte neun Lyriksammlungen, vier
Bücher mit Erzählungen, drei Romane
und acht Kinder- und Jugendbücher.

Nach der „Auflösung“ der *Schmetter-
linge* gründete Frontsängerin Trixi
Neundlinger die Polit-Rockgruppe *9dlin-
ger und die geringfügig Beschäftigten*,
für die Unger noch einmal als Songtexter
in Erscheinung trat (CD „Reflexionen“,
2007). Im Juni 2012 sprach er bei einer
Veranstaltung der *Alfred Klahr Gesell-
schaft* im Kulturcafé 7Stern gemeinsam
mit Lutz Holzinger über die „Linkskurve
in der österreichischen Literatur der
1970er Jahre“.

Am 16. Jänner 2015 erlebte Wien in
einer der wunderbarsten Kleinbühnen
der Stadt, dem *Werk* im Goethehof,
noch einmal die Premiere eines Dramas
von Heinz R. Unger, in der Regie seines
langjährigen Freundes Dieter Haspel:
„Ein Kellner, ein Gast, eine Hure“. Be-
reits vor der Premiere waren alle Auf-
führungen ausverkauft. Merkwürdiger-
weise fand außer einem Theaterkritiker
der Straßenzeitung *Augustin* kein/e ande-
re/r Kritiker/in der „Kulturstadt Wien“
den Weg zu einer dieser Aufführungen
am linken Donauufer. Viele Kunstbeflis-
sene südlich der Donau wissen offenbar
nicht, dass zu deren Überquerung kein
Pass mehr gebraucht wird.

GERALD GRASSL

Emmerich Tálos (unter Mitarbeit von
Florian Wenninger): *Das austrofaschis-
tische Österreich 1933–1938*. Wien: Lit
Verlag 2017 (Politik und Zeitgeschichte,
Bd. 10), 200 S., 19,80–

Emmerich Tálos hat es wieder getan,
er hat ein weiteres Buch zum Aus-
trofaschismus vorgelegt. Neu und auffäl-
lig ist diesmal unter anderem die Kürze:
Gemeinsam mit Florian Wenninger skiz-
ziert der Politikwissenschaftler in „Das
austrofaschistische Österreich 1933–
1938“ auf nur knapp 200 Seiten die zen-
tralen Aspekte der Dollfuß/Schuschnigg-
Diktatur. Dennoch setzt sich das Auto-
renduo nichts Geringeres zum Ziel, als
die Gesamtentwicklung des Regimes –
beginnend bei dessen Voraussetzungen
über die Etablierung und die Herr-
schaftspraxis bis zum „Anschluss“ im
März 1938 – zu analysieren. Mit einem
solchen Versuch einer kompakteren Dar-
stellung bzw. einem publikumszentrier-
ten Vorhaben sind sie nicht alleine: In
den vergangenen Jahren legten auch
andere WissenschaftlerInnen gekürzte
 Fassungen ihrer Werke vor bzw. publi-
zierten mit dem klaren Ziel, verstärkt
auch junge LeserInnen anzusprechen
(etwa Manfred Rauchensteiner zum
Ersten Weltkrieg oder die Bundesländer-
Studien von *erinnern.at* zur Geschichte
des Nationalsozialismus).

Das Buch von Tálos und Wenninger
basiert auf Tálos' vor fünf Jahren vorge-
legter Monografie „Das austrofaschis-
tische Herrschaftssystem“ (632 Seiten),
in der er neue Einblicke ins Innere der
Vaterländischen Front gab und Akten
auswertete, die erst 2009 aus Moskau
nach Wien überstellt wurden. Im aktuel-
len Buch greift er auch Arbeiten von
KollegInnen auf, die seit 2013 publiziert
wurden, und ist damit am aktuellsten
Stand der Forschung. Zur Lesefreund-
lichkeit trägt neben der Kürze bei, dass
die beiden Autoren Fußnoten sehr spar-
sam einsetzen und den Anmerkungs-
apparat nach hinten verschoben haben.

Tálos/Wenninger gliedern ihre Dar-
stellung über das austrofaschistische
Österreich in sechs Abschnitte, begin-
nend mit der Entwicklung des Herr-
schaftssystems und einzelnen Politik-
bereichen. Es folgen Analysen der Stim-
mungslage und des Verhältnisses zu den
faschistischen Nachbarn Italien und
Deutschland, ehe ein Kapitel über die
Einbettung und Charakterisierung des
Austrofaschismus den Band abschließt.
Die geraffte Darstellung verlangt Mut zu
prägnanten Sätzen und Aussagen. So

wird ein komplexes Thema wie die
austrofaschistische Schulpolitik ohne
Detailverliebtheit auf den Punkt ge-
bracht. In diesem Sinn liest sich auch der
Einstieg ins Kapitel: „In der Ersten
Republik waren Fragen des Verhältnis-
ses zwischen Schule, Staat und Religion
heftig umstritten. Der Austrofaschismus
brachte diesbezüglich eine Klärung, die
weitgehend im Sinne der Katholischen
Kirche war.“ Danach folgt eine dreisei-
tige Analyse, wie Schule und Jugend zu
Adressaten der austrofaschistischen Poli-
tik gemacht wurden (S. 107–110).

Es ist offensichtlich, dass mit dem
Buch ein großer Kreis von LeserInnen
angesprochen werden soll, und in der
Darstellung ist dies auch gelungen. So ist
zu hoffen, dass PädagogInnen auch im
Schulunterricht darauf zurückgreifen
werden. Die Strukturierung der Unter-
kapitel in jeweils drei bis fünf Seiten und
die Zeittafel (S. 179–185) am Ende des
Buches sind dabei genauso hilfreich wie
die konzise Charakterisierung des
faschistischen Regimes im abschließen-
den Kapitel samt Begriffsdebatte
(S. 170–172).

Tálos/Wenninger gelingt neben einer
inhaltlich dichten und gut lesbaren Aus-
einandersetzung mit den Jahren 1933 bis
1938 aber auch noch etwas anderes: Sie
ergeben sich nicht dem Credo „Es ist al-
les kompliziert“, sondern stellen sich der
Herausforderung der Pointierung. Was
dem Werk vielleicht noch gut getan hät-
te, wären mehr Abbildungen (zumindest
in besserer Qualität) und ein Ausblick auf
die Folgen und die Lehren aus dem
Austrofaschismus nach 1945. Beides
hätte gewiss auch beim anvisierten „brei-
ten Kreis“ an LeserInnen Anklang ge-
funden. Aber man bekommt auf 200 Sei-
ten eben doch nicht alles zwischen zwei
Buchdeckel. Dennoch: eine eindeutige
Leseempfehlung!

LINDA ERKER

Karl Wimmer: *Mein Graz. Ein Jahrhun-
dert in Bruchstücken*. Graz: CLIO 2017,
256 S., 22,–

Ein Geschichts-, ein Geschichten-
buch, das Lust auf mehr macht, legt
Karl Wimmer für sein Graz vor. Aus
104 Jahren, von 1913 bis 2017, nimmt er
kurze – höchst interessante – Notizen
zum Anlass, um mit eigenen weiteren
Informationen und Kommentaren die
Lebenssituation der BewohnerInnen ins
Blickfeld zu rücken. Mit exakten Quel-
lenangaben im Anhang zitiert er aus
Büchern, Zeitungen, Zeitschriften, dem

Internet, was andere geschrieben haben, und ruft mit kritischen historischen Ergänzungen die Hintergründe der jeweiligen Situation in Erinnerung.

Beginn ist das Vorkriegsjahr 1913. Das Jahrbuch hält fest, dass „aufgrund des Lärms die höchstzulässige Geschwindigkeit für Lastautos auf dem Glacis auf sechs Stundenkilometer festgesetzt“ wurde. Mit einem Zitat von Hermann Knoflacher, Vorstand des Instituts für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik an der Technischen Universität Wien, richtet Wimpler den Blick auf das Auto als Kriegsinstrument. 1993 schrieb Knoflacher rückblickend: „Besetzte Gebiete: Sämtliche öffentliche Räume – seinerzeit Straßen, also Flächen für alle – wurden vom Autoverkehr besetzt, einerseits zur Lagerung der Kriegsmaschinen, spricht: Autos auf Parkplätzen, und andererseits für ihre möglichst ungehinderte Bewegung. Diese Fahrbahnen sind ganz klare Todeszonen für Menschen. Also Nichtmotorisierte.“ Ein faszinierender Beginn für die heutige Diskussion um sanfte Mobilität einerseits und Auf-rüstung der EU andererseits.

Verknüpfungen dieser Art – Geschichtliches, verbunden mit aktuellen Problemen und Diskussionen – machen das Buch spannend und lassen die LeserInnen häufig nachdenklich zurück. Fesselnd, wie man anhand der Notizen, vervollständigt um Wimplers Vertiefungen, das Jahrhundert vorbeiziehen lassen kann. Dennoch ist niemand gezwungen, die „Bruchstücke“, so nennt Wimpler die ausgewählten Informationen, hintereinander am Stück zu lesen. Ebenso mitreißend lassen sie sich quer lesen, je nach Interesse, Vorlieben, nach interessierenden Ereignissen, Jahreszahlen oder Personen.

Den Kriegsbeginn 1914 erleben wir durch eine Bemerkung von Ernst Fischer, der über den Patriotismus, der „nach Alkohol riecht“, berichtet und über das „Zerfleichen eines Menschen“, der ein serbischer Spion sein soll. „Woran erkennt man einen Spion“, fragt der junge Fischer einen Schulkollegen.

Die Notizen berichten über die Kriegs- und Hungerjahre, über die Millionen Toten und Verletzten der mörderischen Isonzo-Schlachten, über Künstler wie Axl Leskoscheck, Herbert Eichholzer, Berndt Luef, Alfred Kolleritsch und die Folgen der „Genfer Sanierung“. Wimpler vergleicht die damalige ökonomische Ausblutung der Bevölkerung mit dem Handeln der Troika in Griechenland 100 Jahre später. Mit Massensteuererhöhungen, der Einführung der Warenumsatz-

steuer, der Erhöhung der Tarife von Eisenbahn, Post, Strom, Gas, auch über den Brotpreis und Mieterhöhungen zahlte die Bevölkerung die Kriegskosten noch im Nachhinein.

Der Kampf um die Teilnahme von Frauen an allen Bereichen des öffentlichen Lebens, die Eröffnung des Grazer Frauenhauses, über Maria Cäsar, Frau Ewgina, Irene Windisch, Widerstandskämpfer wie Richard Zach und Ferdinand Bilger, über viele Ereignisse und Personen, die hier nicht aufgezählt werden können, berichtet der Autor. Die Flucht von Willy Scholz im plombierten Zug von Graz nach Klagenfurt im Jahr 1934 erinnert an die Flüchtlinge, die heute die umgekehrte Richtung nehmen.

Ungewöhnlich sind immer wieder seine unerwarteten Blickrichtungen. So würden sich die meisten Menschen seiner Meinung nach hinsichtlich des Jahrs 1986 an die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und an die Wahl von Kurt Waldheim, nicht aber an die Massendemonstration im Grazer Puch-Werk erinnern. Gegen die Massenentlassungen, die Auflösung des gesamten Zweirad-

bereichs, die „Ruinierung von Puch samt Vorbereitung der Geschenkübergabe an Herrn Stronach“ hatte eine Bürgerinitiative eine große Kundgebung organisiert, von der heute niemand mehr spreche.

Die Bruchstücke enden hochaktuell mit dem Grazer Amoklauf, der Kürzung der Wohnunterstützung für Geringverdienende und einem Beitrag von Sissy Potzinger, Gemeinderätin und Vorsitzende des katholischen Familienverbandes, in der *Kleinen Zeitung* im Jahr 2014. Zur 12-Stunden-Woche befragt, lässt sie die *Kleine Zeitung* schreiben: „Prinzipiell ist uns der 12-Stunden-Tag zumutbar.“ Wimpler kommentiert dies mit einem Spruch von Paul Sethe, einst Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Pressefreiheit ist die Freiheit der 200 reichsten Leute, ihre Meinung zu verbreiten“.

Auch in diesem Sinne ist Wimplers Buch ein Stück gedruckte Gegenöffentlichkeit, die wir immer schon, aber gerade in heutigen Zeiten so bitter nötig haben, die Spaß macht, sie zu lesen, und einen realistischen historischen Rückblick ermöglicht.

ANNE RIEGER

Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft

Am 17. Jänner dieses Jahres fand in Wien die ordentliche Generalversammlung der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT statt. Zu Beginn der Veranstaltung wurde eine von Claudia Kuretsidis-Haider verfasste Neuerscheinung über die Rechtsanwaltskanzlei von Dr. Hugo Ebner präsentiert, die darauf spezialisiert war, die Pensionsansprüche jüdischer Vertriebenen durchzusetzen. Nach einer historischen Einführung in das Thema von Kuretsidis-Haider sprach Dr. Rudolf Müller (Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes und Mitglied des Verfassungsgerichtshofes) über seine eigenen Erfahrungen in der Kanzlei, wo er 1974 als Partner zu arbeiten begonnen hatte. Seine lebhaften Ausführungen über den Umgang der österreichischen Behörden mit den pensionsrechtlichen Wiedergutmachungsansprüchen der Vertriebenen stießen auf großes Interesse.

Im Anschluss daran erstattete Walther Leeb als Präsident der Gesellschaft den Tätigkeitsbericht über die zurückliegenden beiden Jahre. Er bilanzierte die zahlreichen Veranstaltungen und betonte die Bedeu-

tung der *Mitteilungen* für die Außenwirkung der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT. Insgesamt waren in den letzten beiden Jahren 32 AutorInnen vertreten. Weniger erfreulich gestaltete sich der Kassabericht, musste Friedl Lerch doch davon berichten, dass die Ausgaben für Druck und Versand der *Mitteilungen* durch die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden nicht gedeckt sind, nicht zuletzt aufgrund des gestiegenen Umfangs der Zeitschrift. Trotz sparsamstem Umgang mit den vorhandenen Mitteln und ungeachtet der Tatsache, dass sich die Aktivitäten der AKG auf ehrenamtliche Mitarbeit stützen, wird das Vereinsmögen in absehbarer Zeit aufgebraucht sein.

Zum Abschluss der Generalversammlung wurde der Vorstand neu gewählt, wobei sich die zuletzt aktiven Vorstandsmitglieder alle bereit erklärten, auch in der neuen Periode aktiv zu bleiben. Neu in den Vorstand gewählt wurden Dr. Sabine Fuchs, Mag. Michael Graber (beide Wien), Mag. Robert Krotzer (Graz), Univ.-Prof. Dr. Rudolf Kropf (Wien) und Dr. Peter März (Linz).



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

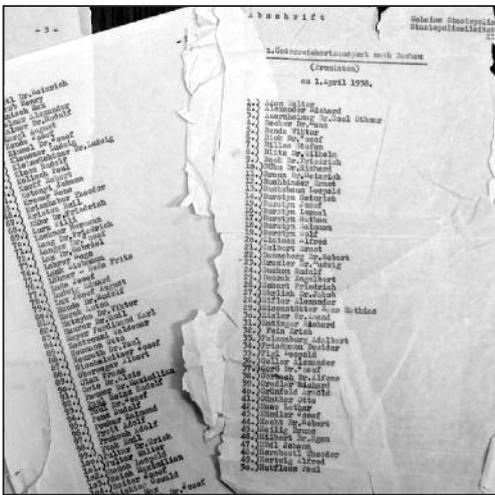
Die Kommunisten im 1. Dachau-Transport am 1. April 1938

Dr. Peter Schwarz: Der 1. Dachau-Transport im Kontext der ersten Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes gegen politische GegnerInnen

Dr. Rudolf Leo: Biografien der Kommunisten im 1. Dachau-Transport am 1. April 1938

Moderation: Dr.ⁱⁿ **Claudia Kuretsidis-Haider**

Eine Veranstaltung der Alfred Klahr Gesellschaft und der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz im DÖW



Nach dem „Anschluss“ Österreichs am 12. März 1938 wurden von einer Spezialeinheit unter der Führung von Reichsführer SS Heinrich Himmler zahlreiche NS-Gegner, darunter hohe Beamte der Schuschnigg-Regierung und Angehörige der illegalen Arbeiterbewegung (Sozialdemokraten und Kommunisten), verhaftet. Bis Ende des Monats wurde von der Gestapolettstelle in Wien eine Liste von 150 „Prominenten“ unter den Verhafteten zusammengestellt, die im Polizeigefangenhaus Rossauer Lände („Lisl“) konzentriert und am Abend des 1. April zum Westbahnhof gebracht wurden, von wo der Zug ins Konzentrationslager Dachau abfuhr. Insgesamt wurden 1938 mehr als 7.800 Österreicher in das KZ Dachau eingewiesen. Unter jenen, die den KZ-Terror der Nazis überlebten, haben viele die Zweite Republik mit aufgebaut.

Mittwoch, **4. April 2018**, 18.00
Veranstaltungsraum in der Ausstellung des DÖW
Altes Rathaus (Eingang im Hof), Wipplingerstraße 6–8, 1010 Wien

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Alexander Dinböck, Dr. Sabine Fuchs, Dr. Winfried R. Garscha, Mag. Michael Graber, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. i.R. Dr. Hans Hautmann (Vizepräsident), Univ.-Prof. Dr. Rudolf Kropf, Mag. Robert Krotzer, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassierin), Mag. Dr. Simon Loidl (Schriftführer), Mag. Dr. Peter März, Mag. Dr. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Dr. Elke Renner (Vizepräsidentin), Fini Seif, Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima.

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Linda Erker, Sabine Fuchs, Winfried R. Garscha, Gerald Grassl, Hans Hautmann, Michael Hollogschwandtner, Elisabeth Holzinger, Elisabeth Luif, Peter März, Anne Rieger, Helmut Rzy, Florian Schwanninger, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen und Vereine, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der AKG interessiert sind, gesendet.

Aufgrund der erhöhten Seitenzahl der *Mitteilungen* und der steigenden Posttarife sind die Kosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Angesichts der insgesamt schwierigen finanziellen Situation bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert sind und nicht Mitglied sind, ein Jahresabonnement zum Preis von 5,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen. Sollten Sie Mitglied werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro.